



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Zentralstelle

MfS ZAIG

NR. 11389

Kopie BStU
AR 4

BSTU Ersatzkopie

BSTU
0001

Aktion 21.8.1968

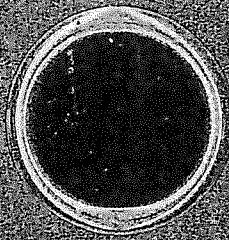
CSSR

op. Material
über MdI der CSSR

von Abt. X

6

Artikel-Nr. 1 249 311
EVP 100 Stück 0,35 i



Abteilung III Kollektiv der Operationsabteilung 170

Schicksalsergebnisse und Umschichtung der Verletzungen der Grenzerkrankten in der Winterperiode 1969 - 1970

In der Winterperiode (Oktober 1969 - März 1970) betrug der Gesamtumfang der Grenzverletzungen 227 Personen, davon Grenzverletzte aus der GDR in Richtung DDR 122 Personen, aus der GDR in Richtung Ostberreich 204 Personen und aus der GDR in Richtung der USA 11 Personen. Der Gesamtumfang der Grenzverletzungen der GDR ins Ausland betrug 477 Grenzverletzte. Der Umfang der Grenzverletzungen aus dem Ausland in die GDR betrug 29 Personen, davon aus der BRD in die GDR 10 Personen, aus Ostberreich in die GDR 20 Personen.

Vom Gesamtumfang der Grenzverletzte betrug der Bruch von der BRD ins Ausland 91 % und aus dem Ausland in die GDR 7 %.

Aus dem Gesamtumfang aller Grenzverletzungen wurden 477 Personen freigeschrieben, von sind 92,5 % aus 42 Grenzverletzten gelang es, die Staatsgrenze zu überschreiten, d. h. 7,5 % des Gesamtumfangs der Schäden der Staatsgrenze in der Winterperiode betrug 92,5 %.

Die Aufteilung der Grenzverletzungen auf die Bereiche der einzelnen Klassen

Kategorie	Gesamtumfang	Personen aus GDR	Personen in GDR	darüber hinaus	Ergebnis d. Schusses d. Grenzer.
2. Kl.	71	64	3	-	100%
10. Kl.	30	21	2	7	71,7%
9. Kl.	13	10	-	3	77%
7. Kl.	35	32	10	-	100%
15. Kl.	135	117	7	11	86%
6. Kl.	169	159	10	11	91,8%
11. Kl.	84	76	3	3	75,1%
Gesamt	227	122	34	41	79,3%

Die angeführte Übersicht zeigt einen überwiegenden Druck der Grenzverletzung von der GDR ins Ausland. Charakteristisch ist, daß die überwiegende Last die Einheiten an unseren Südgrenzen (das sind 72 %) zu tragen hatten. Das ist einerseits dadurch bewirkt, daß das sogenannte neutrale Österreich eine höhere Anziehungskraft hat, andererseits wird das durch günstigere klimatische und Geländebedingungen bewirkt. Daß jedoch unter schweren Winterbedingungen der Druck der Grenzverletzung auf schwer zugänglichen Abschnitten nicht ausgeschlossen werden kann, davon zeugt der Druck der Grenzverletzung in dieser Winterperiode in Abschnitt der 7. Str. (6,5 % des Drucks).

Der Umfang und die Ergebnisse der Grenzverletzungen in den einzelnen Monaten:

Monat	Umfang gesamt	Feststell. aus GDR in GDR	Durchge- kommen	Ergebnis
Okt.	30,5 %	26,0%	3,2%	94,0%
Nov.	22,3 %	27,0%	2,5%	89,0%
Dez.	10,2 %	16,3%	13,7%	74,2%
Jan.	10,1 %	20,3%	21,2%	74,2%
Febr.	12,2 %	15,2%	10,3%	92,7%
März	11,7%	22,0%	7,0%	90,5%
Gesamt:	100 %	22,4%	7,0%	92,5%

Der größte Druck in der Gesamtwinterperiode wurde im Monat Oktober registriert, als die Grenzverletzung die noch günstigen Witterungs- und Geländebedingungen ausnutzten. Aus dieser Feststellung ergibt sich die wichtige Schlussfolgerung, die durch alle Kommandeure in Betracht gezogen werden sollte, d. h. im Monat Oktober, der in der Regel der Monat des Übergangs vom Sommer- auf den Wintersemester ist, sollte es zu keiner Periode kommen, wo das Sommersemester dem Schutz der Staatsgrenzen voll durchgesetzt wird und das Wintersemester noch nicht voll und ganz

eingeführt ist. Der hohe Umfang von Grenzverletzungen im Monat Oktober, der schon einige Jahre hintereinander schließt, verpflichtet dazu, daß dem Schutz der Staatsgrenzen in diesem Monat die gleiche konzentrierte Aufmerksamkeit wie in den Sommermonaten gewidmet werden muß und daß der Übergang vom Sommerschutz auf den Winterschutz Klinkend erfolgt.

Der Umfang der Grenzverletzungen an einzelnen Tagen in der Woche und zu bestimmten Zeiten

Tag	Festgehalten		16.00		18.00	
	aus Sicht	in Sicht	20,00	00,00	12,00	18,00
Montag	16,37	19,37				
Dienstag	13,49	7,37				
Mittwoch	13,49	21,17				
Donnerst.	13,29	7,37				
Freitag	16,37	3,37				
Sonntag	12,37	31,67				
Gesamt	91,40	96,67	37,00	12,00	24,00	23,67

Aus der angeführten Übersicht ergibt sich, daß der größte Druck bzw. Umfang von Grenzverletzungen in der Winterperiode montags in der Zeit von 16,00 - 24,00 Uhr festgestellt wurde. Weitere Tage mit hohem Umfang sind freitags, sonntags, Mittwoch und die Zeit von 12,00 - 18,00 Uhr. An diesen Tagen und zu den angeführten Zeiten betrug der Umfang von Grenzverletzungen 62 % und in der Zeit von 12,00 - 24,00 Uhr 66,6 %. Aus diesen Angaben ergeben sich konkrete Schlussfolgerungen, zu welchen Tagen und zu welcher Zeit es notwendig ist, den Schutz der Staatsgrenzen mit der größtmöglichen Dichte durchzuführen. In keinem Falle, wie die Analyse zeigt, darf der Montag ein Ruhetag sein.

Richtung, Wetter und Gelände des Versuchs zur Verletzung der Staatsgrenzen:

Richtung:

SWF Brigade	VSWF Brig.	SWF Kampans	VSWF Kamp.
70%	30%	66,7%	17,3%

Wetter:

Klar	Wolkt	Nebel	Schneefall
20,6%	74,7%	4,5%	0,0%

Gelände:

Kolonnen IV	Kolonnen II, III Hinterholz	offenes Gelände	hoh. Ge- gend	Waldschneise
10,0%	20,0%	70,0%	42,7%	1,0%

Die Statistik bestätigt, daß in der Winterperiode 1969/70 die Zahl der Hauptrichtungen, auf die die Anstrengungen zum Schutze der Staatsgrenzen konzentriert wurden, richtig waren und auch offensichtlich Gültigkeit für die kommende Winterperiode haben werden. Diese Tatsache, daß die Grenzverletzer überwiegend die Zeit mit verringerter Sichtbarkeit ausnutzen ist wichtig, sowohl für die operative Organisation des Schutzes der Staatsgrenzen, als auch für die Vorbereitung der Detrouillen. Die Erkenntnisse der Analyse, daß die Grenzverletzer in der Winterperiode zu 42,7 % über bewaldete Ortschaften vorgehen, zeigt, wozu die Aufmerksamkeit bei der Sicherung der Tiefe der Abschnitte zu lenken ist.

Charakteristik der Grenzverletzer:

Nach Staatsangehörigkeit

CSSR	DDR	VDR	WVR	BRD	Österreich
72,0%	0,7%	10,7%	1,4%	2,0%	2,0%

Nach Nationalität

tsech.	slav.	deutsch	ungarisch	poln.
70,0%	10,0%	10,0%	4,0%	10,0%

<u>Nach Alter</u>	
bis 18 Jahre	21,4 %
bis 25 Jahre	49,3%
bis 30 Jahre	2,3 %
bis 35 Jahre	2,2 %
bis 40 Jahre	2,2 %
bis 50 Jahre	3,6 %

<u>Nach Beruf</u>	
Lehrlinge	12,3 %
Studenten	11,3 %
Arbeiter	59,6 %
Kaufm.	4,2 %
Techniker	1,6 %
Angestellte	4,8 %
Wesel und Dienstleistungen	4,8 %
ingeh. d. beruflichen Kreise	2,4 %
andere	3,6 %

<u>Nach den Motiven der Unzufriedenheit</u>	
Nichtzufriedenheit mit Gesellschaftsverh.:	12,3 %
Pol. Lage	4,7 %
Abenteurerei	10,4 %
Unzufriedenheit in der Arbeit	14,3 %
Familienprobleme	24,3 %
Angst vor Strafe	3,1 %
Ärger über das Verhalten	4,8 %
schlechte Konditionen	4,8 %
andere Gründe	10,2 %

Aus der Charakteristik der Gesamtbevölkerung geht hervor, daß die überwiegende Mehrheit Staatsbürger der DDR (72 %) und Bürger im Jahre bis zu 25 Jahren (81,3 %) bildeten. Von Gesichtspunkt der Motivierung ihres Versuchs einen Übergang der Staatsgrenze zu überqueren Familienprobleme (24,3%) und Abenteuerlust (10,4%) sind verhältnismäßig hoher Prozentsatz (12,3%) gehörte sich zu denen, die ihren Versuch zum Überschreiten der Grenze mit Nichtzustimmung mit der politischen Situation und mit der politischen Ordnung bei uns motivierten.

Allgemeine Kritik der Grenzverletzung

Erwinnung von Kenntnissen über den Schutz der Grenzen

Von Bürgern im Inland:	1,3 %
Von Bewohnern des Grenzgebietes:	11,2 %
Von Bewohnern der Nachbarstaaten:	1,2 %
Durch eigene Erfahrung:	37,6 %
Durch Aufenthalt in der Nähe der Staatsgrenze:	2,5 %
Bei Arbeiten im Grenzraum:	4,2 %
Durch Touristik in der Nähe der Staatsgrenze:	1,8 %

Methode der Annäherung in den Raum der Festnahme

Mit Zug:	33,9 %
mit Boot:	3,1 %
mit eigenen KIZ:	2,9 %
mit entwendeten KIZ:	4,8 %
per Anhänger:	7,2 %
zu Fuß:	36,1 %

Methode des Vorgehens der Grenzverletzung in den Raum der Festnahme

Getarntes Vorgehen:	20,7 %
Durchbruch sofort nach Überschreitung der Grenze:	36,6 %
unmittelbar bewachte Ortschaften:	37,3 %
Über bewachte Ortschaften:	40,7 %
allein:	30,5 %
mit 1 Helfern:	37,0 %
mit 2 Helfern:	10,3 %
mit 3 Helfern:	6,8 %
mit mehr Helfern:	5,4 %

Aus diesem Bereich von Angaben ergibt sich für uns die wichtige Erkenntnis, daß mehr als die Hälfte der Grenzverletzer (60,6 %) vorher auf verschiedenen Weisen gewisse Kenntnisse über den Schutz der Staatsgrenzen erhielt. Auch die Analyse der Art und Weise der Annäherung und des Vorgehens der Grenzverletzer zu den Staatsgrenzen und in dem Raum der Festnahme gibt konkrete Aufschlüsse darüber, an welchen Stellen und mit welchen Mitteln bei der Organisierung und Durchführung der Hinterparade des Schutzes der Staatsgrenzen Aufmerksamkeit zu widmen ist, von Standpunkt der Vorbereitung der Grenzpatrouillen ist die Erkenntnis wichtig, daß 67,3 % der Grenzverletzer entweder in 2- oder mehrköpfigen Gruppen vorgehen.

Ort der Festnahme des Grenzverletzers:

In Raum außerhalb der Grenze:	52,6 %
In innerem Grenzraum:	25,7 %
In Grenzraum Innenseite der Befestigungen:	10,7 %
An der Außenseite der Befestigungen:	10,1 %

Art der Festnahme des Grenzverletzers bei der Festnahme:

Begründung des Aufenthaltes im Grenzraum	
durch Touristik :	3,0 %
kein Widerstand:	67,5 %
Flucht:	5,8 %
Widerstand:	1,7 %

Methoden der Überwindung der Befestigungen

Überklettern:	5,7 %
Durchschneiden:	0,2 %
Durchkriechen:	2,4 %
unter Befestigung durchgehauen:	0,5 %
Signal gegeben:	13,7 %
Signal nicht gegeben:	0,4 %
Spuren hinterlassen:	12,3 %
keine Spuren hinterlassen:	40,6 %

Wahl der Orte zur Überwindung der Grenze im besetzten Raum

In unmittelbarer Nähe der Patrouille:	21,7 %
bis 100 m von der Patrouille:	17,3 %
bis 200 m von der Patrouille:	7,0 %
bis 300 m von der Patrouille:	3,4 %
bis 400 m von der Patrouille:	0,2 %
bis 500 m von der Patrouille:	1,2 %
bis 1000 m von der Patrouille:	2,0 %
Über 1000 m von der Patrouille:	16,2 %

Ausrüstung und Bewaffnung

mit Karte:	16,7 %
mit Kompaß:	0,4 %
mit Zeichen des Übergangs:	1,2 %
mit Langen:	9,7 %
mit Chemikalien:	0,4 %
großes Geldbeträge:	0,4 %
wichtiges Material:	0,4 %
Schulwaffen:	1,6 %
Stichwaffen:	6,0 %
andere Mittel:	2,0 %

Von Gesichtspunkt des Grades der Festnahme der Grenzverletzer ist die Erkenntnis von Bedeutung, die voll und ganz die Richtigkeit der Orientierung auf die Sicherung der Tiefe der Abschnitte und Zugänge zu den Strategegrenzen bestätigt. Außerhalb des Grenzkraumes, hauptsächlich an den Zugängen, wurden mehr als 50 % (52,5 %) aller Grenzverletzer gestellt. Diese Orientierung wird auch für die gegenwärtige Winterperiode richtig sein.

In der Taktik der Grenzverletzer bei der Überwindung der pioniertechischen Sicherungseinrichtungen des Schutzes der Strategegrenzen, vor allem der Signalwand, ist das Kennzeichen ersichtlich, diese Barrieren vorwiegend durch Überklettern zu überwinden. Das ist vor allem durch die günstigeren Bedingungen - die Ausnutzung der Schneehöhe - gegeben. Verhältnismäßig wenig Fälle zeigen sich bei Überwindung der Signalwand durch Durchschneiden und Unterschreiten. Mehr Fälle sind bei der Überwindung durch Durchkriechen zu verzeichnen. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, daß unter Winterbedingungen die Grenzverletzer spezielle Methoden der Überwindung der Befestigungen auf Kosten eines getarnten Vorgehens und eines darauf folgenden Vorgehens zu den Strategegrenzen wählen.

Fast 6 % der Grenzverletzer war bemerkt, der Festnahme durch die Flucht zu entgehen. Das zeigt, daß man auch auf diese Eventualität die Grenzsoldaten vorbereiten muß, ihnen genau erklären und sie lehren muß, wie in solchen Fällen vorgegangen werden muß. (Verfolgung, Loslassen des Diensthandes, Versteck, Gebrauch der Waffe u. d.) Auch die Angabe, daß 1,7% der Grenzverletzer bei der Festnahme Widerstand leistete, darf man nicht übersehen und auch hier wird es erforderlich sein, auf diese Möglichkeit die Grenzsoldaten vorzubereiten, damit sie bei ihrem Eingreifen sicher vorgehen, sich nicht von den Grenzverletzern überraschen lassen und dabei auch keiner Angstprobe unterliegen. Diese Frage ist erforderlich auf richtige Weise von Standpunkt des Geistes (über die Anwendung der Waffen) zu erörtern.

Nach den gewonnenen Angaben über die Zahl der Verstoß auf Überschreiten der Staatsgrenze vom Gesichtspunkt der Entfernung von der Stationierung der Grenzposten, wenn auch mehr als 70% der Grenzverstoß in unmittelbarer Nähe der Posten vorging, lassen sich folgende Rückschlüsse ziehen:

- Es ist bis zu einem gewissen Maße gelungen, das territoriale System des Schutzes der Staatsgrenzen abzusichern,
- Die Stationierung der Grenzposten entspricht der vor-angelegten Auswertung der Statistik und der Erfahrungen des Vorgangs der Grenzverstoß, der richtigen Einschätzung ihrer Möglichkeiten vom Standpunkt der Statistik und der Witterungsbedingungen,
- Diese Gruppe von Grenzverstoßern sollte einen Kern zum Überschreiten der Grenze ohne größerer Durchdenken, ohne größere Vorbereitungen und mehr oder weniger nur vom Gesichtspunkt der Möglichkeiten, die durch das Gelände und die Witterungsbedingungen gegeben sind.

Selbst ist es wichtig, eine neue Gruppe von Grenzverstoßern näher zu betrachten, die zwar nur 10,3% aus dem Gesamtumfang bilden, aber den Ort ihres Übergangs der Staatsgrenze in einer Entfernung von mehr als 1000 m von der Grenzposten wählen. Hier geht es schon um qualifiziertere Grenzverstoß, die vor der Realisierung des Versuchs zur Verletzung der Staatsgrenze auf gewisse Weise Erkundigungen durchführen und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse den Ort des Übergangs wählen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen repräsentiert der Prozentsatz dieser Gruppe von Grenzverstoßern eine bedeutende Gefahr für den Schutz der Staatsgrenze.

In der Ausarbeitung der Grenzverstoßer kam es nicht zu wesentlichen Veränderungen. Wichtig ist, die Festgabe zu vermerken, daß fast 10% der Grenzverstoßer mit Hängen zum Durchkreifen der Signalwand ausgerüstet war, was von gewissen Erkenntnissen über die pionier-technische Sicherung der Staatsgrenze zeigt.

Von Gesichtspunkt der Erwahl der Übergänge der Staatsgrenzen ist das Verhalten charakteristisch, verdeckte Möglichkeiten in gedeckten Gelände und die Zeit mit verringerter Sichtweite bei der Beibehaltung der Möglichkeit der eigenen Orientierung auszunutzen. Deshalb wurde z. B. nur in begrenztem Maße der Nebel ausgenutzt oder andere ungünstige Witterungsbedingungen wie Regen, Sturm oder Hagel.

Eine positive Erkenntnis besteht darin, daß es gelang im System des Winterwechsels der Staatsgrenzen in gewissen Maße die Tiefensicherung des Abschnitts durchzusetzen, wovon der Prozentanteil der festgehaltenen Grenzverläufe schon an den Leistungen zur Staatsgrenze zeigt.

Unter Berücksichtigung der ziemlich günstigen Winterbedingungen in der vergangenen Winterperiode ist jedoch der Prozentanteil der Grenzverläufe, denen es gelang bis zur Erreichung der Grenzfestlegungen durchzubringen, immer noch hoch.

Die Hauptrichtungen der Leistungen und Leistungen, die für die Winterperiode festgelegt wurden, wurden voll und ganz durch die Richtung des Drucks der festgehaltenen bestätigt. Mehr als in der Sommerperiode wurden zum Übergang der Staatsgrenzen die Möglichkeiten ausgenutzt. Interessant ist die Tatsache, daß gegenüber der Sommerperiode weniger Versuche zum Übergang der Staatsgrenze Donnerstag und Samstag zu verzeichnen waren.

Die Zahl der festgehaltenen Grenzverläufe im Monat Oktober bestätigt, daß in dieser Periode immer noch mit einer ziemlich hohen Zahl von Grenzverletzungen zu rechnen ist.

In der Auswertung der Grenzverläufe sind gegenüber unseren bisherigen Erfahrungen keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Interessant ist festzustellen, welche Kategorien von Grenzverläufen und wie diese Kategorien für den

Übergang der Staatsgrenzen ausgeübt sind. S. S. Die Aus-
rüstung mit einer Schaufelle oder einer anderen Waffe
stellen wir vor allem bei der jüngeren Kategorie von Grenz-
verletzern fest, während die Grenzverletzer aus dem Ausland
zu uns vorwiegend ohne jegliche Ausrüstung vorzuziehen.
Zur Überwindung der Grenzbefestigungen wählte die Mehrheit
der Grenzverletzer das Überklettern. Ein bedeutsamer Prozent-
satz ist auch durch die Signalwand durchgedrungen. Von Ge-
sichtspunkt der Methode der Verhinderung eines Einschreitens
der Grenzposten wählte die Mehrheit der Grenzverletzer
die Flucht, in der Absicht, der Festnahme zu entgehen. Es sind
auch die Versuche nicht ganz vereinzelt, daß die Grenzver-
letzer bei der Festnahme auf verschiedene Weise der Grenz-
posten Widerstand entgegensetzten. Die überwiegende Mehr-
zahl der Grenzverletzer aus den Reihen von Fremden Staats-
angehörigen überschritt die Staatsgrenze zu uns illegal.

Die Tätigkeit und die Taktik der Einheiten und der
Posten des Grenzschutzes:

von Agentur op. Abteilung	5,4%
von Grenzhelfern u. örtl. Organen	22,3%
durch Beobachtung der Posten:	63,4%
durch Spurensicherung:	12,3%
durch Signal und Signaleinrichtungen:	13,7%

Auch unter Winterbedingungen des Schutzes der Staatsgrenzen
haben sich die Angehörigen der Grenztruppen und die örtlichen
Einwohner wirksam an einer Erreichung von guten Ergebnissen
des Schutzes beteiligt und zwar sowohl durch Gewinnung und
rasche Vermittlung von Lebensmitteln über das Auftreten
von Grenzverletzern oder durch ihre direkte Festnahme.

Auch in der Winterperiode des Schutzes der Staatsgrenzen,
auch wenn sie in eine größere Tiefe gestaffelt ist, bestätigt
es sich voll und ganz, daß die wirksamste Art und Weise der
Festnahme von Grenzverletzern das unmittelbare Eingreifen der
Posten ist.

Dabei gibt es gegenüber der Sommerperiode infolge der Möglichkeiten der Schaffung einer größeren Dichte der Besatzung bei richtiger Organisation des Schutzes auch reale Möglichkeiten der Festnahme von Grenzverletzern auch auf größere Entfernungen und bei größeren Zeiträumen. Davon zeugt die Angabe, daß 16,4 % der Grenzverletzer auch dem Magneten der Patrouille über eine Strecke von mehr als 1000 m festgehalten wurde. Auch mehr als 20 % der festgehaltenen Grenzverletzer bestätigt diese Tatsache.

Die erfolgreichste Art der Grenzpatrouillen in der Winterperiode vom Gesichtspunkt des Anteils an der Festnahme der Grenzverletzer war die Kontrollipatrouille, die sich an der Festnahme von 29 % der Grenzverletzer beteiligte. In der weiteren Reihenfolge sind das die Alumpatrouille und die gutartige Patrouille. 25,8 % beträgt der Anteil der Minus-Patrouillen eines Monats an der Festnahme von Grenzverletzern. Das zeugt auf der einen Seite von einer großartigen Ausbildung dieser Grenzsoldaten, aber auf der anderen Seite überschreitet das nach unserer Meinung die erträgliche Grenze der Anwendung dieser Art der Grenzpatrouille, auch wenn wir in Betracht ziehen, daß die überwiegende Mehrheit der Grenzverletzer zum Übergang der Staatsgrenzen die Gegenseiten benutzte. Man muß sich dessen bewußt sein, daß die Bedingungen zum Einschreiten des Grenzsoldaten und der direkten Festnahme und der damit verbundenen Aufgaben schwieriger sind und die Bedrohung seiner Gesundheit größer ist. Deshalb ist es tatsächlich erforderlich sehr sorgfältig den Ort und die Zeit zu erwägen für den Einsatz der Minuspatrouille in der Winterperiode des Schutzes der Staatsgrenzen. Es geht nicht um die Infüllung von Lücken in der Gliederung, um die zeitliche Verdichtung der Kontrolle des zu bewachenden Abschnitts, sondern es geht gerade um das Eingreifen gegen Grenzverletzer, was oft auch mit Verfolgung verbunden ist.

Art der Tätigkeit der Grenzpostrollen und -einheiten bei der Festnahme von Grenzverletzern

Unmittelbarer Bereich:	51,7 %
Eingreifen auf Entfernung bis 100 m:	17,3 %
Eingreifen auf Entfernung bis 200 m:	7,0 %
Eingreifen auf Entfernung bis 300 m:	3,4 %
Eingreifen auf Entfernung bis 400 m:	0,2 %
Eingreifen auf Entfernung bis 500 m:	1,2 %
Eingreifen auf Entfernung bis 1000 m:	2,4 %
Eingreifen auf Entfernung über 1000 m:	16,4 %
Spurenverfolgung:	2,0 %
bei Grenzschraube:	20,3 %
bei Grenzposten:	3,0 %
ohne Gebrauch der Waffe:	50,8 %
mit Verwundung:	6,4 %
Gebrauch der Waffe gegen Grenzver-	
letzer:	0,8 %
bei Selbstschußung:	3,2 %
durch Menschheit:	3,0 %
durch Verfolgung des Spur auf Reich-	
weite:	7,2 %
durch Witterung des Grenzverletzern:	0,8 %
Festnahme nach Signalgebung:	
bis 10 Minuten:	10,3 %
bis 15 Minuten:	0,8 %
bis 20 Minuten:	1,4 %
bis 30 Minuten:	1,8 %
bis zu 1 Stunde:	1,0 %
in längerer Zeit:	0,2 %

Anteil der Petrovillienarten bei der Festsetzung von Grenzverhältnissen

Gebirgse Petrovillien:	13,5 %
Alpenpetrovillien:	24,9 %
Hochschlangepetrovillien:	6,6 %
Kontrollposten:	29,0 %
Aufklärungsgruppen:	3,0 %
Grenzposten:	4,0 %
Kompanieposten:	2,0 %
Einzel:	2,2 %
1köpfige Petrovillie ohne Diensthund:	25,0 %
1köpfige Petrovillie mit Diensthund:	1,8 %
2köpfige Petrovillie ohne Diensthund:	26,2 %
2köpfige Petrovillie mit Diensthund:	20,3 %
3köpfige Petrovillie ohne Diensthund:	1,6 %
3köpfige Petrovillie mit Diensthund:	6,4 %

Anteil der Kräfte und Mittel bei der Festsetzung von Grenzverhältnissen

Arbeitskräfte der Grenztruppen:	93,3 %
Angehörige der Grenztruppen:	23,3 %
Warten- und Signaleinrichtungen:	15,7 %
Polizeibehörden:	3,6 %
mitwirkende Einheiten der mil. VA:	2,2 %
Grenzregime:	26,0 %

Über das Verhalten von Grenzverletzern haben wir versucht, eine genügende Menge von Angaben und Unterlagen für die Kommandeure von Grenzkompanien zusammenzustellen, die bei den Erhebungen über die Bearbeitung der Mielsetzung und der Realisierung des Hinterwachens herangezogen werden können. Die Angaben werden in Prozenten gemacht und nicht in absoluten Zahlen. Sie geben jedoch eine ganze Reihe von Anregungen und in ihren unterschiedlichen Proportionen zeigen sie, worauf man sich und wie man sich auf bestimmte Probleme konzentrieren muß.

Durch richtige Auswertung der gegebenen Angaben kann man aus den allgemeinen Schlussfolgerungen konkrete Schlüsse ziehen, die eingesetzt werden können für die eigene Entscheidung. Dabei ist es jedoch unbedingt erforderlich, die Charakteristika des Grenzabschnitts in Betracht zu ziehen. (z. B. , wenn allgemein gültig ist, daß 60 % der Grenzverletzer nur Annäherung in die unmittelbare Nähe der Staatsgrenze (Zugverbindung) bewirkt haben, so kann das dort, wo keine Zugverbindung existiert, nicht in Betracht gezogen werden und müssen andere Möglichkeiten herangezogen.)

Aus den Tafeln kann man nicht nur die Zeit, den Tag, den Monat, das Wetter, das Terrain und anderes feststellen, was Aussagen über den größten Druck der Grenzverletzer zuläßt, aber es ist auch möglich, direkt festzustellen, wann sie erwischt hat (aus welcher Kategorie von Grenzverletzern, zu welcher Zeit in diesem oder jenem Abschnitt oder Terrain) und man kann auch auf der Grundlage der gegebenen Angaben in gewissen Maße auch ihre Tätigkeit voraussagen. Es wäre jedoch falsch, Angaben und Schlussfolgerungen daraus zu absolutisieren. z. B. bei Grenzverletzern polnischer Nationalität (und Staatsangehörigkeit) ist charakteristisch, daß sie sich überwiegend mit Hilfe von Karben und durch persönliche Aufklärung orientieren, daß sie den Kontakt mit örtlichen Einwohnern ausschließlich im unmittelbaren Grenzgebiet, daß sie zu 67 % mit dem Tage fahren, zu 41,5 % zu Nacht vorzuziehen, in mehr als 15 % der Fälle die Grenzüberquerungen durch Überläufer bewerkstelligen und 7,5 % von ihnen beim

Kinnschritten gefolgt sind. Das bedeutet jedoch nicht, daß das immer so sein muß. Beim beim Vergleich der Statistik des Anstehens bei dieser Kategorie von Grenzverletzungen in der Sommer- und Winterperiode zeigt, daß hier ein markanter Unterschied in Vergleich zu verzeichnen ist. Während in der Winterperiode 87 % des Tag Anstehen, waren das in der Sommerperiode nur 58 %. Es ist erforderlich, davon ausgehen, daß auch die Grenzverletzung ihre Statistik auf der Grundlage gewonnener Kenntnisse über die Staatsgrenze und des Schutzsystems verlieren. Wir müssen voraussetzen, daß, wenn der Grenzverletzung erst erfolgt, daß dort und dort die Grenzorgane Kontrollen durchführen, daß es heißt sein wird, die betroffenen Abteilungen nur den Weg zu gehen. Die vergangene Winterperiode hat uns mechanisch gezeigt, daß wir in der Vergangenheit die Frage der Organisation des Schutzes der Staatsgrenzen unter Winterbedingungen lebhaft untersucht haben. Das ergibt sich eindeutig daraus, daß wir behaupten, daß die Organisation des Schutzes der Staatsgrenze im Winter leichter sei und auch besser, daß einige Jahre hintereinander in der Mehrheit der Grenzabschnitte ein so höherer Winter war, daß die Unterschiede zwischen der Herbst-/Sommer- und der Winterperiode der Schutzes der Staatsgrenze vermindert wurden.

Das alles hat dazu geführt, daß auch in der diesjährigen Winterperiode (1962/70) von der Mehrheit der organisierte Schutzes der Staatsgrenze wie in der Vergangenheit zur Hilfe ein System des Winterschutzes und zur Hilfe des System des Winterschutzes war. Einige erfolgreiche Grenzverletzungen, die wir in der Winterperiode zu verzeichnen hatten, verweisen auf unsere völlige theoretische und praktische unzureichende Vorbereitung auf die Organisation und Durchführung des Winterschutzes der Staatsgrenzen. Vorin bestanden die Probleme:

1. Die Frage der Wahl, der Formulierung und Leitung des Dienstes auf den einzelnen Skistützpunkten, bei vielen Einheiten waren die Skistützpunkte Normal abgegrünt, der Dienst wurde jedoch nicht durchgeführt und es wurde nicht einmal die Kontrolle der Stützpunkte in den Skien gewährleistet, wo über den gesamten Zeitraum von 24 Stunden die Abschnitte auf keine andere Weise besetzt wurden.
2. Auch unter günstigen Bedingungen zur Durchführung des Winterschutzes der Staatsgrenzen (ausreichende Schneehöhe) wurde bei einer Reihe von Grenzkommanden Winterschutz durch das System des Fernschutzes durchgeführt (Beobachtung, verdeckte und Kontrollpostenlinien) und es wurden nicht die Möglichkeiten der Übertragung der Anstrengungen des Schutzes der Staatsgrenzen in die Tiefe ausgenutzt.
3. Materiell und ausbildungsmäßig waren die Einheiten nicht genügend zur Ausübung des Dienstes im Winter vorbereitet und sichergestellt, Wir haben dabei im Sinn die ausreichende Anzahl von Ski und die Durchführung der Skilaufausbildung. Die Skier befanden sich in den Lagern und die Grenzschützen verfolgten die Grenzverletzung bei hohem Schnee im Fuß. Weil die Grenzverletzung einen gewissen Vorprung hatten, verlief die Verfolgung erfolglos und das bei einem beträchtlichen Kraftaufwand. Oft haben wir jedoch anstelle der Einstellung des System des Schutzes der Staatsgrenzen in die Tiefe, der Einrichtung eines richtigen Kontrollsystems der Skistützpunkte und der Ausstattung der Skier und gut ausgebildeter Streifen in Skiläufen mit großem Kraftaufwand die Betriebssicherheit der Signaleinde sichergestellt (Siehe Foto).

Bei der Vorbereitung und Organisation des Schutzes der Staatsgrenzen im Winter wird es erforderlich sein, die Lehren aus unseren eigenen Fehlern und Mängeln zu ziehen, die wir in der vergangenen Winterperiode angestellt haben und die unsere Mithilfe im Schutz der Staatsgrenzen

Verursachen. Es wird erforderlich sein, sowohl bei den
 Grenzkommanden als auch in den Brigadestäben eine vollendete
 Beherrschung der Grundlagen des Winterschutzes der Staatsgrenzen
 zu gewährleisten, wie sie in der Verschrift N-1-1 festgelegt
 sind, um ihre konsequente Realisierung zu gewährleisten.
 Die These über die Möglichkeiten der Erreichung von Einsparungen
 an lebendigen Kräften beim Winterschutz der Staatsgrenzen,
 die Erfüllung anderer Aufgaben wird nur dann gültig, wenn der
 Schutz der Staatsgrenzen auf richtige Weise entsprechend der
 umschätze organisiert und durchgeführt wird, wenn die Voraussetzungen
 der Winterperiode voll ausgenutzt werden. Sonst werden ^{die} die
 Probleme und Mängel aus der vergangenen Winterperiode sich
 wiederholen und die Möglichkeiten bei Ausschöpfung aller Kräfte
 und Mittel werden nicht entsprechend sein. Deshalb ist es
 erforderlich zur Zeit jegliche organisatorischen, ausbildungs-
 mässigen und materiellen Massnahmen so zu treffen, damit wir
 nicht durch die Winterbedingungen überzogen werden. Wir müssen
 im voraus vorbereitet sein auf operatives Handeln, auf
 Voraussetzungen der Witterungs- und Geländebedingungen, dürfen
 nicht stereotyp bleiben bei den Grundlagen, die zu Beginn der
 Winterperiode festgelegt wurden auf der Grundlage der Einschätzung
 der vergangenen Periode. In der vergangenen Winterperiode ist
 es z. B. bei einigen Einheiten geschehen, daß in der Einstellung
 für den Winterschutz der Staatsgrenzen auf der Grundlage der
 Erfahrung aus der vergangenen Winterperiode die Schwerpunkte
 des Schutzes der Staatsgrenzen, die gelegt werden auf die
 Grenze der eisernen Grenzbefestigungen. Das ging von der
 Voraussetzung aus, daß es wie in den vergangenen Winter-
 perioden der Winter mäßig war, ohne eine aussergewöhnliche Schneehöhe,
 wo es nicht möglich war, zweckmäßig die in Hinterhalt
 befindlichen Kristallpunkte auszulöschen und auch für
 den Schutz der Staatsgrenzen zu organisieren. Bei dieser
 Schlussfolgerung blieb es jedoch den ganzen Winter hindurch,
 auch wenn die Bedingungen ganz entgegengesetzt der vergangenen
 Erfahrungen war und unterschiedliche und hohe Schneehöhen
 die Möglichkeit geben, nicht nur eine entsprechende geeignete
 Abwehr zu errichten, sondern auch auf sie den Schutz der
 Staatsgrenzen zu konzentrieren. Und es wurde die Organisation
 des Schutzes der Staatsgrenzen und der Dienstausübung organi-

siert vorgenommen, als wenn der Winter nicht existieren würde und die Schneehöhe nur eher ein Hindernis als ein Helfer. Wir setzen voraus, daß alle Grundregeln der Organisation und Durchführung des Schutzes der Startgrenze unter Winterbedingungen wie sie in der Vorschrift 25-1-1 angeführt sind, allen Funktionären des Grenzschutzes klar und verständlich sind, daß es demzufolge nicht erforderlich sein wird, diese Grundregeln hier zu analysieren. Wir möchten nur eine unterstreichen. Die Wahl der Tiefe des Verlaufs der Skitrassen und ihre Leitkontrolle muß so sein, daß bei der Feststellung und Sicherung von Spuren von Grenzverletzungen keine Festnahmen eher erfolgt, als wir die Startgrenze erreichen. Darauf muß auch die Taktik der Patrouillen ausgerichtet sein wie auf die Varianten ihres Eingreifens, das Eingreifen der Hauptpatrouillen und der gesamten Einheit bei der Abdeckung der Startgrenze oder bei der Durchführung von Grenzaktionen in die Tiefe. Dabei müssen wir von einer möglichen Schnelligkeit des Grenzverletzens ausgehen, die Schnelligkeit der Grenzpatrouille berücksichtigen und davon ausgehend die erforderliche Entfernung der Skitrassen von der Startgrenze und ihre Kontrollweiten festlegen. Beispiel:

In einem festgelegten Raum bestimmen wir mit Rücksicht auf den Gelände und die angenommenen Schneehöhe die Schnelligkeit des Fortschritts eines Grenzverletzers mit 2 km/h. Wenn wir wollen, daß die Patrouille bei der Spurensicherung innerhalb von 30 Min. den Grenzverletzer erreicht, wo er die Startgrenze erreicht, muß sich die Grenze von der Startgrenze wenigstens 3 km entfernt befinden (bei der Feststellung der Spuren innerhalb von 30 Min. ist der Grenzverletzer 1 km von der Stelle entfernt, wo die Patrouille die Verfolgung aufnimmt. Weitere 30 Min. ist der Grenzverletzer 2 km und Patrouille 1,5 km von Ort der Spurensicherung entfernt, befindet sich also 0,5 km hinter dem Grenzverletzer. Nach weiteren 30 Min. ist der Grenzverletzer 3 km und die Patrouille ebenfalls 3 km von Ort der Spurensicherung entfernt. Also in Bereich von 3 km kommt es zur Stellung des Grenzverletzers durch die Patrouille, die die Verfolgung des Grenzverletzers innerhalb von 30 Min. nach Verletzung der Skitrassen

aufgenommen hat. Haben wir nicht die Möglichkeit einer solchen Tiefe, dann werden wir das Vorgehen der Patrouille beschleunigen müssen, wobei immer die realen Bedingungen zu betrachten sind, oder die Kontrollzeit der Skitrossen von 30 Min. auf 20 Min. verkürzen müssen. Ingehoert können wir wiederum die Zeitbestände der Kontrolle der Skitrossen festlegen. Vorher stellen wir entsprechend der Möglichkeiten die Tiefe der Skitrosse fest und durch die Berechnung der Tiefe des Lumes zur Startgrenze in Verhältnis der Geschwindigkeit des Vorgehens des Grenzwachpostens und der Grenzpatrouille erhalten wir die Zeitnorm, in der es erforderlich ist, die Skitrosse zu kontrollieren, wenn die Patrouille nach Feststellung der Spuren Hoffnung auf Erfolg haben will. Wo wir nämlich laugt sind, wird es zweckmäßig sein, die Skitrossen in den Hauptrichtungen unter Beobachtung und ununterbrochener Beobachtung zu haben und in den übrigen Richtungen kann die Zeitkontrolle der Skitrosse nach Bedarf und Möglichkeit durchzuführen.

Wir setzen voraus, daß der eingeführte Leitweg von Beobachtern kompetenter Funktionäre über die Probleme der Leitung des Schutzes der Startgrenzen führt, was dazu führen könnte, daß vergangene Fehler vermieden werden und daß die Gesamtangelegenheit beim Schutz der Startgrenzen günstiger sich gestalten.

Für die Veranschaulichung der Winterbedingungen an einigen Abschnitten der Startgrenze fügen wir einige Fotografien aus dem Winter 1962/70 bei.

2. Straftaten Grenzübertretungen in der Winterperiode 1959/60

Str.	Ost.			West.			Pst.			Gesamt		
	F.	P.	P.	F.	P.	P.	F.	P.	P.			
5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	-	-	-	1	1	-	-	1	4	2	3/7	
9	-	-	1	1	-	-	-	1	2	-	2/3	
7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	2	3	4	6	2	2	-	-	-	-	6/11	
4	3	4	3	5	-	-	2	2	-	-	2	10/15
11	1	2	1	2	-	-	1	1	-	-	-	3/5
ges.	6	9	9	14	3	3	3	2	6	3	6	26/41

(F. = Fälle , P. = Personen)

Von der Zahl der strafbaren Grenzübertretungen wurden
(nach Richtungen) realisiert:

Richtung des wahrscheinl. Durchbruchs / Defensivricht. d. Grenzkom.

Fälle 10 Personen 16

Richtung des wahrscheinl. Durchbruchs / Überg. u. Brig.

Fälle 7 Personen 14

Richtung des wahrscheinl. Durchbruchs / Brig. u. Überg.

Fälle 2 Personen 2

Defensivstand der Brigade und Suspensie

Fälle 3 Personen 4

Operationalrichtung Brigade

Fälle 1 Personen 2

eine Sicherung auf der Innenseite der planiertechnischen
Einrichtungen

Fälle 3 Personen 3

Nach der Staatsangehörigkeit wurde realisiert:

- Bürger der DDR 29

- Bürger der BRD 1

- nicht festgestellt 11

- 22 -

Nach der Personenanzahl der bzw. bei einzelnen Fällen:

- Einzelpersonen 14
- 2 Personen 10
- Dreiergruppen 1
- Vierergruppen 1

Nach der Uhrzeit einer vollendeten Gewerbeleistung:

(nach der Zahl der Fälle):

10,00 - 24,00	00,00 - 05,00	05,00 - 10,00	10,00 - 15,00
4	10	5	4

Ergebnisse der Überflüge - Inhalt an der schweizerischen Staatsgrenze

- Mangel in der Organisation und Leitung der Überflüge
11 Fälle
- durch die Grenzpostkontrolle
9 Fälle
- durch die ungenügende Sicherung der Spurens und Vorzeichen
des Landes
4 Fälle
- nachlässige Tätigkeit (Abb. unbekannt) im und vor
2 Fällen
- nachlässige und unrichtige Tätigkeit (Abb. unvollständig)
2 Fälle
- Nichteinrichtung des Systems des Vorkontrollens der Staats-
grenzen auf die Situation unter Hinterbedingungen
3 Fälle

Bei einigen Fällen geht es um parallele Überflüge.

Von der Sichtbarkeit der Überflüge der Grenzpostkontrolle

- Überwindung durch Überfliegen, durch Durchdringen und
durch Überklettern eines Signal
in 4 Fällen
- durch Durchschneiden der Leitungen
in 2 Fällen
- sichere Durchdringungen (Isolierung der Leitungen, Aus-
schaltung des Signalsystems aus Betrieb)
in 4 Fällen
- hinterlassene Spuren
16 Fälle
- nichtgesicherte Durchgänge (Zaun)
in 3 Fällen

In 7 Fällen war es nicht möglich objektive Grenzver-
letzungen zu verzeichnen.

Aus der Gesamtzahl der Personen, die illegal ins Ausland
durchgebrochen sind, verzeichnet die Organe benachbarter
Staaten 7 Personen, davon 4 Personen bei dem Versuch in die
DDR auf einem anderen Abschnitt durchzubringen sie auf
dem Abschnitt, wo sie Versuchten illegal auszubringen.

Wochenweise Grenzverletzungen nach Wochennummern

Mont.	Dienst.	Mittw.	Donnerst.	Freitag.	Samst.	Sonntag
3	4	3	7	4	4	1

Massakle Grenzverletzungen nach Richtungen

- Richtung MBoier	7 Fälle	10 Personen
- Richtung Volenische	3 Fälle	6 Personen
- Richtung Kaplice	2 Fälle	3 Personen

Die übrigen ungestraften Grenzverletzungen verurteilten sich auf die übrigen Abschnitte der Staatsgrenzen.

Die meisten ungestraften Grenzverletzungen werden an den (unverändl. Abt.) BSB der Brigaden und Grenzkommanden durchgeführt: 10 Fälle, 10 Personen und an BSB der Grenzkommanden und an den Richtungen von Brigaden 7 Fälle, 14 Personen. Diese Statistik zeigt, daß der ungestraften Richtungen nicht eine solche Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit gewidmet wird, daß hier die Möglichkeiten ungestrafter Grenzverletzung maximal ausgeschöpft werden können.

Von Gesichtspunkt der Zeiten, an denen ungestrafter Grenzverletzungen in den Vordergrund treten, zeigt sich, daß es die Zeit von 02,00 - 05,00 Uhr morgens ist, also in der Zeit des geringsten Bruchs werden die meisten Grenzübertritte begangen. Die Erfahrungen der Winterperiode 1969/70 in dieser Richtung zeigen, daß es erforderlich sein wird, Maßnahmen zu einer häufigeren Kontrolle der Grenzabschnitte zur Aufnahme von Spuren und Anzeichen des Auftretens von Grenzverletzungen bei ihrem Eintritt in den Bewachungsabschnitt durchzuführen, die BSB (unverändl. Abt.) und die Angehörigen der Sicherhaltungsabteilungen auch in dieser Zeit an den Eintritten in den Tiefenraum zusammenfassen.

Der größten Zahl strafloser Grenzverletzungen kam es im Monat November, auch wenn der Bruch in diesem Monat im gegenüber Oktober 1969 um ein Drittel niedriger war. Es zeigte sich, daß auf eine grundsätzliche Veränderung der Bedingungen (Sonneneinstrahlung) nicht rechtzeitig reagiert wurde, vor allem wegen nicht bei den südlichen Brigaden, weil diese Veränderung als Übergang

angeordnet wurde und der Schutz der Strategengrenzen so wie in den Demarkationslinien durchgeführt wurde. Genaue wie Überschneidungen und Trenner bei der 4. Grenzbrigade in Höhe nicht ausreichend berücksichtigt wurden, und auch in dieser Zeit es zu überflüssigen Durchbrüchen kam.

Trotz insgesamt günstiger Bedingungen der Winterperiode 1970 von Standpunkt des Schutzes der Strategengrenzen (hohe Schneedecke) kam es zu einer Reihe von Fällen ungewollter Grenzverletzung; davon zeugt die Tatsache, daß zur Mehrzahl der Fälle es in den eingeschätzten Richtungen der Kompanien und Brigaden auf Grund der Mängel kam, die aus objektiven Gründen auftraten. Nicht alle Kompanieführer gingen Verantwortungsbewußt an die Vorbereitung, Organisation und Leitung des Winterwechsels in ihrem Abschnitt vor, vor allem nicht zur Beurteilung des Systems, das der Situation und den Erfordernissen der Strategengrenze betrifft, auch nicht zur Vorbereitung der Kräfte, der Grenzposten und der Dienste in der Kompanie.

An den Mängeln haben auch die Brigadestäbe einen Anteil, die in der Winterperiode der Kontrolltätigkeit nur geringe Aufmerksamkeit widmeten (außer der 3. Brigade). Vor dem Übergang zum Winterwechsel wurde nicht bei allen Brigaden eine tiefe Analyse der Situation mit anschließender Untersuchung der eingeschätzten Richtungen und der Feststellung der optimalen Bedingungen zur konkreten Entscheidung der Kompanieführer über den Schutz der Strategengrenzen vorgenommen. Gut wurde die Situation vor der Winterwechselperiode von Stab der 5. Brigade und vor allem von der 7. Brigade vorgenommen, die auf die Gewährleistung der eingeschätzten Richtungen aus der Tiefe schon an den Brigaden mit den entsprechenden Verpflichtungen der militärischen und übrigen Kräfte achteten.

Bei einigen Brigaden (4., 15., 12., 9.) wurde nicht mit aller Konsequenz und in Sinne der Operationsrichtlinie VPL die Schlussfolgerungen aus den statt von Grenzverletzungen gezogen .

vor allem nicht in der Feststellung der Brechen bei der Realisierung angrenzender Maßnahmen.

Die durchgeführten Grenzoperationen wurden (unter einer) spät durchgeführt und bei unglücklicher Auswertung der Situation und der Kenntnisse hätte der Umfang begrenzt werden können. Die Brechen überflüssiger Grenzoperationen ergeben sich bereits aus der ungenauen Tätigkeit der Grenzposten bei der Feststellung der Verletzungen und der unrichtigen Auswertung der Spuren. (Alter, Richtung)

Die pioniertechnische Sicherung der Staatsgrenze 206 war in vielen Abschnitten unter dem Einfluss der Winterbedingungen außer Betrieb gesetzt. Der Aufrechterhaltung des Betriebes wurde bei einigen Kompanien bedeutende Anstrengung bei der Beseitigung des Schnees von den Signaleinrichtungen geleistet, was sich in einer Reihe von Fällen beachtlich bei Grenzverletzungen festgehalten werden konnten. Bei der streifenden Grenzverletzung wurden jedoch Fälle der ungenügenden Sicherung von Durchgängen und Toren festgestellt, was von den Grenzverletzern ausgenutzt wurde. Gleichmaßen wurde der Regulierung der Pflanzentlang der 206 für die Beachtung von Hinweisen der Posten nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Sorgfältig wurde dieses Problem bei der 5. Brigade gelöst. Durch den unzureichenden Einsatz war die Aufrechterhaltung der Befahrbarkeit der Wege für den Einsatz der Kräfte der Kompanien in den Abschnitten der Kompanie außerhalb der Befahrkommunikationen schwierig. Die verlaufenden militärischen Übungen mit neuen technischen Mitteln 2K - 3 und 2AKK zeigten ihre volle Verwendbarkeit auch unter Winterbedingungen.

1. Kräfte und Mittel

Nach Abschluss des Übergangenschemas der Ergänzung der Grenztruppen wurden die Einheiten der Grenztruppen vom 1. 10. 1976 nach dem geplanten Schema der Soldaten des Grundschuljahres erfasst.

des Schutzes der Staatsgrenzen in Winterzeiten, vor allem bei der Durchführung von Kontrollen in Vorgelände, in den ausgebauten Gebieten und bei der direkten Ausübung des Dienstes bei den Verschiebestellen des Grenzschutzes in den analysierten Tagen.

Schlussfolgerungen:

Die Winterperiode 1969/70 zeigte, daß in der Vergangenheit der Komplex von Fragen der Organisation und Durchführung des Schutzes der Staatsgrenzen bedeutend unterschätzt wurde. Das ergab sich einerseits aus den Ansichten, daß die Organisation des Schutzes der Staatsgrenzen in Winterzeiten leichter und eine einfachere Angelegenheit ist, daß es möglich ist in der Winterperiode Kraft und Mittel aus dem Winter für andere Zwecke zu schonen und auch deshalb, daß nach einigen Jahren an der Schwelle der Abwehrkräfte der Staatsgrenzen ein mäßiger Winter war, was eine der Ursachen für die Verminderung der Unterschiede zwischen der Frühjahrs-/Sommer- und Winterperiode des Schutzes der Staatsgrenzen ist. Der Schutz der Staatsgrenzen wurde unter diesen Bedingungen ohne besondere wesentliche Unterschiede unter Berücksichtigung der Jahreszeit und den Witterungsbedingungen durchgeführt.

Die straflose Grenzverletzung zeigte, die theoretische und praktische Unzulänglichkeit der Vorbereitung der Truppen und Stäbe zur Organisation und Durchführung des Winterschutzes. Die Wahl der Varianten und der Leitung des Dienstes auf den einzelnen Skitrasse wurde nicht ausreichend durchgeführt und es wurde eine formale Angelegenheit. Bei den Einheiten wurden auch Fälle festgestellt, wo mit bestimmten Skitrasse (Routen) der Dienst nicht über den ganzen operativen Tag organisiert war, gleichermäßen die Beszeichnung der eigenen Spuren auf den Skitrasse im Sinne der Anordnung N-1-1 wurde nicht bei allen Einheiten durchgeführt und es kam zu überflüssigen Aktionen und Mißerfolgen. Dieser Fakt ist besonders gefährlich, wenn wir in Betracht ziehen, daß sich die Fälle von Versuchen handeln von ehemaligen Grenzschutzbataillonen, die Grenze angegriffen zu verletzen.

Auch unter günstigen Witterungsbedingungen wurde bei einer Reihe von Expeditionen der Schutz der Staatsgrenzen nach dem System der Grenzschutzposten durchgeführt. (Beobachtungstätigkeit, verdeckte und Kontrollposten an den Grenzbefestigungen und das auch, als diese Maßnahmen ihren Zweck nicht mehr bringen.) Es wurden nicht die Möglichkeiten ausgenutzt, die Anstrengungen beim Schutz der Staatsgrenzen in die Tiefe zu übertragen.

Die Grenzposten waren ausreichend ausgebildet für die Ausführung der Dienstleistungen im Winter und waren mit dem erforderlichen Material ausgestattet. Die Ausbildung der Grenzposten entsprach nicht den Erfordernissen. Die Grenzposten wurden zum Dienst ohne Skis befähigt. Die Verletzung von Grenzverletzungen im Winter können durch Postenlinien zu Fuß und in einigen Fällen die Ursache für ungewollte Verletzung, bezüglich der des Postenlinien von Grenzverletzungen verbunden mit völliger physischer Ermüdung der Grenzposten.

Bei der Realisierung der Vorbereitung und Durchführung des Schutzes der Staatsgrenzen im Winter hat es ungenügend, aus dem eigenen Willen zu kommen und aus der Analyse des Winters 1969/70. Es ist auch bei den Grenzposten als auch in den Wäldern die vollkommene Beherrschung der Dienstleistungen des Winterdienstes zu gewährleisten, die durch die Vorschriften NI-1-1 festgelegt sind und nach hohen Maßstäben ihre Realisierung zu kontrollieren.

Es ist unerlässlich vorbereitet zu sein auf bedeutende Veränderungen der Witterungsbedingungen und der Situation. Es ist operativ darauf zu reagieren, man darf dabei nicht stereotyp bei den Grunddaten bleiben, die zu Beginn der Winterperiode ausgearbeitet wurden. In der vergangenen Winterperiode kam es bei einigen Wäldern zu einer Situation, die auf der Grundlage der Auswertung der Situation in den Wäldern und dem operativen Befehlen der Grenzposten des Schutzes der Staatsgrenzen auf die Grenze der Grenzbefestigungswälder gelegt wurde und bei der Veränderung

der Bedingungen, hohe Schneelast im gesamten Bereich,
Ausschaltung der Signalanlage aus dem Betrieb)
wurden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen.

Durch unelastisches Anlagieren auf Veränderungen, die in der
Winterperiode besonders häufig vorkommen, werden die Winter-
bedingungen eher zur Belastung als zu einer Hilfe beim
Schutz der Startgrube.

Zur Situation in den Beziehungen zwischen der I. Verwaltung
des MfI der CSSR und der I. NV des MfV der DDR

In den verschiedenen Aufklärungsorganen der sozialistischen Länder, zu denen die I. Verwaltung des MfI der CSSR in der Vergangenheit sehr enge Verbindungen aufgenommen hatte, gehört die Aufklärung der Deutschen Demokratischen Republik (I. NV des MfV der DDR).

Der Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit dieser beiden Richtete beruht auf der Grundlage gültiger Vereinbarungen (Grundsatz- und Teilvereinbarungen), die bei den Verhandlungen ihrer leitenden Vertreter in den Jahren 1965 - 1968 abgeschlossen wurden.

Die zum Jahre 1965 waren die Besprechungen führender Vertreter der Aufklärungsorgane größtenteils Bestandteil von Gesprächen zwischen Delegationen des Ministeriums des Innern der CSSR und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, die von den Ministern geleitet wurden. Seit den letzten Besprechungen auf dieser Ebene im November 1965 in Berlin kam es bis Juli 1968 zu direkten Verbindungen zwischen den Leitern der Aufklärungsorgane und ihrer einzelnen Gebiete.

Für den Zusammenwirken und die Zusammenarbeit der I. Verwaltung des MfI der CSSR und der I. NV des MfV der DDR haben wir Grundsatzaabkommen, das bei den Gesprächen der Delegationen beider Ministerien (unter Leitung der Minister) im November 1965 in Berlin unterzeichnet wurde, und die Teilvereinbarungen aus den direkten Besprechungen zwischen den leitenden Vertretern der Aufklärung der CSSR und der DDR in den Jahren 1965 - 1968, die an sie anknüpfen, Mithilfe.

Das Grundsatzaabkommen (das abgeschlossen wurde im Ergebnis der sich verändernden internationalen Situation, der Veränderungen in der Taktik und Methodik der Arbeit und

Wirkung der I. der GSK selbst kam.
 Ministeriums des Innern und wurde am 1. Juli 1966 auch in der I. Ver-
 anlassung des neuen Gesetzes vom 1. Juli 1966 in der Fassung des
 demokratischen Verfassung und vor allem durch die Verfassungskommission,
 bestehend, in den offiziellen Beziehungen zur Verfassung
 der Verfassung der Verfassung, die im Jahre 1966 in der GSK
 die weitere positive Entwicklung wurde jedoch von den
 (Dienste) praktiziert.
 und die Zusammenhänge in den Verfassungen in
 nach dem Charakter, es wurden gemeinsame Kriterien und Vorzüge
 erfüllt, der Verfassung der Verfassung hatte im Jahre
 die Verfassungen wurden beiderseits auf allen Ebenen
 Arbeit wird im Hinblick auf den gültigen Verfassungen,
 1966 - 1967 erweitert. Die Zusammenhänge und die Zusammen-
 Ausrichtung der deutschen Verfassung besonders in den Jahren
 Beziehungen der Verfassung der Verfassung, mit der
 wesentlich und zum Nutzen beider Seiten haben sich die
 Verfassung erhalten sind.
 zur Verfassung, wissenschaftlich-technischen und anderen
 und Verfassungen, zum Gegenstand der Verfassung,
 in dieser Verfassung zur Verfassung der Verfassung
 und Verfassung der Verfassung der Verfassung, die
 der I. in der GSK (I) waren die konkrete Verfassung
 bestehender Mitarbeiter der I. Verfassung der GSK und
 die Verfassungen (von den direkten Verfassungen
 der Verfassung im Zusammenhang stehen.
 in die Verfassung der Verfassung und in die Verfassung
 und Verfassung der Verfassung, mit den Verfassungen
 der Verfassung der Verfassung, die mit der Verfassung
 über die Verfassung und Linie der Verfassung und die Verfassung
 zur Verfassung der Verfassung der Verfassung
 der Verfassung der Verfassung es besondere einzelne Verfassung
 Verfassung, die Verfassung der Verfassung, Verfassung
 die Verfassung der Verfassung der Verfassung der Verfassung
 und Verfassung der Verfassung (Verfassung), Verfassung, der
 der Verfassung der Verfassung der Verfassung der Verfassung

Obwohl in der Nachjänner-Periode einige Besprechungen mit der Aufklärung der DDR durchgeführt wurden und der vereinbarte Materialaustausch fortgesetzt wurde (der später durch Eingreifen der rechten Kräfte, die sich in der Leitung der I. Verwaltung des MfI der CSSR durchgesetzt hatten, von tschechoslowakischer Seite zensiert wurde), kam es besonders nach dem Mai 1968 zur Abschwächung des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit. Neben den Hauptursachen, die durch die Komplikationen in den Beziehungen auf der Linie von Partei und Staat gegeben waren, hatten auf ihre Schwächung auch die komplizierte Entwicklung in der tschechoslowakischen Aufklärung, die vom damaligen Innenminister Dvůřák vorbereitet (und später durchgeführten) Maßnahmen, die Indiskretion im Zusammenhang mit der Reise des Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit und Leiters der I. HV des MfS der DDR Generalleutnant WGBF nach Prag, die Veröffentlichung in "Literární listy" Anfang Juli 1968 und weitere Faktoren Einfluß.

Die Widerspiegelung der Augustereignisse des Jahres 1968 in der tschechoslowakischen Aufklärung, die emotionale Beurteilung des Einmarsches der Truppen des Warschauer Vertrages durch eine Reihe ihrer Mitarbeiter, leitender dienstlicher und Parteifunktionäre, und die ersten Fälle von Verrat ihrer offiziellen Mitarbeiter hatten praktisch das Einfrieren der gesamten Beziehungen nicht nur zur Aufklärung der DDR, sondern auch zu den Aufklärungsorganen der anderen sozialistischen Länder zur Folge. Dieser anormale Zustand dauerte im Grunde bis zur Ernennung der neuen Leitung der I. Verwaltung des MfI der CSSR im Dezember 1968 an.

Mit dem Antritt der neuen Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung kommt es in den Beziehungen gegenüber den befreundeten Aufklärungsorganen der sozialistischen Länder zu einer allmählichen politischen und arbeitmäßigen Normalisierung - mit Ausnahme der Aufklärung der DDR, wo sich die gegenseitigen Beziehungen infolge der Haltungen und Aktionen der rechten Kräfte in der I. Verwaltung des MfI der CSSR besonders kompliziert hatten. Als Folge dieser

Entwicklung wurden seit der Unterbrechung der Zusammenarbeit im Jahre 1968 keinerlei offizielle persönliche, politische und arbeitsmäßige Kontakte führender Vertreter der I. Verwaltung des MII der CSSR und der I. DV des MFS der DDR realisiert.

Von seiten der deutschen Freunde wurde im Juni 1969 (bei einer Besprechung des Leiters der Internationalen Abteilung des MFS der DDR Oberst MALL mit dem Leiter der I. Verwaltung des MII der CSSR Oberst PODERKIN) zu verstehen gegeben, daß die Aufnahme von Verbindungen auf der Ebene der Leiter der Aufklärungsorgane erst nach den Besprechungen der Minister möglich ist (sie sollen zur Klärung einiger prinzipieller Fragen führen, die im Jahre 1968 eine negative Auswirkung auf das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit auch auf der Linie Aufklärung hatten).

Von Dezember 1969 bis zur Gegenwart wurden jedoch vier arbeitsmäßige Kontakte zwischen den wissenschaftlich-technischen Dienststellen beider Aufklärungsorgane realisiert (die bis 1968 ein bedeutender Beitrag für beide Seiten waren) - auf Grund eines Vorschlages der deutschen Freunde, der vom Minister für Staatssicherheit, Genossen MISKIN, bestätigt wurde. Sie bedeuten praktisch die Erneuerung des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit in dieser Problematik im früheren Umfang einschließlich des Austausches wissenschaftlich-technischer Materialien. Hierbei diesen Kontakten festgelegten konkreten Verpflichtungen wurden beiderseits erfüllt.

Seit dem Antritt der neuen Leitung der I. Verwaltung des MII der CSSR werden von tschechoslowakischer Seite den deutschen Freunden im früheren Umfange Materialien informativen und operativen Charakters übergeben. Die deutschen Freunde übermitteln zumeist Erkenntnisse operativen Charakters (zu einzelnen Anforderungen der tschechoslowakischen Aufklärung), in diesem Jahr übergeben sie (neben den Materialien der WTA) einige Auskunftsberichte zur Problematik der politischen Aufklärung und der Auslands-Abwehr.

Der Materialaustausch zwischen der I. Verwaltung des MfI der CSSR und der Aufklärung der DDR bildet einen entscheidenden Teil des gesamten Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit im gegenwärtigen Zeitraum. Zum Beispiel Übergaben die deutschen Freunde in der Zeit vom 1.1. bis 30.9.1970 insgesamt 31 Materialien (davon 5 zur Problematik der politischen Aufklärung, 2 auf der Linie Auslands-Abwehr, 4 zur WPA und 17 operative Erkenntnisse zu Anforderungen der I. Verwaltung des MfI der CSSR). Im gleichen Zeitraum übergab die tschechoslowakische Aufklärung den deutschen Freunden 128 Materialien (100 zur Problematik der politischen Aufklärung, 5 zur Auslands-Abwehr, 4 zur WPA und 19 operative Erkenntnisse zu Anforderungen der I. NV des MfS der DDR).

Als wichtigstes Problem vom Gesichtspunkt der politischen und arbeitsmäßigen Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Aufklärungsorganen erscheint das bisher nicht endgültig abgeschlossene Vorkommnis vom Juli 1960 im Zusammenhang mit dem damaligen Besuch des Genossen WOLF in Prag.

Die neue Leitung der I. Verwaltung des MfI der CSSR führte auch eine eigene Untersuchung der ganzen Angelegenheit durch, es war jedoch nicht möglich, eindeutig festzustellen, wer die Indiskretion in "Literární listy" begangen hat. Es bestand auch Verdacht gegen einige Mitarbeiter der tschechoslowakischen Aufklärung, gegen die im Rahmen der politischen Konsolidierung Kadermaßnahmen durchgeführt wurden.

Die neue Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung hat sich die ganze Zeit über um Aufnahme persönlicher Kontakte zu leitenden Vertretern der I. NV des MfS der DDR bemüht (zu diesem Zweck beabsichtigte sie auch die vorbereitete multilaterale Konferenz der Chefs der Aufklärungsorgane der Warschauer Vertragsstaaten in Budapest auszunutzen, die ursprünglich für Ende Juni d.J. geplant war), sie hat die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Materialaustausches nicht unterbrochen und alle Grundsätze des "Protokolls" eingehalten. Auf die Notwendigkeit der politischen und arbeitsmäßigen Normalisierung der Beziehungen mit den deutschen Freunden wurde auch der ehemalige Minister des Innern der CSSR Genosse POLNAR hingewiesen.

Trotz dieser Bemühungen ist es der Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung nicht gelungen, persönliche, politische und arbeitsmäßige Kontakte mit der Leitung der Aufklärung der deutschen Freunde herzustellen. Andererseits erkennt sie jedoch ihren Standpunkt an, daß erst nach einer Besprechung der Minister Kontakte auf der Ebene der Leiter der Aufklärungsorgane realisiert werden können.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gesprächen des Ministers des Innern der CSSR und des Ministers für Staatssicherheit der DDR schlägt die Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung deshalb vor, die baldige Aufnahme dieser Kontakte zu vereinbaren und damit die Wiederaufnahme des früheren beiderseitig nützlichen Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit anzuregen.

Übersetzt: *Louise*
3 Expl. Hptm.
27.11.70

Verteiler:

- 1. KX.
- 2. KX.
- 3. KX.

Am 29.II.1970 nachmittags wurde Gen. Oberst PODZEMNY mit einem der Sekretäre des Hauptausschusses der KP Tschech Nr. 2, Major ŠTASHO, zum Minister des Innern Genossen KASKA zu einer kurzen operativen Beratung gerufen. Nach ihrer Rückkehr wurde eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Hauptausschusses der KP Tschech - erweitert durch die Leiter der Verwaltungen und selbständigen Gebiete der I. Verwaltung des MfI - einberufen (die fand von 16.30 Uhr bis gegen 18.30 Uhr statt).

Unter Teilnahme der Leiter der Verwaltungen und selbständigen Gebiete der I. Verwaltung des MfI stand auf dem Programm ein einziger Punkt: Information über Veränderungen in der Leitung des MfI der CSSR und seine Dienststellen. Zu diesem Punkt referierten Genosse PODZEMNY (I. Teil) und Genosse ŠTASHO (II. Teil).

Oberst PODZEMNY:

Er führte an, daß 3 neue Stellvertreter des Ministers des Innern der CSSR ernannt wurden. Insgesamt sind es 5.

1. Stellvertreter ist Generalmajor Josef TUROSIK. In der Vergangenheit übte er viele Funktionen in der Armee aus (u.a. Divisionskommandeur in Tabor), zur Zeit war er Stellvertreter des Chefs des Generalstabs der OSLA. 1969 war er auch Leiter der nachrichtendienstlichen Verwaltung des Generalstabs (Militäraufklärung). Er ist 45 Jahre alt, slowakischer Nationalität. Er wird die II. und III. Verwaltung des MfI der CSSR leiten.

Weiter wurde zum Stellvertreter Oberst Dr. jur. Jaroslav VOŠKALC ernannt. In den Organen des MfI arbeitete er zuerst im Kreismaßstab, später war er Leiter der ehemaligen Bezirksverwaltung des KfTB in Pardubice, dann Abteilungsleiter und stellvertretender Leiter der II. Verwaltung des MfI, zuletzt Leiter der VI. Verwaltung des MfI der CSSR (operative Technik). Er wird die IV. - VI. Verwaltung des MfI der CSSR leiten.

Zum Stellvertreter für die Wirtschaftsverwaltung und die Organisations- und Innere Verwaltung des Mdi der USSR wurde Dr. Ing. Jaroslav SILHAVY ernannt. In den Organen des Mdi arbeitet er seit 1961, er war Leiter des Sekretariats des Genossen LITVAK und zuletzt Leiter der Organisations- und Inneren Verwaltung.

Zum Stellvertreter für die föderale Dienstleistung der Untersuchung, für die Ständige Kommission Staatsgeheimnisse und die Abteilung Auslandspresse wurde der bisherige Stellvertreter für Staatssicherheit Oberst KOSKAR ernannt.

Stellvertreter für Öffentliche Sicherheit und Zivilverteidigung bleibt weiterhin Oberst Doz. Dr. jur. FJ. SOUK, OSc.

Auf dem Gebiet der Verwaltungen (Dienststeinheiten) des Mdi der USSR wurden folgende Kadernmaßnahmen getroffen:

anstelle von Oberst VOŠECKY wurde für die Funktion des Leiters der VI. Verwaltung des Mdi der USSR Oberst Vaclav HAVRANEK bestätigt, bisher leitender Sekretär des Hauptausschusses der KPTsch Nr. 1. Von der Funktion des Leiters der II. Verwaltung des Mdi der USSR wurde Oberst Stepan HUBENA entbunden und als sein Nachfolger Oberst Ing. Jaroslav HRBACEK - bisheriger Leiter der BV des Mdi Ustrava - bestätigt. (Die Entbindung des Genossen HUBENA erfolgt nicht aus politischen Gründen sondern deshalb, weil der 1. Stellvertreter jetzt direkt das Gebiet der II. und III. Verwaltung des Mdi der USSR leiten wird, weil es Vorbehalte zum Niveau der arbeitsmäßigen Konsolidierung in der II. Verwaltung des Mdi gab und weil nicht die ernstesten inneren Widersprüche beseitigt wurden (Gruppierungen und ihre gegenseitige Konkurrenz). Und schließlich wurde von der Funktion des Leiters der I. Verwaltung des Mdi der USSR Oberst POZEMEK entbunden.

Zur Verhinderung in der I. Verwaltung des Mdi der USSR referierte bereits der Sekretär Major STRANO:

Einleitend sagte er, der Hauptausschuss der KPTsch Nr. 1 hat die außerordentliche Sitzung vor allem deshalb einberufen, damit die Mitarbeiter der Aufklärung "von vornherein gegen evtl. Desinformationen gewarnt sind, die in Zusammenhang

mit dem, was von Genossen Minister FASKA an die Adresse ihres Leiters gesagt wurde, besonders aus anderen Verwaltungen des MAI austauschen könnten."

Aus seiner Einleitung war ersichtlich, daß in dieser Hinsicht auch der Wunsch des Genossen PODSENYI selbst respektiert wurde, der z.B. wollte, daß die Begründung für seine Abberufung den Anwesenden (kritisiert wird und daß diese sie sich merken sollen.

Die Begründung lautet: "Übergang der Aufklärung in eine neue Stufe der Arbeit, wo vielmehr als bisher breitere politische Gesichtspunkte und engere Kontakte mit anderen Ressorts im Rahmen der CSSR durchgesetzt werden müssen".

Weiter wurde in diesem Zusammenhang gesagt, daß Genosse PODSENYI "positiv eingeschätzt wurde, daß weder Genosse FASKA noch das Präsidium des ZK der KPFSch zu seiner Person kritische Bemerkungen haben, und zwar sowohl zum politischen Leben als auch zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben". Der Genosse Minister "konstatierte, daß sich Genosse PODSENYI im Dienste der Partei auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Feinde verdient gemacht hat, daß er aber mehr Erfahrungen aus der Arbeit in der Militäraufklärung hat, wo die Situation eine andere ist als in der IV A des MAI der CSSR".

Während die Veränderungen in der Leitung des MAI der CSSR und seinen anderen Diensteinheiten zum 1.12.1976 durchgeführt werden, erfolgt die Veränderung des Leiters der I. Verwaltung des MAI der CSSR zum 1.1.1977.

Genosse PODSENYI wird "nach seiner Entscheidung" eingesetzt.

Weiter führte Genosse STACHO aus, daß neuer Leiter der IV A des MAI der CSSR Dr. RS Milos HLADIK - geb. 1924 - wird. Er ist Absolvent der Partialschule in Moskau, von 1956 bis 1959 war er Sekretär des Stabsausschusses der KPFSch in Prag, 1959 Sekretär des Genossen HODRI, danach arbeitete er in Moskau (KZ).

Zum Schluß seiner Rede führte Genosse STACHO an, daß es schließlich auch zu einer Veränderung in der Funktion des Leitenden Vertreters der sowjetischen Aufklärung in der I. Verwaltung des MAI der CSSR kommt. Für Genossen LIT/INOW wurde ein neuer Genosse bestätigt (der Name ist vorläufig nicht

bekannt, aber es handelt sich um den Leiter eines Lehrstuhls an der sowjetischen Aufklärungsschule in Moskau, der (Generalmajor ist). Er beginnt mit dem neuen Leiter Genossen Mladik.

Dann nahm wieder Genosse POZEMNY das Wort. Er sagte, daß er von seiner Entbindung bereits am 19.11.1970 beim Genossen Minister erfahren hat - bevor das Dekret des ZK der KPdSU tagte. Er ist mit dieser Entscheidung absolut einverstanden, weil die neue Etappe erfordert, daß an der Spitze der Aufklärung ein Genosse steht, "der die angeführten Voraussetzungen hat, vor allem zur Festigung der Kontakte mit anderen Ressorts". Nach seiner Ansicht ist die Einschätzung des Genossen Mladik positiv und er nimmt sie nicht nur als seine eigene Einschätzung, sondern als Einschätzung der Anstrengungen aller ehrlichen Genossen, die so komplizierte Aufgaben gelöst haben, wie es sie im vergangenen Zeitraum in der Aufklärung gab. Das führte Genosse POZEMNY hinzu, daß so bedeutende Ergebnisse nicht erzielt worden wären, wenn es keinen gesunden Kern, besonders der Leiter, gegeben hätte.

"Der Kampf gegen die Rechten - das ist eine sehr helle Periode in der Geschichte der tschechoslowakischen Aufklärung".

Dann sagte er, daß "alles vorbereitet ist - der Fünfjahrplan, die kadermäßige Besetzung". Die neue Etappe wird bereits mit festen Menschen gemacht, was ein großes Kapital ist. Er selbst wird bis zum letzten Augenblick aufrichtig und ehrlich "zugunsten der I. Verwaltung und der Parteiführung mit Genossen Mladik an der Spitze" arbeiten und gleichzeitig "gibt er dem neuen Leiter volle Unterstützung, beim Einarbeiten, vor allem moralische.

Zur Person des Genossen Mladik führte er an, daß "er Parteiarbeiter ist, daß er mit der Sicherheit nie etwas zu tun hatte und das es für ihn also nicht leicht sein wird". Das Parteikollektiv gibt ihm jedoch volle Unterstützung.

In weiteren sprach Genosse POZEMNY davon, daß er nie gedacht hat, daß er vielleicht fünf oder auch mehr Jahre in der I. Verwaltung sein wird. Es war auch für ihn 1968 nicht

Die Genossen Kolmer, Kroll und Bredina "arbeiten jeder auf
 des bei der GUNN ist die Situation ähnlich sehr kompliziert.
 zur gegenwärtigen Situation im Fall: in der II. Verwallung
 notwendig ist mit Genossen wurde.
 dort wieder zum Fall der GUNN, wobei aber mit einer gewissen
 Information zum Fall der GUNN, wobei aber mit einer gewissen
 Funktion zu bestimmen ist. Von diesem Stand kann diese
 setzen. Die Situation ist sehr kompliziert und die Situation, welche
 im Falle der GUNN - vor 14 Tagen - im Falle der GUNN mit einem
 Nachschichten über seine wichtige Aufgaben, können auch von
 der GUNN keine besonderen Aufgaben (in der ersten Konzeption
 einige Zeit in der GUNN sein) (es konnte auch in
 sind also nicht bekannt, nach dem August 1963 soll es auch
 als ehemaliger Sekretär der Kreisverwaltung der GUNN
 es scheint nicht, daß es die Arbeitsergebnisse nicht kennt.
 rechtlichen-technischen Probleme "sein Steckbrief" sind.
 auch mit der "Problematik der GUNN" gewonnen, weil wissen-
 und "haben", aber vollständig haben sie im ungedruckten
 Funktion nicht übernehmen (der Arbeitsstelle sich mit ihnen
 es wurde eine Kopie zurückgegeben. Zuerst wollte er die
 nicht vor sich haben, wurde mit dem Genossen Kroll verhandelt,
 er kennt die Geschichte aus der Vergangenheit (nicht klar).
 Genosse Kroll zum neuen Leiter der IV A der GUNN:

er will "daraus kein Kapital schlagen".
 im Falle der GUNN, "denn ist er schon zu alt" - aber
 möchte sie in der Verwaltung oder Arbeit im "Land".
 der schon die Arbeit aus einem anderen Gebiet arbeiten
 was schon weiteren Einsatz bezieht, dürfte es sein,
 Genossen - und wird "sich sehr gern an die erfinden".
 und Genossen in bestimmten Fällen unter schweren Bedingungen
 "abgegeben", es ist in der I. Verwallung viele Probleme
 der im Hinblick gesehen und jedoch keine Hindernisse.
 (es sollte "sich" nicht "sich" nicht "sich", die
 einsehen - auch der Hauptgehalt war ohne und ohne so viele
 (es sollte "sich" nicht "sich" nicht "sich", die
 außer der Verwaltung die die weitere Schritte.
 eine gewisse im Hinblick von den Genossen und Gen
 jedoch; in diese Hinsicht der Fall zu gehen, "denn es

eigene Faust", es kommt zu Intrigen und alle sind schliesslich "gegen alle". Oberst KOSIAR sagte in diesem Zusammenhang, daß "sie, wenn sie das nicht lassen und nicht endlich ernsthaft zu arbeiten beginnen, werden weggehen müssen".

Bis Ende 1970 kommt es zu кадрveränderungen auch in einigen IV des KGB. Konkrete Veränderungen sind schon bekannt, was die IV Mračec Kralovo betrifft, wofür als Leiter Genosse Jozef SVORACI geht, und in die Funktion des Leiters ihrer Verwaltung: Staatssicherheit Genosse KOZUCH.

Zur Konferenz der Leiter der Aufklärungsorgane in Budapest führt gemeinsam mit Genossen POZEMAN auch der neue Leiter der I. Verwaltung des KGB Genosse ILAČEK. Das wurde von Genossen Minister KADIA entschieden. Über die beiden anderen Mitarbeiter der I. Verwaltung des KGB (Oberstltm. MOZAR und Oberstltm. RIVAT) wurde noch nicht entschieden.

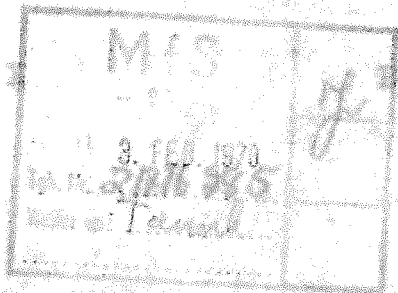
24.11.1970

Übersetzt: *Louise*
3 Expl. Optm.
27.11.70

- Verteiler:
- 1. Bz.
 - 2. Bz.
 - 3. Bz.

12417c

Abteilung I



Berlin, den 2. Februar 1970

BSTU
0054

Minister des Innern der GDR Heiko KASKA:

Er wird von den Kollegen als absolut zuverlässig eingeschätzt. Bis zur Übernahme der Funktion im Sekretariat des Genossen HUBAK arbeitete er sehr eng mit Genossen KAPK zusammen. Von Genossen HUBAK soll er wegen seiner klaren politischen Haltung und seines offenen Auftretens geschätzt werden. KASKA ist mit einer Sowjetbürgerin verheiratet, die ebenfalls politisch gut ist.

Seine Haltung im August 1968 war sehr gut. Er war der führende Mann der Gruppe im ZK, für die die Gruppe im Ministerium des Innern unter Leitung der Genossen KLIMA und MOHAW tätig war. Hier wurden Materialien zur Ausarbeitung und Veröffentlichung zur Verfügung gestellt (mit den von KSK zur Verfügung gestellten Geräten).

Nicht bestätigt ist die Information, wonach KASKA für die Zeitschrift "Sowjet" gearbeitet haben soll.

Die in der Anlage befindliche Biographie über K. stammt von der letzten ZK-Tagung.

Zur Tagesordnungspunkt "Enderfragen" erhielten die ZK-Mitglieder die Biographien über alle neu gewählten Funktionäre. Alle Materialien mussten von den ZK-Mitgliedern wieder abgegeben werden.

Leiter der Abteilung I

Oberst

- ANLAGE 1 BUND:
1. Hr. *für Kaska*
 2. Hr. *Gen. Bück*
 3. Hr. *2. B.*
 4. Hr. *3.*

Überprüfung aus dem Technischen

Ing. Bedka KASKA, ČSK.

Leiter des Sekretariats des
I. Sekretärs des ZK der KPTsch

42 Jahre /23.2.1928/

verheiratet

Maschinen-Ingenieur

tschechischer Nationalität

Mitglied der KPTsch seit 1948

BSTU
0055

Bildung:

TH - Fakultät für Maschinen-Ingenieurwesen

Spezialkenntnisse:

Russisch, teilweise Französisch und Deutsch

Fortbildung:

I Monat 1951

Funktionen in der Partei:

Mitglied des Ausschusses der Orts- und Grundorganisation
der KPTsch

Mitglied der ZPK der KPTsch

Mitglied des Gesamtverbandesausschusses in Moskau

Mitarbeiter der Partei:

10 Jahre ZK der KPTsch

Andere Funktionen:

Mitglied des Zentralrates des ČSVTS

Auszeichnungen:

Für Verdienste um den Aufbau
(kollektiv - 1951)

Für Verdienste um den Aufbau
1969

- 1934 - 1944 Grundschule und Realgymnasium /unterbrochen durch Schließung/
- 1944 - 1945 Totaleinsatz als Hilfsarbeiter der Eisenbahn-Werkstatt Lenny
- 1945 - 1947 Beendigung des Realgymnasiums mit Abitur
- 1947 - 1952 Lehrer der TH - Fakultät für Maschinen-Ingenieurwesen
- 1952 Assistent an der TH - Fakultät für Maschinen-Ingenieurwesen
- 1952 - 1955 Aspirant am Moskauer Stahl-Institut in Moskau
- 1955 - 1960 Ingenieur, Konstrukteur, Projektant GKB Prag - Gießerei
- seit 1960 Mitarbeiter, Abteilungsleiter und seit 1962 Gehilfe des Sekretärs des ZK der KP Tschech, 1969 stellvertretender Abteilungsleiter des Büros des ZK der KP Tschech
- seit September 1969 in der Funktion des Leiters des Sekretariats des I. Sekretärs des ZK der KP Tschech

In allen bisherigen Funktionen sammelte er umfassende politische Erfahrungen und bereicherte seine ökonomischen Kenntnisse. Die übertragenen Aufgaben bewältigte er erfolgreich.

Sein Vorzug ist, daß er es versteht, sich dem Kollektiv anzunähern und es für die Erfüllung der Aufgaben zu gewinnen. In der Arbeit ist er konsequent, gewissenhaft, er versteht es, sich schnell und schlagfertig auch in komplizierten Situationen zu orientieren.

Er kann qualifiziert und sachlich raten und ist in der Lage, selbst wichtige Materialien zu bearbeiten und eine Lösung vorzuschlagen.

Er hat gute organisatorische Fähigkeiten mit Sinn für Verantwortung, Disziplin und Ordnung.

Militär steht er fest auf marxistischen und internationalistischen Positionen.

Januar 1970

Überreicht: *Lovell*
4. April 1970
21.2.70

Verteiler:

- 1. Mr.
- 2. Mr.
- 3. Mr.
- 4. Mr.

Übersetzung aus dem Tschechischen

Artikel aus "RUDE PRAVO"
vom 8. Oktober 1968

BSTU
0058

ÜBER DINGE UND PERSONEN UM DEN AUGUST 1968

Der Januar hätte früher kommen sollen - Wer führte die Regie im Prozeß gegen Zingor? - Anstatt Kritik - Ausfälle - Die Funktion des ehemaligen Ministers Josef Favel - Wer war gut und wer war schlecht - Warum das Gesetz über die Sicherheitsorgane nicht durchkam - Welches war die eigentliche Rolle des Operativstabes? - Dreimal "Verräter" - Ist Bargas in der Sowjetunion? - Weshalb nichts gegen Svitak u.a. unternommen wurde

Gespräch mit dem Militärattaché der CSSR in der UVR, dem ehemaligen Stellvertreter des Ministers des Innern der CSSR und Vorsitzenden der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS, Oberst Viliam SALGOVIC

Unter denen, die sich in den bewegten Augusttagen des vergangenen Jahres den Titel Verräter verdienten, war auch Oberst Viliam Salgovic. Dieser Name ist der breiten Öffentlichkeit vor allem aus der Zeit des Wirkens des Genossen Salgovic im ZK der KPS in der Funktion des Vorsitzenden der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS gut bekannt. Neben anderen Funktionen, die dieser alte Widerstandskämpfer bekleidete, erinnern wir nur an die, in der er nach dem Januar 1968 bis zu den Nachaugusttagen tätig war - er war Stellvertreter des Ministers des Innern der CSSR. Um seine Arbeit und sein Handeln wurden viele Mißanstaltungen angestellt, die auch der Grund für die Anfeindung dieses Kommunisten waren. Auf diese und andere Fragen antwortete V. Salgovic der Redaktion der slowakischen Pravda.

vertieft, in vielen korrigiert, konkretisiert und allmählich realisiert werden muß".

Uninteressant ist auch nicht die Entwicklung der Situation in der Slowakei. Ich werde nicht von der Rolle sprechen, die im früheren Präsidium des ZK der KPS die Genossen Bilak, Janik, Hruskovic und weitere Mitglieder spielten. Sie führte jedoch zu dem Beschluß, der im Januarplenum mündete. In der Slowakei war die Lage schon in den Jahren 1963-1964 grundlegend anders. Die Führung der KPS kritisierte schon damals die Linie A. Novotnys und war mit ihr nicht einverstanden, schon zu dieser Zeit war es möglich, neben mir den Genossen Husak in die Politik einzuführen. Schon damals konnte er im Wahlkreis Zahori für die Funktion eines Abgeordneten in der Nationalversammlung kandidieren. Auch auf diese Fragen werde ich nicht zurückkommen. Die vorbereitete Analyse des Zeitraumes seit dem XIII. Parteitag sagt sicher mehr über die Lage in der Slowakei aus und bringt neue Informationen.

Wie hast Du damals in der Funktion des Vorsitzenden der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS gearbeitet. Wir meinen die Zeit vor dem Januar.

V. Salgovic: Die gesamte Arbeit der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS haben wir so ausgerichtet, daß sie die Strömung in der Partei stärkte, die gegen die falsche Politik A. Novotnys aufrief. Es stimmt, mitunter mußten wir unpopuläre Maßnahmen durchführen. In den Dokumenten des ZK der KPS findet sich bestimmt der Fall Mikos Goslorovsky. Novotny "drückte" auf seine Bestrafung, wir haben jedoch die Entscheidung verzögert und erst auf Grund des Druckes der Führung haben wir den Fall abgeschlossen. Es geht um die bekannten Dokumente über die Föderalisierung. Die Strafe lautete jedoch für die Form der Versendung der Dokumente und keineswegs für sie allein.

vertieft, in vielen korrigiert, konkretisiert und allmählich realisiert werden muß".

Uninteressant ist auch nicht die Entwicklung der Situation in der Slowakei. Ich werde nicht von der Rolle sprechen, die im früheren Präsidium des ZK der KPS die Genossen Bilak, Janik, Hruskovic und weitere Mitglieder spielten. Sie führte jedoch zu dem Beschluß, der im Januarplenum mündete. In der Slowakei war die Lage schon in den Jahren 1963-1964 grundlegend anders. Die Führung der KPS kritisierte schon damals die Linie A. Novotnys und war mit ihr nicht einverstanden, schon zu dieser Zeit war es möglich, neben mir den Genossen Husak in die Politik einzuführen. Schon damals konnte er im Wahlkreis Zahori für die Funktion eines Abgeordneten in der Nationalversammlung kandidieren. Auch auf diese Fragen werde ich nicht zurückkommen. Die vorbereitete Analyse des Zeitraumes seit dem XIII. Parteitag sagt sicher mehr über die Lage in der Slowakei aus und bringt neue Informationen.

Wie hast Du damals in der Funktion des Vorsitzenden der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS gearbeitet. Wir meinen die Zeit vor dem Januar.

V. Salgovic: Die gesamte Arbeit der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS haben wir so ausgerichtet, daß sie die Stimmung in der Partei stärkte, die gegen die falsche Politik A. Novotnys aufrief. Es stimmt, mitunter mußten wir unpopuläre Maßnahmen durchführen. In den Dokumenten des ZK der KPS findet sich bestimmt der Fall Mikos Goslorovsky. Novotny "drückte" auf seine Bestrafung, wir haben jedoch die Entscheidung verzögert und erst auf Grund des Bruches der Führung haben wir den Fall abgeschlossen. Es geht um die bekannten Dokumente über die Föderalisierung. Die Strafe lautete jedoch für die Form der Verwendung der Dokumente und keineswegs für sie allein.

Kommen wir jedoch zum Januar zurück... Seine Ergebnisse wurden von der gesamten Partei und dem Volk mit großen Hoffnungen aufgenommen. Davon habe ich mich auf vielen Versammlungen und Aktive überzeugt. Leider beriefen Genosse Dubaak und die damalige Parteiführung das Zentralkomitee erst nach vier Monaten ein - und die Hoffnungen konnten sich lange nicht erfüllen. Deshalb entwickelte sich in der Partei keine politische Initiative, wurden die Ergebnisse des Januarplenums nicht gewährleistet. Was in diesen vier Monaten geschah, wissen wir. Raum war für alle da, nur nicht für uns. Parteifeindliche und antisozialistische Elemente traten an. Ich muß einige Worte an die Adresse der Massenkommunikationsmittel sagen. Sie können eine gute Rolle spielen, aber sie können auch schaden. Es hängt davon ab, wie sie geführt werden. Als Beispiel erinnere ich nur an Viliam Zingor.

Auf Initiative der Partei wurde noch vor dem Januar die Rehabilitierung dieses bekannten antifaschistischen Widerstandskämpfers vorbereitet. Man braucht nicht zu verbergen, daß Zingor in gewissen Sinne eine widersprüchliche Persönlichkeit ist, aber die Parteiführung wollte ihm einen ehrlichen Platz in der Geschichte unseres Kampfes geben, der ihm zu Recht zukommt - und sie gab ihm diesen auch. Die Kommunikationsmittel entfesselten um seine Person eine ungeheuerliche Kampagne. Schließlich schrieb eine Zeitung, die durch ihre Ausfälle gegen die Partei und ihre damaligen Funktionäre bekannt ist, daß "die KKK der Regisseur der einstigen gerichtlichen Fortsetzung war" (im Jahr 1968 - Ann. d. Red.).

Wir haben genügend Mut gefunden, um die Autoren des Artikels einzuladen und ihnen die Beweise vorzulegen, daß sie im Unrecht sind. Keiner von der Kontroll- und Revisionskommission des ZK der KPS wagte es, mit den Richtern zu sprechen, geschweige denn sich irgendwie in die gerichtliche Unabhängigkeit einzumischen. Das half nichts. Sie bestimmten, was richtig ist, sie hatten die Möglichkeit, das Volk und die Jugend zu täuschen. Eine Korrektur des genannten Artikels ist bis heute nicht erschienen.

Ein Teil der Kommunikationsmittel war auch in der blawakei wirklich eine unkontrollierte Macht und einige ihrer Ausfälle waren tatsächlich unaufrichtig. Diese Erscheinungen habe ich auf der Parteikonferenz in Kowensalta, im Präsidium des ZK der KPS und in den Ministertagen auch auf dem Plenum des ZK der KPC heftig kritisiert. Hätten sie nur einzelne Personen und konkret angegriffen, hätte man Widerstand leisten, diskutieren und polemisieren können. Aber hier ging es schon nicht mehr um eine Kritik, hier handelte es sich um antisowjetische und antisozialistische Ausfälle. Wer gegen sie auftrat, wurde zur Zielscheibe der Angriffe einiger Kommunikationsmittel. Ich bin gegenseitig aufgetreten. Gestatten Sie, deshalb aus dem Protokoll der Tagungen des ZK der KPC vom 28.3. und vom 1.-5.4. 1968 zu zitieren:

Es ist eine direkte Bitte an die Genossen von seiten der Führung und der Regierung - tut bitte alles, alles, was möglich ist, damit unsere guten Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern nicht verletzt werden, sondern daß sie sich im Gegenteil weiter vertiefen und festigen". Vielleicht bin ich wegen dieser Worte zum Verräter geworden.

Wie schätzt Du - wenigstens ungefähr - die Situation nach der Beratung im Mai in Moskau ein? In dieser Zeit wurdest Du zum Stellvertreter des Ministers des Innern ernannt. Wie hast Du von dieser neuen Stellung aus die Situation gesehen?

V. BALCOVIC: Es ist bekannt, daß die Delegation der KP Tschechien, die am 4. Mai 1968 in Moskau verhandelt hat, die Existenz rechtsopportunistischer und antisozialistischer Kräfte angegeben hat. Auch, daß von ihrer Seite eine ernste Gefahr droht. Trotz der Versprechungen des Genossen NEDKEL, daß er alle notwendigen Maßnahmen treffen wird, sind die angeführten Kräfte zum Angriff übergegangen.

Der Verlauf der Beratung der Kreis- und Bezirkssekretäre (die Öffentlichkeit kennt sicher ihren Inhalt) und die Verhandlungen des Mai-Plenums haben die wirkliche Einstellung der Massen der Partei gezeigt. Auf der genannten Beratung wurde die Arbeit des Ministers des Innern Josef PAVEL scharf kritisiert. Auch das Mai-Plenum hat sich mit der Kritik identifiziert. Deshalb wurde auf Anregung tschechischer Kommunisten, von Parteifunktionären, die in dieser Zeit den Genossen NEDKEL und ČERNÍK aufsuchten, für das Präsidium des ZK der KP Tschechien ein Vorschlag ausgearbeitet, nach dem einige Formationen des Ministeriums des Innern ausgegliedert und eine selbständige, der Regierung unterstehende Zentrale Verwaltung der Nachrichtendienste geschaffen werden sollte. Das Präsidium des ZK der KP Tschechien hat den Vorschlag noch am 27. Mai 1968 erörtert und die zuständigen Funktionäre beauftragt, diese Maßnahmen sofort zu realisieren.

Ich wurde zum Stellvertreter des Ministers des Innern ernannt. Auf Grund dieser Stellung habe ich den Entwurf eines Gesetzes, das diese Fragen behandelte und den Experten unter Leitung des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung Prof. Dr. F. ČOLOŤKA erarbeitet hatten, dem Minister des Innern Josef PAVEL zur Unterschrift vorgelegt. Er lehnte es ab, ihn zu unterschreiben, da seine Konzeption, wie er sich äußerte, unterschiedlich ist.

Es wäre interessant, diese sogenannte Konzeption des ehemaligen Ministers PAVEL zu überprüfen. Worin bestand sie? Offenbar in Zersetzungsaktivität. Josef PAVEL unterschrieb also den Gesetzentwurf nicht und hat ihn nicht einmal nach einem neuen, nochmaligen Beschluß des Präsidiums des ZK der KP Tschech unterschrieben. Dieser legte erneut fest, die Aufklärung und Abwehr aus dem Ministerium des Innern auszugliedern. Nach der Ablehnung durch Minister PAVEL suchten wir mit Genossen COLOTKA einen Kompetenten, der unter das angeführte Gesetz seine Unterschrift geben würde. Bocklos. Interessant ist jedoch, daß niemand Josef PAVEL wegen Nichterfüllung eines Parteibeschlusses zur Verantwortung gezogen hat.

Ich folgere, daß Minister PAVEL auf Weisung seiner Berater und des zweiten Kantons auf diese Weise die Stärke und Prinzipienfestigkeit der Führung der KP Tschech auf die Probe stellte. Ich glaube, daß gerade dieser Rückzug, ich weiß nicht mehr, der wievielte, den rechtsopportunistischen Kräften Mut zur weiteren antisozialistischen und Zersetzungsaktivität gab. Was die Formationen des Ministeriums des Innern betrifft, so hatten sie in Grunde einen gesunden Kern. Daß aber der Gesetzentwurf nicht auf das Verhandlungsprogramm der Regierung und auch nicht aus Präsidium der Nationalversammlung kam, wirkte sich meiner Ansicht nach nicht gut auf die Formationen der Sicherheitsorgane aus und erschwerte ihre Arbeit.

Da erwähnen die Berater des ehemaligen Ministers PAVEL. Kennst Du sie, sind Dir evtl. die Ziele bekannt, die sie in dieser Zeit verfolgt haben?

V. SALCOVIC: Nach Aufnahme der Funktion habe ich mich sehr schnell davon überzeugt, daß der Stab des Ministeriums und der Minister persönlich die Beschlüsse des Präsidiums des ZK der KP Tschech nicht respektieren werden. Die Leitung des Ministeriums hatte andere Ziele und Vorstellungen über die Formation, die ich leiten sollte. Sie wollten sie anders orientieren, ihren Personalbestand wesentlich verringern

und die erfahrensten Leiter - Kommunisten - entlassen. Als weitere Gründe führten sie schlechte Arbeitsmethoden, die zu starker Orientierung auf die innere Basis und die geringe Effektivität der Arbeit der Staatssicherheit an. Ein weiteres Argument war die Beteiligung von Mitarbeitern der Staatssicherheit an den Ungesetzlichkeiten der fünfziger Jahre.

Zu den Methoden der fünfziger Jahre habe ich mich einmal in einer Rundfunksendung geäußert. Aber auch auf einer Versammlung der Mitarbeiter der Staatssicherheit habe ich die schlechten Methoden verurteilt. Man kann nicht in Abrede stellen, daß in diesen Jahren die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt wurde und daß sie auch einige Mitarbeiter der Staatssicherheit verletzt haben. Jedoch für diese unrichtigen Methoden, für diese Deformationen konnten nicht alle Mitarbeiter dieser Formation, nicht einmal alle ihre Leiter die Verantwortung tragen. Eine objektive Tatsache bleibt, daß nach Korrektur der unrichtigen Methoden bereits damals mancherlei getan wurde. Entschieden sollte jedoch die Beendigung dieses Gesundungsprozesses nicht durch Diskriminierung des gesamten Korps, durch Verfolgung vieler seiner Mitarbeiter und schon gar nicht durch moralischen und psychischen Druck und Hervorrufen von Unsicherheit gestört werden.

Die Tatsache, daß es kein Gesetz gab und daß die Sicherheitsorgane keine Verteidiger fanden - vergessen wir nicht, daß auch in den Sicherheitsorganen Menschen arbeiten - widerspiegelte sich in der zielbewußten Kampagne gegen ihre Mitarbeiter. Ich vermute, daß das ein Manöver der rechten, opportunistischen und antisozialistischen Kräfte unter wirksamer Hilfe von Minister PAVEL war. Ich weiß, daß das harte Worte sind, aber ich werden ihnen sogleich auch Beweise hinauffügen:

Bei der Steigerung der Angriffe auf die Sicherheit trat der damalige Minister PAVEL in Fernsehen und Rundfunk auf, gab Interviews für die Presse, in denen er die Arbeitsmethoden verraten hat, und trat gegen Einzelne auf. Er behauptete darin,

daß er irgendwelche Berichte über den KIM, den K-231 und die illegale sozialdemokratische Partei sowie andere Informationen nicht braucht. In den Reden diskreditierte er oft einige Leiter, auch wenn er sie nicht konkret nannte. Er ignorierte die Zusammenarbeit mit den Bruderformationen der sozialistischen Länder. Einige Zeitungen schrieben über die Verletzung des Briefgeheimnisses, über Verletzungen usw. und schiebten alle diese "Ungehörlichkeiten" der Sicherheit an. Minister PAVEL wies an, die Störung der Sendungen der Station Freies Europa einzustellen. Das wäre das kleinere Übel gewesen. Über ihn ist jedoch bekannt, daß er an wichtige Stellen Menschen setzte, die die Prozesse in den fünfziger Jahren vorbereitet bzw. sich an diese bewegt hatten. Sein Stellvertreter war zum Beispiel der ehemalige politische Mitarbeiter im Gefängnis in Ruzya PADRUKIN. Leiter der Paßabteilung war BROZ, über den bekannt ist, daß er falsche Dokumente ausstellte.

In diesen Zeiten existierte angeblich irgendein Operativ-Staff. Was war seine Funktion und was war darin ?

V. SALGOVIC: An der Spitze des Operativ-Staffes stand Oberstleutnant MIOMANKO. Er gehörte zu den in den fünfziger Jahren kompromittierten Menschen. Wenn Sie schon an diesen Staff erinnert haben, würde die Erwägung lohnen, seine Tätigkeit zu untersuchen. Seine Rolle war nämlich sehr mittelhaft. Er sollte den Abzug der sowjetischen Truppen von den Übungen bei uns verfolgen und Berichte sammeln. Um was für Berichte handelte es sich ? Es scheint, daß gerade die Mitarbeiter dieses Staffes und sicher auch andere Funktionäre in den kritischen Augusttagen 1968 die Nummern der Autos verraten, die Aufrufe zu unserer Liquidierung veröffentlicht und die Vervielfältigung unserer Fotos mit den verlogenerischen Aufschriften Verräter - Kollaborateur ermöglicht haben.

Da wir nun schon bei dieser Verräterei sind, wieviel Mal hat man Dich als Verräter bezeichnet?

V. SALCOVIC: Aus der Strafkassette, die öffentlich gegen mich einige Redaktionen und eine Gruppe der Intergeneration erstatteten, habe ich erfahren, daß ich bereits vor dem Hinmarsch der verbündeten Truppen Verrat geübt habe. Sie haben Recht, als Soldat der slowakischen Armee habe ich seit dem Frühjahr 1942 mit den bjelorusischen und ukrainischen Partisanen zusammengearbeitet. Dann habe ich in der Abteilung des Hauptmanns Jan Kalapka gekämpft. Das zweite Mal als Verräter bezeichneten mich die Konstrukteure des sogenannten Blauen Plans, nach dem ich die Ergebnisse des Sozialismus verraten haben soll; infolgedessen verfolgten sie mich, schränkten meine Freiheit ein und entließen mich 1951 aus der tschechoslowakischen Armee. Ohne arbeitsmäßige Eingliederung habe ich zwei Jahre lang geholfen, im Kreise Trnava JKD /tsch. Abkürz. unbekannt - Arm. d. Übers./ aufzubauen. Das dritte Mal wurde ich zum Verräter, als ich angeblich die verbündeten Truppen in die Tschechoslowakei eingeladen und nicht gegen sie gekämpft habe.

Das wurde gesagt. Du sollst einer von denen gewesen sein, die die Truppen zu uns geladen haben und sollst also von deren Ankunft gewußt haben. Willst Du Dich nicht auch zu dieser Frage äußern? Es war auch verbreitet, daß Du kurz vor dem August 14 Tage in der Sowjetunion gewesen bist.

V. SALCOVIC: Auf dem letzten Plenum in Prag hat der Genosse BILAK auf die Frage geantwortet, wer die Truppen gerufen hatte, sehr erschöpfend: Durch ihre Tätigkeit haben sie zu uns die rechten opportunistischen Kräfte in der Partei und die antisozialistischen Kräfte in der Gesellschaft gerufen. Ich habe von der Ankunft der Truppen soviel gewußt, wie die anderen.

Gonosso Brezhnev hat am 4. Mai 1968 bei einem Spaziergang durch die Krenalärten dem Genossen DUBČEK und den anderen Delegationsmitgliedern sehr klar gesagt, daß die Tschechoslowakei unter keinen Umständen aus dem sozialistischen System "herausfallen" kann.

Wer aufmerksam die Dokumente aus diesen Zeiten studiert, weiß, daß solch eine Erklärung nicht die einzige war und sowohl aus den Beratungen in Cierna nad Tisou, als auch in Bratislava und Dresden hervorging. Und die Leseröffentlichkeit wird sich sicher an KRÍŽÁKs Erklärung erinnern, daß über uns zwar das Damokles-Schwert hängt, aber an einem festeren Strick, und weiter, daß entscheidend die nächsten drei Tage sind.

Was mich anbelangt, möchte ich nur soviel sagen, Anfang Juni 1968 billigte das Sekretariat des ZK der KPC für mich und meine Familie einen Erholungsanfehalt in Bulgarien für normale Bezahlung. Mit Zustimmung der zuständigen Abteilung des ZK der KPC konnte ich von meinem Urlaub 14 Tage nehmen. Am 3. August 1968 bin ich also mit der Familie und einer Jugendgruppe des Kriminalistischen Instituts mit einem Sonderflugzeug des Ministeriums des Innern nach Burgas abgeflogen. Mit demselben Flugzeug und derselben Gruppe kehrte ich am 17. August nach Hause zurück. Ich war nicht und konnte ja also auch nicht unter denen sein, die angeblich die verbündeten Truppen in die CSSR gerufen haben. Ihr Einmarsch in die Tschechoslowakei - und das wird sicher jeder begreifen - hängt nicht davon ab, ob ich mir das wünsche oder nicht. Ich habe jedoch angenommen, daß davon einige unserer führenden Funktionäre wissen. Ich glaube, daß über den Einmarsch der verbündeten Truppen in die Tschechoslowakei die Führungen der kommunistischen Parteien und der Regierungen der sozialistischen Bruderländer, die durch den Bündnisvertrag in Warschauer Bündnis Kommando vereinigt sind, entschieden haben.

Was mich anbelangt, rief uns der Stellvertreter und Vertreter des vereinigten Kommandos der Warschauer Vertragsstaaten am 20. August 1968 um 21.00 Uhr abends zusammen und erklärte, daß um Mitternacht die verblindeten Truppen unsere Grenzen überschreiten werden. Gleichzeitig bat er uns zu sichern, daß die betroffenen Formationen der CSSR keinen Widerstand leisten. So habe ich also erfahren, daß die Truppen zu uns kommen werden.

Ist hier von antisozialistischen Kräften gesprochen. Könntest du einige ihrer Vertreter nennen? Ließ sich von unserer Seite aus nichts gegen sie unternehmen?

V. SALGOVIC: Als antisozialistische Kräfte kann man einige ehemalige Angehörige der Sozialdemokratie, des K 231 und des KAN bezeichnen. Ich muß sagen, daß wir Informationen von ihrer partei- und staatsfeindlichen Tätigkeit hatten. Wir wußten von den Konsultationen zwischen L. Vesulik und I. Svitek, wir wußten, daß sie den KAN auf der Basis einer oppositionellen politischen Organisation aufbauen wollen, wir wußten von Svitek, von Professor Cerny, von der Verbindung L. Vesuliks über Professor Cerny zur Zentrale TIGRID. Diese Fakten sind auch in den sogen. zwei Berichten des Ministers Pavel angeführt. Wir legten sie den führenden Genossen vor. Außerdem haben wir sie auch mündlich informiert. Man hat jedoch nichts gegen sie unternommen und begründete das damit, daß man eine politische Lösung suchen wird. Unsere Führung war jedoch in solch einem Zustand, daß die Personen, um die es ging, von unseren Maßnahmen fast alles im voraus erfuhren. Siehe den Fall der Sozialdemokraten.

Wenn ihr diese Personen nicht eingesperrt habt, wie konnte dann das Gerücht entstehen, daß Salgovics „staatsfeindlichkeit“ politische und kulturelle Funktionen verhaftet?

V. DALGOVIC: Ich weiß nicht, warum sie die Staatssicherheit als die von Dalgovic bezeichnet haben, aber die Informationen, die in den Rundfunkstationen gesendet und in der damaligen Presse publiziert wurden, riefen meine Beziehung als Vertreter hervor. Die Aufbrecher von Verhaftungen, die volle 24 Stunden publiziert wurden, riefen begrifflicherweise nicht nur bei den einfachen Menschen, sondern auch bei den Funktionären, besonders bei solch komplizierten Bedingungen und Situationen, wie sie nach dem Einzugs der verbliebenen Truppen herrschten, Befürchtungen hervor. Ich erinnere mich an die Worte eines meiner langjährigen Mitarbeiter, daß sie zur Sicherheit den Geheimausgang aus dem Gebäude geöffnet haben.

Wie war jedoch die Wirklichkeit? Gestatten Sie, daß ich die Niederschrift von der vierten Zusammenkunft des Plenums der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der KPC von 5. - 6. Juni 1969 zitiere: "Der Bericht über das Untersuchungsergebnis um die Tätigkeit des Mitglieds der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission Gen. Viliam Dalgovic, den man in Zusammenhang mit den Argunaraigunissen beschuldigt hat, wird gebilligt. Die Beschuldigungen waren ohne Überprüfung der Fakten in den Massenmedien breit publiziert worden, was zur Entfesselung einer Atmosphäre der Hysterie gegen seine Person führte, zur Beschmutzung seiner Ehre und seiner Familie. Die Zentrale Kontroll- und Revisionskommission lehnt, ausgehend von dem Bericht des Ministeriums des Innern und seinen Plänen und von der eigenen Untersuchung, alle Beschuldigungen ab, die gegen ihn vorgebracht wurden, denn seine Taten waren in der so komplizierten Zeit in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Republik, sie spricht dem Genossen Dalgovic das volle Vertrauen aus und billigt eine öffentliche Publikation dieses Standpunktes." Es ist nicht uninteressant, daß sich mit meiner Tätigkeit eine spezielle Kommission des Ministeriums des Innern und die

Genossen Felnar und Jakes befaßt haben.

Leider sind die bösen Verleumdungen über mich noch nicht überwunden und breiten sich weiter aus. Es geht selbstverständlich nicht nur um mich. Die Behauptungen von dem angeblichen unehrenhaften Handeln der Angehörigen der Staatsicherheit aus den letzten Augusttagen des vergangenen Jahres sind eine grobe und ungeschwehliche Beleidigung der Angehörigen dieser Formation. Man sprach von einer gewissen Verhaftungspsychose - aber gerade die schufen sie, die die geltenden Gesetze der CSSR usw. verletzen. Die Kommission, die diese Fakten überprüfte, und zwar noch auf Anweisung der Richter in der ehemaligen Parteiführung, kam zu negativen Ergebnissen. Noch im November des vergangenen Jahres hat der Minister des Innern, Genosse Jan Felnar, darüber gesagt: "Es zeigt sich, daß es nicht zur Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit gekommen ist. Die verbreiteten Informationen über Verhaftungen durch unsere Organe waren unwahr und mit bestimmten Absichten verbreitet." Genosse Felnar sagte das auf der Tagung des ZK der KPC in der Zeit von 14. - 17. 11. 1968. Ähnlich äußerte sich vor Journalisten auch der Vorsitzende der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission Genosse Milos Jakes am 6. 12. 1968. Ich denke, das es nicht notwendig ist, einen Kommentar dem hinzuzufügen. Die Historie wird in kurzer Zeit noch weitere Beweise und Zeugnisse herausbringen. Zur ganzen Sache nur soviel: in der schweren und unübersichtlichen Lage in diesen Zeiten waren wir immer bestrebt, die sozialistische Gesetzmäßigkeit einzuhalten.

Also hast Du keinen Verhaftungsbefehl erlassen?

V. SALGOVIC: Ich kann auf Ihre Erklärung, daß ich keinen solchen Verhaftungsbefehl erlassen habe. Ich bin kein Putschist, sondern ein alter Parteifunktionär und ein Mensch, der an eigenen Leibe gefühlt und durchgemacht hat, was die Verletzung der sozialisti-

schen Gesetlichkeit bedeutet. Ich möchte nicht zu bereits einmal genannten Dingen zurückkehren. In meiner Wohnung liegt bis heute ein Stück Stein von der Größe eines menschlichen Kopfes und die Hälfte eines Ziegels, zwei von den Visitenkarten der Gruppe Radaubröder, die meine Wohnung demolierten. Das war das einzige Vermögen, das ich hatte. Nichts anderes habe ich während der Jahre meiner Arbeit erworben, nur die Wohnungseinrichtung.

Das gehört jedoch bereits der Vergangenheit an. Ich möchte nicht ständig zu den Zeiten zurückkehren, als man mich Kollaborateur nannte. Meine Ansichten haben sich nicht geändert, und auch heute betone ich, daß ich im Binnereich der Trupps in August und auch nicht danach eine Okkupation gesehen habe, keine Aktion gesehen habe, die die Liquidierung der legalen Regierung und Beseitigung der legalen Vertreter verfolgt. Ich bin aber überzeugt, daß sich vor dem August bestimmt eine politische Lösung unseres Problems gefunden hätte - und wir können unseren Menschen nur "dankbar" sein, daß es dazu nicht gekommen ist. Auch darüber, denke ich, wird die Geschichte einmal ihr Zeugnis ablegen.

Das Gespräch führte Karel HEDERLING

Oberrichter: *Dr. Hengst*
H. K. L. L.
Dr. F. Schmidt

Ord. # 221.
9. 10. 1969

Verteiler:
1. Expl. *J. J. J.*
2. Expl. *J. B. B.*
3. Expl. *H. J. G.*
4. Expl. *H. J. G.*

mitteilung des innenministeriums der cssr, der tschechischen und der slowakischen sozialistischen republik

prag, 25. sept.(ctk) - im laufe des jahres 1968 sind das innenministerium und seine vollzugsorgane zum objekt von angriffen von seiten der kraefte geworden, die sich auf eine allmaehliche trennung der cssr von der sowjetunion und dem ganzen sozialistischen lager und auf den sturz der sozialistischen ordnung in der tschechoslowakei orientieren.

unter dem vorwand der korrektur der fehler der 50er jahre und der saeuberung des apparats der staatlichen sicherheitsorgane wurde ein wachsender kreis von mitarbeitern staendig verunglimpft und ein immer groesserer druck wecks zersetzung des gesamten sicherheitssystems der republik ausgeuebt. diese entwicklung erreichte im august 1968 ihren hoehepunkt.

im zusammenhang mit dem eimarsch der verbuendeten truppen in der cssr im august 1968 wurde eine reihe von mitarbeitern des innenministeriums in presse, rundfunk und fernsehen und flugblaettern als verraeter bezeichnet. gegen sie wurde die beschuldigung erhoben, dass sie ungesetzliche verhaftungen von buergern vorgenommen haetten usw. eine solche falsche information wurde in den zeitungⁿen ''prace'', ''smedelske noviny'', ''svoboda'', ''vecerny praha'', im tschechoslowakischen rundfunk und fernsehen und in dem ''schwarzbuch'' der tschechoslowakischen akademie der wissenschaften veroeffentlicht. die angaben wurden auf von anderen, besonders von den massenmedien der gebiete, uebernommen und teilweise auch verbreitet.

die angelegenheit betraf folgende genossen: generalmajor josef stavinogi, oberst jan bokr, oberst miroslav elias, oberst josef housky, oberst jaroslav klima, oberst ferdinand mlkvy, oberst viliam salgovic, oberstleutnant mihal dudás, oberstleutnant josef erben, oberstleutnant frantisek govorki, oberstleutnant stefan gubgubin, oberstleutnant ladislav jirovsky, oberstleutnant frantisek jasek, oberstleutnant albin kojuhl, oberstleutnant zdenek mahácek, oberstleutnant miroslav milata, oberstleutnant bohumil molnar, oberstleutnant frantisek rezek, oberstleutnant josef ripl, oberstleutnant rudolf stahovsky, oberstleutnant oldrich spelina, major jiri dvorak, major karel peska, major frantisek slaby und major jaroslav vokurka. ausserdem wurden folgende genossen, die ungesetzlichen handlungen beschuldigt wurden, als verraeter bezeichnet: oberst indrich kotal, oberst bohumil riga, oberst antonin kavan und oberstleutnant jaroslav saksel, die sich damals ausser dienst befanden.

BSTU
0073

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt
- gd 3 - 26.9.69 1. ausgabe

es handelte sich um vorsaeztliche handlungen der antisozialisti-
schen kraefte, die die mitarbeiter des innenministeriums diskreditie-
ren, unter der oeffentlichkeit chaos und misstrauen hervorrufen und
die herstellung von ruhe, ordnung und sicherheit der republik
verhindern wollten.

zur vollstaendigen klaerung hat das innenministerium durch
seine inspektionsorgane eine sorgfaeltige untersuchung aller beschul-
digungen vorgenommen. es wurde festgestellt, dass keiner der oben-
genannten mitarbeiter eine der ungesetzlichen oder unredlichen
handlungen begangen hat, die ihnen zur last gelegt wurden.

die handlungen aller mitarbeiter des innenministeriums, die
die beschuldigungen betrafen, waren in der zeit der augustereignisse
auf den schutz der sozialistischen ordnung in der cssr gemaess
den geltenden gesetzen und in den grenzen der dienstlichen obliegen-
heiten gerichtet.

die ergebnisse der ausgedehnten untersuchung zeigten, dass
die personen, die den massenmedien bewusst falsche und unbegruen-
dete angaben geliefert haben, ungesetzlich handelten. die veroeffent-
lichung falscher information durch die massenmedien und das begehen uf-
-gesetzlicher handlungen in den organen des innenministeriums stand
im widerspruch zur tschechoslowakischen rechtsordnung.

diese falschen beschuldigungen verletzten nicht nur die
ehre der genannten genossen und behinderten sie in ihrer taetigkeit,
sondern sie betrafen auch zugleich tief das leben ihrer familien,
die verschiedenen formen des psychischen drucks, drohungen und
einschuechterungen ausgesetzt waren.

die innenministerien der cssr, der tschechischen und der
slowakischen sozialistischen republik treffen massnahmen, um
alle absichtlichen beschuldigungen aufzudecken und deren urheber
zu entlarven und aus ihren handlungen im rahmen der geltenden normen
die entsprechenden schlussfolgerungen zu ziehen. ++dr/gd 2

Abteilung X

Berlin, den 27. August 1969

21/

8510
0075

Information

Für das MfI besteht weiterhin zunächst bis zum 31.8. an
33 K Einsatzbereitschaft

In Prag verbleiben zunächst ebenfalls bis zum 31.8. eine
Panzerinheit, 2500 Soldaten und 2500 Angehörige der
Kampfgruppen (VK)

Bis zum 31.8. besteht zunächst weiterhin Einreisepässe
für Journalisten, Studenten usw. aus dem kapitalistischen
Ausland.

Anfang September kommen viele Studenten nach Prag, um nicht-
bestandene Prüfungen nachholen; es gibt Signale, daß
diese Studenten demonstrieren wollen

Am 26.8. war die Beerdigung der Toten in Brno, am
27.8. ist die der Toten in Prag.

Leiter der Abteilung X

H. H. K. K. K.
Oberleutnant

ref. 3 Impl.

1. Hr. Gen. Oberleutnant BRÄUER
2. Hr. MfI
3. Hr. Abt. X

2. 864/69
2012/2336/69 288

Übersetzung aus dem Tschechischen

Inoffiziell erklärt

BSTU
0076

Von der Beratung beim Genosse Stellvertreter VASIL
vom 22. zum 23.8.1969 (nachts)

Am 23.8.1969 abends wird im Fernsehen ein Film mit Materialien (Kameras, Fotoapparate) gezeigt, die bei Bürgern westlicher Staaten, die sich in diesen Tagen in der CSSR (hauptsächlich in Prag) aufhielten, beschlagnahmt wurden. Es handelt sich um einen letzten Teil der Beweise darüber, daß das konterrevolutionäre Auftreten der antisozialistischen Kräfte in der Tschechoslowakei wirklich organisiert war. In dieser Richtung wurde weiter festgestellt: kleine Gruppen antisozialistischer Elemente riefen von verschiedenen Telefonzellen aus an (was ist nicht bekannt); nach kurzer Zeit kamen an diese Stellen KM mit Plastersteinen, die kippten sie aus und führten weg; die Plastersteine wurden dann auch gegen Angehörige der Sicherheitsorgane, der VM und der OSA benutzt; es wurde auch festgestellt, daß ausländische Staatsangehörige, die mit KM in die CSSR eingewandert waren, einzelne und kleine Gruppen antisozialistischer Elemente an die Stellen der Wachen brachten.

Es wurde festgestellt, daß die staatsicherheitsliche Situation (operative) "beklemmend" ist und daß große Initiativen zur Entlarvung aller weiteren Versuche konterrevolutionären Auftretens erforderlich sein werden. Es gibt Signale, daß konterrevolutionäre Elemente eine "Bartholomäus-Nacht" für alle "Kollaborateure" (Angehörige der Staatssicherheit und führende Vertreter der KPG) vorbereiten.

Im Rahmen der Aktionen gegen konterrevolutionäre Elemente wurden insgesamt 3.600 Personen (davon 76 Ausländer) festgenommen; davon sind in Prag 1.893 Personen in Haft (66 Ausländer). Die Schäden in Prag betragen ca. 4 Millionen Kcs.

Überprüft: *Reiss*
4 Expl. Rptm.
27.8.69

Verteiler:

- 1. Hr. Gen. Generalleutnant BRÄUER
- 2. Hr. SAIB
- 3. Hr. Abt. I
- 4. Hr. Abt. II

Situation MdJ

Md 2049/69
827. Bd.

17.25/69

Übersetzung aus dem Tschechischen

Tanukh

Inoffiziell erlangt

BSTU
0077

Anlage zum Befehl des Ministers des
Innern der CSSR Nr. 30/1969

STANDPUNKT

Der Leitung des Ministeriums des Innern der CSSR zur gegen-
wärtigen Situation in Banská

Die Plenartagung des ZK der KPD ordnete in der Zeit vom 29. bis 30. Mai 1969 die gegenwärtige politische Situation und nahm konkrete Maßnahmen an, die die Konsolidierung der Verhältnisse in der Partei, in der Gesellschaft und in unseren internationalen Beziehungen gewährleisten sollen.

Die Hauptziele der Partei in der Gegenwart sind in den "Realisierungsrichtlinien des Mai-Plenums des ZK der KPD" erarbeitet.

Ein wichtiges Ziel der Konsolidierung der innenpolitischen Situation ist unter anderem die allseitige Festigung der Rolle des sozialistischen Staates und seiner Organe.

In dieser Hinsicht ist es vor allem notwendig, die einheitliche Führung der Gesellschaft zu festigen, konsequent die Interessen der gesamten Gesellschaft zu verteidigen und die Staatsdisziplin wiederherzustellen. Es ist notwendig, den wirksamen und progressiven Formen und Methoden zur Durchsetzung der Funktionen des sozialistischen Staates maximale Aufmerksamkeit zu widmen, nicht zu den administrativ-bürokratischen Methoden zurückzukehren, jedoch gleichzeitig die unmarxistischen Ansichten und Auffassungen zu überwinden, die die Funktion des Staates bei der Sicherung der sozialistischen Macht leugnen und schwächen.

Ein bedeutender Platz bei dem Bemühen um eine konsequente Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung kommt den bewaffneten Sicherheitskräften zu. Die dringlichste Aufgabe der Konsolidierung und Festigung der führenden Rolle der Partei in

son Sicherheitsorganen ist, die zielbewusste politische Erziehungsgarbit in Übereinstimmung mit den inneren und internationalen Zielen der Politik der Partei zu sichern.

Die gegenwärtige innenpolitische Situation im Staate ist noch nicht zufriedenstellend. Man darf nicht die Gefahr der Tätigkeit der antisozialistischen Kräfte und der rechtsopportunistischen Tendenzen unterschätzen. Diese Kräfte passen sich schnell der neuen Situation an und bereiten sich auf neue Aktionen vor. Auch die feindlichen Geheimdienste und die Emigrantenzentralen verfolgen ihre tatsächlichen Ziele unter verschiedenen pseudosozialistischen Lösungen.

In der innenpolitischen Situation kann man gegenwärtig ein wesentliches Anwachsen des Vertrauens in die Politik der Partei bemerken, man beginnt mit der konkreten Bearbeitung von Schlussfolgerungen des Zentralkomitees der Partei für die eigenen Bedingungen und geht von Worten zu Taten über. Die Partei steht an der Spitze des politischen Kampfes und setzt konsequent ihre führende Rolle durch.

Faktoren unserer Außenpolitik beeinflussen die innenpolitische Situation und schaffen sie mit. Unter anderem hauptsächlich die Tatsache, daß wir die Entwicklung unseres Staates verwirklichen und konsequent verwirklichen werden als Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft und des Warschauer Vertrages.

Trotzdem ist jedoch die Situation weiterhin durch die Folgen des Auftretens der antisozialistischen, antisowjetischen und rechtsextremistischen Kräfte in letztem Zeitraum, besonders im vergangenen Jahr gekennzeichnet. Die Inkonsistenz und geringe Aktivität der Parteiorgane in dieser Zeit ermöglichte ein Anwachsen des politischen Romantismus und oft auch das Einwirken der feindlichen Propaganda auf die breite Öffentlichkeit. Diese Situation zeigt sich in einigen Kollektiven und bei einzelnen in einer nervösen und unbedachten politischen Haltung. Gefährlich ist, daß die Feinde des Sozialismus und die Abenteurer, die jede Gelegenheit zur Störung der inneren Konsolidierung des Staates ausnutzen, weiterhin aktiv sind.

Bestandteil des staats- und parteifeindlichen Auftretens sind immer noch Angriffe gegen unser Bündnis mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern.

Versuche, zur Auslösung von Streiks, zur Organisation von Flugblattaktionen usw. hören nicht auf. In letzter Zeit waren wir Zeugen der Auslösung von Streiks in einigen Betrieben im Zusammenhang mit dem Verbot der Organisation der Hochschüler und des Mißbrauchs des Musikfestivals "Bratislaver Lyra".

Diese feindlichen Kräfte bemühen sich, nach den letzten Tagungen des ZK der KPC den Jahrestag des August zur Aktivierung des Widerstandes gegen die Politik der Partei und ihr Bestreben nach Konsolidierung der Situation auszunutzen. Es wurde eine umfassende, zweifelloch hoch organisierte Flugblattaktion festgestellt, in der es auftrief zur Organisation des Widerstandes gegen die letzten Maßnahmen des Zentralkomitees der Partei in Form des passiven Widerstandes, durch Organisation öffentlicher Auftritte bis zu Gewalttaten gibt.

Der Sicherheitsapparat muß energische Maßnahmen treffen, die nicht nur auf die Verhinderung der Absichten dieser feindlichen Elemente, sondern auch zur schmalen Enttarnung und Verfolgung der Initiatoren und Organisatoren dieser strafbaren Tätigkeit abzielen. Jeder muß sich der Verantwortung des Ministeriums des Innern und seiner Formationen für die Sicherheit im Staat, die er gegenüber der Partei, der Regierung und der gesamten Gesellschaft hat und gleichzeitig seines eigenen Anteils der Verantwortung bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben bewußt sein.

Die Ziele, Formen und Methoden der Arbeit der ausländischen und inneren Feinde sind allen Angehörigen der Sicherheitsorgane bekannt und die Leitung des Ministeriums des Innern wie auch die einzelnen Funktionäre haben darauf unabhingige Male in ihren Stellungnahmen und Reden hingewiesen.

Die Sicherheitsformationen haben in Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben eine Reihe wertvoller Informationen erlangt.

die mit der innenpolitischen Situation im Staate im Zusammenhang stehen. Über diese Erkenntnisse wurden die zuständigen staatlichen und politischen Organe informiert. Es wurde eine Reihe von Erfolgen bei der Gewährleistung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, bei der Entlarvung der Republik feindlich gesinnter Elemente unter kapitalistischen Touristen und vor allem Journalisten erzielt. Teilerfolge gab es auch auf anderen Arbeitsgebieten.

Trotz dieser Erfolge hält die Leitung des Ministeriums des Innern die Situation bei den Arbeitsergebnissen der Sicherheitsformationen und bei der Normalisierung des inneren Lebens der einzelnen Formationen für unbefriedigend.

Bei der Erfüllung der Aufgaben wird wenig energisch, initiativreich und qualitativ vorgegangen. Sehr oft wird eine Reihe von Aufgaben schleppend erfüllt und im Ergebnis verschiedener konzeptueller und inhaltlicher Unklarheiten der Probleme aufgeschoben. In dieser Hinsicht weist sich in den Arbeitsergebnissen vor allem die Ungenauigkeit der inhaltlichen Zielstellung und der Arbeitsmethoden auf dem Gebiet des inneren Nachrichtenwesens heraus. Ebenso ist es erforderlich, die Arbeiten am inneren Informationssystem und an einigen weiteren Dokumenten zu beschleunigen, die die Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit des Ressorts des Ministeriums des Innern und seiner Formationen konstituieren.

Es zeigen sich Mängel auf dem Gebiet der Fehdung nach Tätern krimineller Straftaten und eine Reihe anderer Straftaten bleibt unaufgeklärt.

Es gibt eine ungenügende Übersicht über die Vorbereitungen der antisozialistischen Kräfte und rechten Elemente auf staatsfeindliches Auftreten und vor allem um einzelne Aktionen, die auf die Störung der Normalisierung unseres innenpolitischen Lebens abzielen, bleiben weiter außerhalb unserer Kontrolle. Das beweisen die ungenügenden Informationen über die Vorbereitungen verschiedener Protestdemonstrationen, Streiks, Flugblatt- und anderer Aktionen, von denen die Sicherheitsorgane einschließlich des Nachrichtendienstes in der Regel erst nach ihrem Beginn erfahren.

Ebenso ist die Arbeit des Nachrichtendienstes auf dem Gebiet des Kampfes gegen die feindlichen Geheimdienste nicht auf befriedigendem Niveau, was sich auch in den erreichten Ergebnissen und dem ungenügenden Niveau der Informationen über ihre Tätigkeit widerspiegelt.

Der Komplex dieser Mängel spiegelt sich in dem unbefriedigenden Stand und der niedrigen Qualität der den Staats- und politischen Funktionären vorgelegten Informationen wider. Die Leitung des Ministeriums des Innern wurde zurecht wegen dieses Zustandes kritisiert.

Die Verantwortung für die Ursachen dieses Zustandes liegt auf allen Mitarbeitern und Funktionären des Ministeriums des Innern und seiner Formationen. Die Beseitigung dieser Mängel erfordert ein zielbewusstes und durchdachtes Vorgehen an die Festlegung der Konzeption der Arbeit und ihrer Zielstellung auf allen Gebieten der Arbeit. Sie erfordert hohe Ansprüche und hohe Verantwortung für die Leistung und Erfüllung jeder Aufgabe, persönliche Disziplin und durchdachte Organisation der Arbeit unter maximaler Ausnutzung des Arbeitstages. Sie erfordert eine tiefe Konzentration jedes Einzelnen und jedes Kollektive auf die gestellten Aufgaben und die Schaffung einer günstigen Arbeits- und kameradschaftlichen Atmosphäre.

Die gegenwärtigen Aufgaben des Ministeriums des Innern und der Sicherheitsformationen erfordern das verantwortliche Herangehen jedes Mitarbeiters an die Erfüllung der dienstlichen Pflichten und die Aktivierung des gesamten Apparates des MII.

Die mangelhaften Arbeitsergebnisse und einige Erkenntnisse über den Stand der Disziplin in den bewaffneten Sicherheitskörpern zeigen, dass das Bestreben weitergeht, Mängel durch verschiedene objektive Ursachen, vor allem mit den Folgen der innenpolitischen und innerparteilichen Probleme des vergangenen Jahres, mit Fehlern der früheren Leitung des Ministeriums des Innern und Ähnlichem zu entschuldigen.

Der Einfluß dieser Ereignisse und Eingriffe in das Ministerium des Innern hat zweifellos wesentlich die Arbeit in dieser Periode beeinflusst und klingt noch heute nach. Jedoch noch heute den Einfluß dieser Periode als entscheidenden Faktor des gegenwärtigen Niveaus der Arbeit des Sicherheitsapparates zu bewerten, ist eine alibiartige und nicht selbstkritische Haltung.

Das Absinken der Disziplin bei einigen Einzelnen zeitlich durch ungenügende Ausnutzung der Arbeitszeit, durch Ausbleiben zur Arbeit, und es gibt auch Fälle, wo Mitarbeiter in der Arbeitszeit Gasteleuten aufsuchen.

Es hören die Fälle nicht auf, wo ein wesentlicher Teil der Arbeitszeit mit unfruchtbaren Diskussionen verbracht wird, in denen pseudokritische Standpunkte zu Einzelnen eingebracht werden, es kommt zur gegenseitigen Verleumdung und üblen Nachrede, ohne daß es für die angeführten Behauptungen Grundlagen gibt. Diese unverantwortlichen Einzelnen rufen so durch ihre angeblich "kritische Haltung" ständig Nervosität und Spannungen, Beziehungen des Misstrauens und des Argwohns hervor. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es sich in einigen Fällen um absichtliches Schaffen von Unruhe handelt, in dessen Hintergrund persönliche und andere Aspekte stehen. Zweifellos spielen jedoch derartige Haltungen den Feinden der Konsolidierung der innenpolitischen Situation in die Hände und gefährden die Aktionsfähigkeit der entsprechenden Formationen des Ministeriums des Innern.

Dieser Zustand darf nicht weiter geduldet werden und es ist unerlässlich, sofort von Worten zur konkreten Arbeit überzugehen und in ihr seine Haltung zur Partei und zum Staate zu bekunden, sich in dieser Arbeit zusammenzuschließen und so zur konsequenten Erfüllung der "Realisierungsrichtlinien des Hauptplans des ZK der KPdSU für das weitere Vorgehen der Partei in der nächsten Periode" und der Aufgaben, die dem Ministerium des Innern gestellt wurden, beizutragen.

Was ist damit gemeint?

Geleitet von dem Interesse an einer beschleunigten Lösung der inneren Situation im Bessert mit dem Ziel, alle Ursachen zu beseitigen, die ein Hemmnis für die zielbewusste und effektive Arbeit der Sicherheitsformationen sind, trifft die Leitung des Ministeriums des Innern konkrete Maßnahmen. Als Hauptmangel betrachtet sie die zu starke Toleranz der Leiter aller Ebenen gegenüber den angeführten negativen Erscheinungen. Deshalb verlangt sie vor allen von ihnen, die Ansprüche bei der Leitung zu erhöhen und zu Initiatoren bei der Aktivierung der Arbeit, des Kampfes für die Erhöhung der Disziplin, der Arbeitsmoral und der Effektivität der Arbeit zu werden. Sie überträgt den Leitern die persönliche Verantwortung für die Lage auf dem anvertrauten Gebiet und für die Schaffung von Bedingungen für die Erfüllung der Aufgaben.

Zur Beseitigung der Mängel stellt der Minister des Innern mit seinem Befehl konkrete Aufgaben, die auf ihre Beseitigung abzielen. Gleichzeitig stellt er die Aufgabe, streng und anspruchsvoll die Mängel in der Erfüllung der Arbeitsaufgaben und der Arbeitsergebnisse, die Verstöße von Disziplinlosigkeit und Verletzung der sozialistischen Beziehungen im Kollektiv zu beurteilen. In dieser Hinsicht ist von allen wesentlich der Anspruch an das Niveau der Leitung- und organisatorischen Tätigkeit der Leiter aller Ebenen zu erhöhen. Keine Erscheinung von Disziplinlosigkeit und unverantwortlicher Erfüllung der Pflichten ist unbenutzt zu lassen. Aus den festgestellten Mängeln sind sofort Schlussfolgerungen zu ziehen und sofort die erforderlichen disziplinarischen oder Radernmaßnahmen zu treffen. Bei Leitern und untergeordneten Mitarbeitern, die ernste Pflichtverletzungen begangen und durch ihr Handeln keine Garantie für eine Korrektur der Fehler und für eine erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben bieten, sind strengste Maßnahmen vorzuschlagen einschließlich der Abberufung von der Funktion bzw. der Entlassung aus dem Dienst.

Die Leitung des Ministeriums des Innern wendet sich an alle Mitarbeiter und Leiter sowie auch an die Partei-, Gewerkschafts- und gesellschaftlichen Organisationen, zur Beseitigung der Ursachen beizutragen, die dem Interesse unserer Gesellschaft schaden, die Initiative hemmen und nicht gesinnungstreue Haltung, Bequemlichkeit und Misswirtschaft ermöglichen.

Überreicht: *[Signature]*
4 Expl. *[Signature]*
21.7.69

- Verteilt:
- 1. Ex. *[Signature]*
 - 2. Ex. *[Signature]*
 - 3. Ex. *[Signature]*
 - 4. Ex. *[Signature]*

von Gen. Bachtel
Bachtel

Übersetzung aus dem Tschechischen

STRENG GEHEIM!

Inoffiziell erlangt

BSTU
0085

Meinungen zum Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR

Im Bereich der Zivilpersonen verläuft der Besuch des Genossen STOPN insgesamt ohne größeres Interesse. Aus Gesprächen unter Zivilpersonen geht hervor, daß sie den Besuch für eine rein offizielle Angelegenheit halten, die keine allzu große Bedeutung hat. In einigen Fällen wurde festgestellt, daß unter den Leuten davon gesprochen wird, daß ein solcher Besuch nichts Gutes bringen wird.

Auch im Bereich der Sicherheit wird der Besuch des Gen. STOPN nicht allzu sehr kommentiert. Auch hier wird der Besuch für eine offizielle Angelegenheit gehalten, die an den Besuch des Vorsitzenden der Regierung der CSSR in der DDR anknüpft. In einigen Fällen wurde festgestellt, daß sich die Genossen darüber wundern, daß Gen. Willi STOPN überhaupt mit ČERNÍK verhandelt, weil ČERNÍK zusammen mit Dabek und Sarkovsky die größte Schuld an der Katastrophe der Partei und des Staates im vergangenen Jahr hat. In gewissem Maße wird das für eine kleine Konzession seitens der Staaten des Warschauer Vertrages gehalten, die bisher mit jenen Vertretern der CSSR verhandeln, die im Jahre 1968 die Beziehungen mit den übrigen sozialistischen Ländern angespannt haben.

Zur gegenwärtigen politischen Situation

Die politische Situation spitzt sich letzten Angaben zufolge in bestimmtem Maße zu. Studenten der Philosophischen Fakultät übermalten provokatorisch das Schild mit der Aufschrift "Platz der Rotarmisten". Als die Genossen von der Öffentlichen Sicherheit die Täter fassen wollten, verwehrte ihnen ein Assistent den

- 2 -

Zutritt zum Gebäude der Fakultät, weil das akademischer Boden sei. Die Verbreitung von Flugblättern, die zum passiven Widerstand am 21. August aufrufen, hält weiter an. Zugleich soll es am 6.7.1969 zu einigen Provokationen kommen, hauptsächlich in den Orten, wo Jan-Kuc-Palern stattfinden. Heute findet auch eine Sitzung des Verbandes der Metallarbeiter, eines der reaktionärsten Gewerkschaftsverbände, statt.

Sehr oft ist gegenwärtig zu hören, daß die UdSSR das Interesse an der CSSR verliert und daß sie ihr Interesse auf Rumänien richtet. In Rumänien sollen sich die Vertreter der UdSSR mit NIKON treffen und über den Abzug der Truppen aus der CSSR verhandeln. Weiter ist zu hören, daß die sowjetischen Einheiten aus den Städten in feste militärische Garnisonen verlegt werden und daß es schon in nächster Zeit zu einer wesentlichen Verringerung der sowjetischen Einheiten in der CSSR kommen soll. Solche und ähnliche Nachrichten werden sehr viel unter den Leuten verbreitet. Bei den guten linken Genossen erwecken diese Nachrichten bestimmte Befürchtungen, auch wenn sie ihnen nicht allen sehr glauben.

Die Situation in der Sicherheit

Es wurde ein wichtiger Hinweis erhalten, der noch nicht überprüft werden konnte. Es handelt sich darum, daß der jetzige Bezirkechef in Prag, Frantisek NEKOC, auch an dem illegalen sogenannten 14. Parteitag der KPC im August 1968 teilgenommen haben soll. Wenn dieser Hinweis wahr sein sollte, so bedeutet das, daß eigentlich in erster Linie sein Fall überprüft werden müßte und erst danach die übrigen gewöhnlichen Mitarbeiter.

Weiter wurde der wichtige Hinweis erhalten, daß der Leiter der HV Staatsicherheit, SOBAL, der nach dem August 1968 auf diesen

- 3 -

Platz kam, gegenwärtig Felner seinen Rücktritt angeboten hat. SORAL verhielt sich im August ebenfalls antisowjetisch. Felner lehnte angeblich seinen Rücktritt ab. Das alles bestätigt, daß in Innenministerium bei weitem nicht alles in Ordnung ist und daß die Kontristen sich immer noch in ihren Positionen halten. Unter den Mitarbeitern wird auch davon gesprochen, daß Felner im August 1968 auf antisowjetischen Positionen stand, als er Vorsitzender des Kreiskommunalausschusses in Pilsen war.

Auch über den stellvertretenden Minister des Innern wird in dem Sinne gesprochen, daß seine Position im August bis jetzt nicht geklärt ist. Der Genannte ist angeblich jüdischer Abstammung. Er sollte auch als Generalstaatsanwalt eingesetzt werden, aber aus seiner Ernennung ist aus bisher unbekanntem Gründen nichts geworden.

FELNER war jetzt bei HURAK, und HURAK hat ihm gegenüber scharf beanstandet, daß das Innenministerium unter Leitung Felner' nicht gut arbeitet. Die Phlie antisowjetischen Auftretens und antisowjetischer Provokationen werden nicht gelöst. Hurak verlangte von Felner, daß das Innenministerium die Aufgaben so erfüllt, wie es von Gesetz verlangt wird.

Die Information wurde von Mitarbeiter der BV des Korps für Nat. Sicherheit, Gen. Hofman, erlangt.

Die Situation in der Armee

Den gegenwärtigen Zustand in der Armee kann man so charakterisieren, daß die "Henden gewechselt werden". Eine Reihe von Offizieren des Generalstabes, die im August 1968 antisowjetisch auftraten und auf den Positionen Duboske und anderer Verräter standen, üben jetzt Selbstkritik. Sie sind bestrebt, sich in ihren Funktionen in der Armee zu halten. Es kommt sogar vor, daß sie auf Parteiversammlungen Vorbehalte gegenüber linken Genossen haben. So passierte es z. B. in Generalstab, in der Operationsabteilung, daß auf einer

- 4 -

Mitgliederversammlung die Leitung der Organisation, die sich durchweg aus rechten Elementen zusammensetzt. Gen. SEL fragte, wohin er ohne Wissen der Organisation gegangen sei. Gen. Sel antwortete ihnen, daß er überall hingegangen sei, außer daß er nicht in Cechy war, was ihm sehr verdrieht. Weiter sagte er, daß er niemanden verantwortlich ist, was er in seiner Freizeit macht. So ergibt sich hier die Situation, daß die Rechten noch die Frechheit haben, die guten linken Genossen zu überprüfen. Bis auf den heutigen Tag ist in der Armee kein rechtes Element entlassen worden. Alle Leute bleiben in ihren Positionen. DZUR, der Minister für Nationale Verteidigung, hat sich etwas verkrochen. Er zeigt sich nicht allzu sehr in der Öffentlichkeit. Man hört unter den Offizieren, daß es ihm jetzt um den Posten des Ministers geht. Eine gute Position baut sich in der Armee General DVORAK auf, der beginnt, gute linke Genossen um sich zu sammeln. DVORAK erklärt offen, daß er mit DZUR in Konflikt steht.

Die Situation in der Bezirksverwaltung in Prag

Gegenwärtig laufen langsam die Überprüfungen an. Es ist notwendig darauf aufmerksam zu machen, daß es klare Bestrebungen gibt, die Leute nicht zu überprüfen und nur Verantwortung zu schieben, die im August entlassen haben.

So kam es z. B. vor, daß in die Überprüfungskommission beim Zentralen Ausschuss der KPC, der von Karel PRSKA geleitet wird, der Mitarbeiter Genek PROKOP aufgenommen wurde, von dem bekannt ist, daß er im August sehr geschwankt hat. Als eine Parteiorganisation auf diesen Umstand aufmerksam machte, reagierte der Zentrale Ausschuss darauf sehr gereizt und verlangte eine schriftliche Begründung der Haltung dieser Organisation. Genosse HILMAN, der in der Mitgliederversammlung der genannten Organisation auf das bedenkliche Verhalten PROKOPs aufmerksam machte, erklärte jedoch klar,

- 5 -

daß das, was er weiß, auch Karel PESKA, der Vorsitzende des Zentralen Ausschusses und BARTUSEK, der Sekretär des Ausschusses wissen. Aus diesem Grund lehnte er jegliche schriftliche Erklärung ab. Sowohl BARTUSEK als auch PESKA erklären zwar, daß PROKOP bestimmte Vorbehalte hatte, daß er aber bald begriffen und sich geändert habe. Dabei bringen sie es nicht fertig, auf die Frage zu antworten, weshalb dann gerade PROKOP in die Kommission aufgenommen wurde und nicht ein Genosse, der keine Vorbehalte gegen den Einsatz der Truppen hatte.

Die größte Tragödie ist, daß jetzt diese Genossen davon zu sprechen beginnen, daß durch ein solches Verhalten die Konsolidierung und die Einheit gestört wird. Also nicht dadurch, daß die Leute im August Verrat geübt und enttarnt haben, sondern dadurch, daß sie offen kritisiert werden.

Eine ähnliche Haltung wie bei PESKA und BARTUSEK ist ständig zu beobachten. Es passierte z. B., daß ein Genosse bei PESKA war und ihn bat, ihm die Resolution herauszugeben, die an das ZK der KPC zu der Zeit geschickt wurde, als DUBCEK zu den Verhandlungen nach Cierna Fahr. PESKA antwortete, daß die Resolution hier ist, daß er aber die Unterschriften nicht hat, das wurde an das ZK der KPC geschickt. Der Genosse, der ihn aufgesucht hatte, antwortete ihm darauf, daß er versuchen wird, diese Unterschriften im ZK zu bekommen. Worauf der Vorsitzende des Zentralen Ausschusses der KPC PESKA ihn zu überreden begann, daß doch die Unterzeichnung dieser Resolution nichts bedeute, weil es sich hier nur um die Souveränität und Freiheit handelte!!! Das ist, bitte schön, der Standpunkt des Vorsitzenden des Zentralen Ausschusses der KPC in der Bezirksverwaltung.

Anmerkung:

Genossen, die Situation beginnt sich jetzt in der Richtung zu komplizieren, daß es Bemühungen gibt, die Dinge nicht allzu sehr zu lösen, hauptsächlich Ruhe zu halten, damit alles so verläuft, daß die Funktionen in ihren Funktionen nicht gefährdet werden.

- 6 -

So geschieht es z. B., daß, wenn darauf hingewiesen wird, daß bisher noch keine neue zentrale Leitung der KPC gewählt wurde, sondern die alte weiter besteht, darauf aufmerksam gemacht wird, daß es dafür verschiedene Gründe gibt, so daß der Eindruck erweckt wird, daß das jetzt nicht durchgeführt werden kann. Dadurch passiert es dann, daß Leute, die nicht von den jetzigen Parteiorganisationen gewählt wurden, Leute vertreten, die aus anderen Organisationen kommen. Der Grund ist klar. Es ist das Bestreben, seinen Posten zu halten. Dabei ist interessant, daß diese Genossen links reden und es gegen sie keine wesentlichen Vorbehalte aus der Augustzeit gibt.

Es ist auch kein Wunder, wenn gesagt wird, daß die Resolution zu GIESHA von einer ganzen Reihe dienstlicher und Parteifunktionäre unterschrieben wurde. Unter anderem soll auch der Leiter der Kadernabteilung KOMPOCKY dazu gehört haben, der heute einer von denen ist, die am meisten links stehen.

Der ganze gegenwärtige Zustand ruft eine notwendige Frage hervor. Ist es überhaupt möglich, den Sicherheitsapparat zu säubern? Die Leute graben sich in die Stellungen ein. Einige links Genossen resignieren und wollen schon nicht mehr ihre Bemerkungen über die Leute von August 1968 schreiben, weil das angeblich überhaupt keinen Sinn hat. Es tauchen sogar Befürchtungen auf, ob schließlich die Lösung der Fälle überhaupt mit denen durchgeführt wird, die konsequent auf der revolutionären Position stehen. Die Situation ist sehr kompliziert und ohne Eure Hilfe schwer zu lösen.

Die Situation unter den rechten Kräften und der Reaktion

Die reaktionären Kräfte sind entschlossen, den Kampf auf legalen und illegalen Wege fortzusetzen. Sie sind entschlossen, vor allem ihre gegenwärtigen Positionen zu halten, besonders auf ideologischen Gebiet. Sie erwägen damit zu beginnen, daß sie zuverlässige Leute

vorbereiten, um sie dann in Funktionen einzuschleusen, und zwar vor allem auf dem Gebiet der Ideologie und in der Partei. Diese Leute werden dann die Aufgabe haben, nach und nach die Partei und den Staat zu zersetzen, so wie sie das vor dem August 1968 gemacht haben. Sie werden die Situation für den Sturz unserer Ordnung vorbereiten. Ihre wichtigste Aufgabe ist, gegen die gegenwärtige Führung der Partei und gegen die Politik des Staates zu kämpfen.

Heute zeigt sich schon, daß ein gegenwärtiger Zusammenhang und eine Koordinierung zwischen allen führenden Vertretern der Konterrevolution besteht. Alle halten untereinander ständige Verbindung.

Es handelt sich hierbei besonders um die Publizisten HOCHMAN, RUMEL, KYJOL, BRUTINA und PACHEMAN sowie eine ganze Skala weiterer Journalisten, Schriftsteller und Publizisten. Unter ihnen sind auch ehemalige bekannte Politiker aus der Zeit nach dem Januar 1968 wie z. B. SABATA aus Brno, VOJSEK und KRIBICKI aus Prag.

Wie jedoch die jüngsten Informationen zeigen, nimmt die Partei- und Staatsführung erneut eine schwankende Haltung ein, wie das früher schon war. So war z. B. beim 1. Sekretär der Partei, HUSAK, eine Beratung, auf der darüber gesprochen wurde, ob es möglich sein wird, PACHEMAN in Haft zu nehmen, weil es über ihn schon genügend Zeugenaussagen gibt. HUSAK lehnte seine Inhaftierung ab, weil das angeblich gegenwärtig noch nicht der geeignete Zeitpunkt dafür sei. HUSAK sagte, daß, wenn PACHEMAN verhaftet wird, dann über ihn (Husak) gesagt würde, daß er so mit seinen politischen Gegnern abrechnet.

Anmerkung:

Die Genossen JUDAS und andere aus Liban haben vollkommen Recht, wenn sie sagen, daß wieder geduldet und nicht eingegriffen wird. Es ist doch klar, daß sich die Reaktion nicht auf Grund politischer Überzeugungsarbeit ergibt, sondern daß hart durchgegriffen werden muß. Sonst wird sich die Situation wieder verschärfen, und die Folgen können groß sein.

Übersetzt: *W. L. G.*

gefertigt: 4 Ex.

- Verteiler: 1. Ex.
2. Ex.
3. Ex.
4. Ex.

4.7.65

BSTU
0093

Übersetzung aus dem Tschechischen

STRENG GEHEIM!

Inoffiziell erlangt

Aktivtagung der Mitarbeiter des Nationalen Innenministeriums
am 27.6.1965 im Steiner-Saal, Hubernska-Straße

Als erster sprach der Sekretär des Hauptauschusses der KPC in
Mdl, Gen. Raichart.

Er gab praktisch das wieder, was Gen. Husak auf der Tagung auf
der Burg gesagt hatte, als die leitenden Bezirks- und Kreissekre-
täre der KPC versammelt waren.

Eine Bemerkung Raicharts: Der Hauptauschuß der KPC hat Maß-
nahmen zur Einschätzung der politischen Situation in Mdl, und
zwar unter den Bedingungen der Grundorganisationen der KPC ein-
geleitet. Es handelt sich nicht um eine allgemeine Überprüfung,
es wird geklärt, wer den Eid oder das Statut der Partei verletzt
hat.

Dann sprach Gen. ZUSKA vom Büro für die tschechischen Länder.
- Er analysierte die Entwicklung nach dem August 1963 (nichts
Neues).

- Drei Aufgaben der Partei:

1. Entlarvung der rechtsoportunistischen Kräfte und Organi-
sierung ihrer Niederlage auf politischen Gebiet
2. Gewinnung der Mehrheit der gesunden Kräfte in der Partei
3. Entfaltung der Anstrengungen für den absoluten Sieg der
marxistischen Kräfte.

- In der Sicherheit ist notwendig:

- den Rhythmus und das System der Schulung der Parteimitglieder
zu erneuern,
- dazu ist durch Zuschriften und Artikel in der Zeitschrift
BLESPOUST beizutragen
- ideologisch auf die jungen Angehörigen des Mdl einzuwirken

- die Träger rechtsopportunistischer Meinungen von irreführten Leuten zu unterscheiden,
- höhere politische Ansprüche in bestimmten Teilen des Innenministeriums zu stellen.

Danach sprach der stellvertretende Innenminister für die tschechischen Länder KUBIK:

- Es ist nicht möglich, die Fälle ohne Zusammenarbeit der Leiter mit den Parteiorganisationen zu lösen.
- Im Apparat des MdI gibt es Leute, die nach dem Januar 1968 gezeigt haben, daß sie nicht dorthin gehören, oder nicht in bestimmte Dienste oder Funktionen gehören.
- Es gibt weiterhin Fälle, in denen Mitarbeiter keine Berichte abgeben wollen, weil sie nicht wissen, wer sie in die Hände bekommt, das ist auf die Dauer unmöglich.
- Der Fall des Schriftstellers Havel ist ein Beweis dafür, daß Verrat geübt wird.
- Es ist die Pflicht der Leitung des MdI, den Apparat zu säubern.
- Jetzt wurde von den Leitern Material über die Überprüfungen der Angehörigen eingezogen. Wir ziehen uns jedoch von diesen Prinzipien nicht zurück. Es wurde deshalb eingezogen, um es zu mißbrauchen. Es wurde schon gesagt, daß es sich um linkes Material handelt. Wir wollen auch in dieser Frage mit dem föderalen Ministerium zusammenarbeiten.

Der grundsätzliche Standpunkt des tschechischen Innenministeriums zu den Überprüfungen:

- Es geht nicht um eine allgemeine Überprüfung, Es werden nur die Fälle von Leuten geklärt, die das verdient haben.
- Es ist notwendig, die Leute schon seit der Zeit vor dem Januar 1968 einzuschätzen.
- Es ist notwendig, die Träger der Verletzung der Dienstvorschriften zur Verantwortung zu ziehen.
- Die antisowjetischen Erklärungen müssen untersucht werden.
- Verstärkte Äußerungen oder Aufrufe werden wir nicht einschätzen
- In der Staatssicherheit können keine Leute sein, die heute keine klare internationale Haltung haben.
- Die Tolerierung der Fehlbarkeit der Leute soll ihre Grenzen

haben??????????

- Ermittlung der parteifeindlichen Äußerungen - Unterschieber der 2000 Worte - opportunistische Haltung zur Novemberreaktion oder Beleidigungen der Vertreter der Partei.
- Untersuchung der Verleumdungen gegen Mitarbeiter des MfI seit dem August 1968
- Die Initiatoren der Bestrebungen um eine Zerschlagung des Apparats und der Beziehungen zwischen den einzelnen Bestandteilen des MfI müssen zur Verantwortung gezogen werden.
- Aufmerksamkeit gegenüber Leuten, die unter PAVEL zum Leben erweckt wurden und noch heute noch da sind
- Es sind die Fälle der Mitarbeiter zu lösen, das Vertrauen ihrer Kollektive verloren haben und die der Leiter, die nicht in Erscheinung treten und abseits stehen.

Folgende Grundsätze sind zu beschließen:

1. Differenzieren - Verhalten der Leiter

Verhalten der normalen Mitarbeiter

2. der Grundsatz der Objektivität

- Es darf nicht zugelassen werden, daß auf die Kleinen eingeschlagen wird und die Großen ungeschoren bleiben.
- Man muß sich auf Argumente stützen, aber es ist nicht notwendig, das vom Notar zu haben - man kann nicht zulassen, daß jemand die Anrede bringt, er habe wie seine leitenden Vertreter gedacht.
- Die Begründungen für die Schlußfolgerungen der Kommission, die die Untersuchung durchführen wird, müssen gut vorbereitet sein - zuerst die Schlußfolgerung der Kommission und erst dann nach der Lösung rufen - alles muß konsequent vorbereitet werden.
- damit niemand nach Jahren etwas beanstanden kann.
- Keine Äspfe abheuen, aber auch kein Versöhnertum pflegen - für das Innere ist die Lösung "Verzeiht uns, was wir sind" nicht annehmbar
- Es wird ein Problem sein, daß es Funktionäre gibt, die nicht das moralische Recht haben, die Säuberung durchzuführen, weil es zuerst erforderlich wäre, daß sie sich selbst säuberten - in diesen Fällen müssen das höhere Stellen übernehmen.

Zum Schluß erklärte dann das Mitglied des Hauptauschusses, daß eine Berichtigung vorgenommen werden muß:
auf Seite 6, Grundsätze für die Einschätzung der Leute, Punkt C, der lautet:

..... c) Haltung der Mitarbeiter zum Einsatz der verbündeten Truppen und ihren Aufenthalt auf unserem Territorium wird jetzt in diesem Text berichtigt:

.....c) Haltung und Handlungsweise der Mitarbeiter in der Zeit des Einsatzes und des Aufenthaltes der verbündeten Truppen auf unserem Territorium.

Soweit der Verlauf der Aktivtagung.

Anmerkungen

Das gesamte Aktiv klang etwa in dem Sinn aus, daß die Leitung des Innenministeriums und der Hauptauschuß ursprünglich eine konsequente Überprüfung im Innern durchführen wollten, aber es geschah etwas, was diese Absicht vereitelte.

Es wird gesagt, daß HUSAK Minister FELNAR anrief und ihn fragte, ob er die Novemberresolution erfüllen will. Als FELNAR mit "Ja" antwortete, forderte HUSAK ihn scharf auf, ihm also zu sagen, was da im MSI für eine Überprüfung gemacht wird, wie das möglich ist und ob das der Linie der Partei entspricht. FELNAR versprach ihm dann, daß er das in Ordnung bringt.

Man muß also erwarten, daß die Überprüfung (die man schon nicht mehr als Überprüfung zu bezeichnen wagt) nicht gültig sein wird und nicht ihr Ziel erfüllt, das ursprünglich geplant war. Die Zentristen und Rechten in der Partei haben die konsequente Durchführung der Überprüfung vereitelt. Es bestätigt sich immer wieder ein und dieselbe Sache: Solange auf führenden Positionen in der Partei und im Staat Leute sitzen, die nach dem Januar 1968 Verrat geübt haben, die Rechten und Zentristen, kann sich die Entwicklung in der CSSR nicht zum Besseren wenden.

- 5 -

Das wird besonders durch die Korrektur des Punktes C auf Seite 6 bestätigt, wo eine Konzession gemacht wurde und nicht die Haltung der Mitarbeiter zum Einmarsch der Truppen im August 1968 eingeschätzt wird. Weiterhin ist es lächerlich davon zu sprechen, daß wir die Leute nicht nach einzelnen Äußerungen oder Ausrufen einschätzen werden. Wie werden wir dann eigentlich die Leute einschätzen? Immer, wenn die Sache klar war, nach dem August 1968, besonders im November, drehten sich die, die gegen den Einmarsch der Truppen waren, und alle sagten, daß sie für die Novemberresolution sind. So können wir also die Situation im Innern wirklich nicht lösen, und die ganze Sache gestaltet sich widerwärtig! Die, die ehrliche Internationalisten erwidigen und aus dem NSI hinauswerfen und einsperren würden, können jetzt nicht belangt werden, weil sie doch für die Novemberresolution sind. Das alles riecht nach Opportunismus und vergiftet die ehrlichen Mitarbeiter. Entweder wird die Situation konsequent und bis zum letzten Punkt gelöst oder es kommt, wie schon mehrmals in diesen Berichten gesagt wurde, nach einer bestimmten Zeit zu einer Wiederholung der ganzen Situation in einem viel schlimmeren Umfang. Die gegenwärtige Politik, die von der Partei durchgeführt wird, ist sehr unentschlossen und löst nicht die brennendsten Fragen. Viele Genossen sowohl im Apparat des Innern als auch im zivilen Sektor weisen mit Recht darauf hin, daß das Fernsehen, der Rundfunk und die Presse noch wie vor keine Propaganda durchführen, und Millionen Menschen werden ständig durch die bürgerliche und konterrevolutionäre Propaganda verdummt. In die UdSSR ist jetzt der bekannte antisowjetische und antikommunistische Hetzer, der Schriftsteller Vladimir SKVITINA, zurückgekehrt. Was gleubt Ihr denn Genossen, würde dieser Lump zurückgekehrt sein, wenn er nicht wüßte, daß die Situation für die konterrevolutionären Elemente in der UdSSR günstig ist?

Zum Schluß muß man sagen, daß sich die Lage in der UdSSR wieder sehr zugespitzt hat, und die sügernden Maßnahmen und die inkonsequente Haltung der Parteiführung führen die Gesellschaft

- 6 -

wieder in die nahende Krise. Es bestätigt sich nur das, was die Klassiker des Marxismus, Lenin und auch Stalin sagten, daß jeglicher Versöhnertum, jegliche Unentschlossenheit sich für die kommunistische Bewegung nicht auszahlt und zum Zusammenbruch führt.

Übersetzt: *Ally, Hu*
gefertigt: 4 Ex.
Verteiler: 1. Ex.
2. Ex.
3. Ex.
4. Ex.

Nr.

I. Information

A
10.
BSTU
0099

CSRR-Innenminister Peflnar über die Tätigkeit der Sicherheitsorgane der CSRR

Prag, 19. Juni 69 ADN-Korr. - Unter der Überschrift "Für die Sicherheit der Räte und ihre Bürger" veröffentlicht "Rude Pravo" von Donnerstag ein Interview mit dem Minister des Innern der CSRR, Jan Peflnar. Einige Fragen beziehen sich auf die Situation in den Sicherheitsorganen der CSRR. Peflnar führt in diesem Zusammenhang u.a. aus, daß in der CSRR eine steigende Kriminalität zu beobachten ist, die es notwendig macht, den Kampf gegen sie zu intensivieren. Dazu gehört auch eine erhöhte Aktionsfähigkeit des kriminalistischen Dienstes und die zahlensmäßige Verstaatlichung des Polizeiapparats. Während in ~~IMMER~~ Durchschnitt ~~IMMER~~ ein Polizist auf 400 Einwohner kommt, sei das Verhältnis in der CSRR 600 : 1. ~~Während im Jahre 1955 gab es in~~ ~~Während im Jahre 1955~~ etwa 12 000 Polizisten weniger. Peflnar führte weiter aus, daß "die Situation in den Einheiten des Ministeriums des Innern heute bereits soweit verbessert ist, daß sie in der Lage sind, alle Aufgaben zu erfüllen, die sich für sie beim Schutz unserer Republik ergeben. Die erkrankende Mehrheit der Angehörigen der Sicherheitsorgane steht fest hinter der Politik unserer Partei und unserer Regierung, unterstützt vorbehaltlos die November-Resolution und die Ergebnisse des April- und Maiplenums des ZK der KPC. Die absolute Mehrheit der Kommunisten steht fest auf den Positionen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Und Kommunisten in den Sicherheitsorganen hat es sehr geholfen, daß sich die leitenden Partei- und Staatorgane und die Mehrheit der Werktätigen bei der Erfüllung unserer schweren Dienstpflichten voll hinter uns gestellt haben."

(ADN Prag/Buchmann/Suz Information/Selge/

Nr.

f. Information

BSTU
0100

Polnar-Interview Bl. 2

ADN-Korr. - Die Zeitung stellt Polnar weiter die Frage: "In einer Ihrer früheren Reden haben Sie auch von der Existenz und Tätigkeit antisozialistischer Kräfte in unserer Republik gesprochen. Können Sie Ihre Information erweitern?"

Antwort: "Über die Existenz antisozialistischer Kräfte und ihre feindlichen Absichten bestehen heute bereits keine Zweifel mehr. Beispielsweise wurde bei der Verfolgung der Tätigkeit ausländischer feindlicher Zentren, besonders eines ihrer Exponenten, nämlich Pavel Tigrids, der/uns rechtskräftig wegen Diversion gegen die Republik verurteilt wurde, festgestellt, daß Tigrids in enger Verbindung mit einer Reihe antisozialistischer orientierter Personen steht. Zu ihnen gehören Ivan Svítak und andere, die ihre Tätigkeit gegen die KPC, unsere sozialistische Ordnung und das Bündnis unserer Republik mit der UdSSR gerichtet haben.

Svítak setzt diese antikommunistische Tätigkeit in der Columbia-Universität in den USA fort und vermittelt dort seine Erfahrungen den amerikanischen Experten und Ideologen des Kampfes gegen den Kommunismus. Er schreibt in Tigrids 'Svedectví' (Zeugnis) und unterhält zusammen mit ihm auch weiterhin Verbindung zu Personen, mit denen sie die gleichen Ziele haben und die bei uns in der ČSSR geblieben sind. Gemeinsam mit ihnen war Svítak bemüht, sein Vorgehen mit den Aktionen P. Tigrids und weiterer feindlicher Gruppierungen im Ausland zu koordinieren. Mit Hilfe verschiedener Verleumdungskampagnen und durch die Organisation von Aktionen des Bruchs wollten sie das Vertrauen des Volkes in die KPC und in einzelne ihrer Repräsentanten untergraben.

-3-

(ADN Prag/Sachmann/Zur Information/Solge/

11,28

Polsar Interview Bl. 3

ADN-Korr. - Sie gingen davon aus, daß nach dem Januar 1966 ein geeigneter Zeitpunkt gekommen ist, um zu zeigen, wie sich der Kommunismus ersetzen läßt. Im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stand die Situation in der Armee und in den Sicherheitsorganen. Sie vertrauten darauf, daß der Weg für sie frei ist, sobald sie die Armee, die Sicherheitsorgane und die Organe der staatlichen Verwaltung ersetzt haben. Sie kamen darin überein, daß es für ihre Ziele notwendig ist, die Fehler in der KPC hervorzuheben, die Vergangenheit der Partei anzuschwärzen und die Kommunisten in der Öffentlichkeit zu verleunden.

Von Svitek und den Personen um ihn herum ging auch die Initiative zur Gründung des KAK (Klub der engagierten Parteimitglieder) aus, der die Basis für die Schaffung einer neuen, oppositionellen politischen Partei werden sollte. Svitek hat sich zusammen mit einigen anderen Personen auch sehr bei den Studenten um die Wiederherstellung der rechten Sozialdemokratie engagiert. Auch hier stehen uns Fakten zur Verfügung, die auf die Verbindung dieser Personen zu ausländischen Kreisen hinweisen.

Verbindung mit ausländischen Feindzentralen hatten auch einige Mitglieder des K 231. Darüber haben wir ebenfalls Beweise in der Hand. Viele exponierte Funktionäre des K 231 (z.B. die der Öffentlichkeit bekannten Brodsky und Raubousch) leben jetzt im Ausland und unternehmen Anstrengungen zur Zusammenfassung aller Emigranten in der sogenannten Vereinigung der Haardener Ausschüsse. Diese Vereinigung wurde Ende März dieses Jahres in der holländischen Stadt Haarlem gegründet, und an ihrer Entstehung hat sich der ehemalige Generalsekretär des K 231, Brodsky, aktiv beteiligt.

Nr.

1. Information

BSTU
0102

Pelnar Interview Bl.4

ADM-Lex. - Es fehlte hier auch nicht Slava Velný von Sender
Freies Europa. Das erklärte Ziel dieser Vereinigung besteht darin,
mit allen Mitteln gegen den Kommunismus in der CSSR zu arbeiten.

Dem Ministerium ist es gelungen, einige Materialien zu be-
schaffen, die die Pläne der westlichen Spionage Tigrade dokumen-
tieren, die Einheit des sozialistischen Lagers und die sozialisti-
sche Ordnung in der CSSR zu zerstören. Es handelt sich dabei sowohl
um langfristige strategische, als auch um kurzfristige taktische
Pläne, die von der Einschätzung der konkreten Situation unserer
Republik im Herbst 1967 und im September 1968 ausgehen. Wenn wir
diese Pläne mit der konkreten Tätigkeit der antisozialistischen Kräfte
in der CSSR im vergangenen Zeitabschnitt vergleichen, so stellen wir
fest, dass beides fast identisch ist. Ihre Absichten haben sich
jedoch nicht erfüllt und werden sich auch in Zukunft nicht erfüllen.

(DR Prag/Bachmann/Eur Information/Salge/

12,43

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt
-gd 1 - 19.6.69 3. ausgabe

cssr-innenminister pelnar ueber die taetigkeit der sicherheits-
organe der cssr

adn-korr. p r a g, 19. juni - unter der ueberschrift "fuer die
sicherheit der raete und ihre buerger" veroeffentlicht "rude
pravo" vom donnerstag ein interview mit dem minister des innern
der cssr, jan pelnar. einige fragen beziehen sich auf die situation
in den sicherheitsorganen der cssr. pelnar fuehrt in diesem
zusammenhang u.a. aus, dass in der cssr eine steigende kriminali-
taet zu beobachten ist, die es notwendig macht, den kampf gegen
sie zu intensivieren. dazu gehoert auch eine erhoehrte aktions-
faehigkeit des kriminalistischen dienstes und die zahlenmaessige
verstaerkung des polizeiapparats. pelnar fuehrte weiter aus, dass
"die situation in den einheiten des ministeriums des innern
heute bereits soweit konsolidiert ist, dass sie in der lage sind,
alle aufgaben zu erfuellen, die sich fuer sie beim schutz unserer
repubik ergeben. die erdrueckende mehrheit der angehoerigen der
sicherheitsorgane steht fest hinter der politik unserer partei und
unserer regierung, unterstuetzt vorbehaltlos die november-resolution
und die ergebnisse des april- und maipenums des zk der kpc. die
absolute mehrheit der kommunisten steht fest auf den positionen
des marxismus-leninismus und des proletarischen internationalismus.
uns kommunisten in den sicherheitsorganen hat es sehr geholfen,
dass sich die leitenden partei- und staatsorgane und die mehrheit
der werктаetigen bei der erfuellung unserer schweren dienst-
pflichten voll hinter uns gestellt haben."

die zeitung stellt pelnar weiter die frage: "in einer ihrer
frueheren reden haben sie auch von der existenz und taetigkeit
antisozialistischer kraefte in unserer republik gesprochen. koennten
sie ihre information erweitern?"

antwort: "ueber die existenz antisozialistischer kraefte und
ihre feindlichen absichten bestehen heute bereits keine zweifel
mehr. beispielsweise wurde bei der verfolgung der taetigkeit
auslaendischer feindlicher zentralen, besonders eines ihrer ex-
ponenten, naemlich pavel tigrids, der bei uns rechtskraeftig wegen
diversion gegen die republik verurteilt wurde, festgestellt, dass
tigrids in enger verbindung mit einer reihe antisozialistisch
orientierter personen steht. zu ihnen gehoeren ivan svitak und
andere, die ihre taetigkeit gegen die kpc, unsere sozialistische
ordnung und das buendnis unserer republik mit der udssr gerichtet
haben."

svitak setzt diese antikommunistische taetigkeit in der colum-
bia-universitaet in den usa fort und vermittelt dort seine erfahrun-
gen den amerikanischen experten und ideologen des kampfes gegen
den kommunismus. er schreibt in tigrids 'svedectvi' (zeugnis)
und unterhaelt zusammen mit ihm auch weiterhin verbindung zu
personen, mit denen sie die gleichen ziele haben und die bei uns in
der cssr geblieben sind. gemeinsam mit ihnen war svitak bemueht,
sein vorgehen mit den aktionen p. tigrids und weiterer feind-

inhalt ist nicht zur veroeffentlichung bestimmt
- gd 2 - 19.6.69 3. ausgabe

licher grupplierungen im ausland zu koordinieren. mit hilfe verschiedener verleumdungskampagnen und durch die organisierung von aktionen des drucks wollten sie das vertrauen des volkes in die kpc und in einzelne ihrer repraesentanten untergraben.

sie gingen davon aus, dass nach dem januar 1968 ein geeigneter zeitpunkt gekommen ist, um zu zeigen, wie sich der kommunismus zersetzen laesst. im mittelpunkt ihrer aufmerksamkeit stand die situation in der armee und in den sicherheitsorganen. sie vertrauten darauf, dass der weg fuer sie frei ist, sobald sie die armee, die sicherheitsorgane und die organe der staatlichen verwaltung zersetzt haben. sie kamen darin ueberein, dass es fuer ihre ziele notwendig ist, die fehler in der kpc hervorzuheben, die vergangenheit der partei anzuschwaerzen und die kommunisten in der oeffentlichkeit zu verleumden.

von svitak und den personen um ihn herum ging auch die initiative zur gruendung des kan (klub der engagierten partei-losen) aus, der die basis fuer die schaffung einer neuen, oppositionellen politischen partei werden sollte. svitak hat sich zusammen mit einigen anderen personen auch sehr bei dem bemuehen um die wiederherstellung der rechten sozialdemokratie engagiert. auch hier stehen uns fakten zur verfuegung, die auf die verbindung dieser personen zu auslaendischen kreisen hinweisen.

verbindung mit auslaendischen feindzentralen hatten auch einige mitglieder des k 231. darueber haben wir ebenfalls beweise in der hand. viele exponierte funktionaere des k 231 (z.b. die der oeffentlichkeit bekannten brodsky und rambousek) leben jetzt im ausland und unternehmen anstrengungen zur zusammenfassung aller emigranten in der sogenannten vereinigung der naardener ausschuesse. diese vereinigung wurde ende maerz dieses jahres in der hollaendischen stadt naarden gegrueudet, und an ihrer entstehung hat sich der ehemalige generalsekretaer des k 231, brodsky, aktiv beteiligt.

es fehlte hier auch nicht slava volny vom sender-freies europa. das erklaerte ziel dieser vereinigung besteht darin, mit allen mitteln gegen den kommunismus in der cssr zu arbeiten.

dem ministerium ist es gelungen, einige materialien zu beschaffen, die die plaene der westlichen spionage tigrids dokumentieren, die einheit des sozialistischen lagers und die sozialistische ordnung in der cssr zu zersetzen. es handelt sich dabei sowohl um langfristige strategische, als auch um kurzfristige taktische plaene, die von der einschaeztung der konkreten situation unserer republik im herbst 1967 und im september 1968 ausgingen. wenn wir diese plaene mit der konkreten taetigkeit der antisozialistischen kraefte in der cssr im vergangenen zeitabschnitt vergleichen, so stellen wir fest, dass beides fast identisch ist. ihre absichten haben sich jedoch nicht erfuehlt und werden sich auch in zukunft nicht erfuehlen. ++si/gd-1

MFS

0 2. JUL 1969

3373

Wasser: Tambov Schi.

Inoffiziell erlassen

8/000/69

Übersetzung aus dem Tschechischen

Prag, den 9.6.1969

STRENG GEHEIM I

BSTU
0105

KOLLEGIUM DES STELLVERTRETENDEN DES MINISTERS DES INNEN
DER GDR

Einschätzung der Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten
der Länder des sozialistischen Lagers - Konzeption und
weitere Prinzipien der Zusammenarbeit

Das Material wird unterbreitet auf der Grundlage des ge-
billigten Planes der Hauptaufgaben der Föderalen Verwaltung
des Nachrichtendienstes.

- Anlagen:
1. Beschlußentwurf
 2. Bericht über die Motive der Zusammenarbeit
 3. Information über die Einschätzung der Zusammen-
arbeit mit den Nachrichtendiensten der Länder
des sozialistischen Lagers, Konzeption und
weitere Prinzipien der Zusammenarbeit

Beschlußentwurf

- 1) Der Bericht über die Einschätzung der Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Aufklärung mit den Nachrichtendiensten der Länder des sozialistischen Lagers sowie die Konzeption und die weiteren Prinzipien der Zusammenarbeit wird gebilligt.
- 2) Der Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung Oberst Centair PODEŠNÝ wird beauftragt, die Realisierung der Prinzipien der Kooperation und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Aufklärungen, die im Aktionsprogramm der tschechoslowakischen Aufklärung festgelegt sind, zu gewährleisten.
- 3) Der Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung Oberst Centair PODEŠNÝ wird beauftragt:
 - a) im Laufe der 2. Hälfte des Jahres 1969 die Herstellung von Kontakten auf der Ebene leitender Vertreter mit den Aufklärungen der VR Polen, der DDR und der VR Bulgarien abzuschließen und
 - b) die Voraussetzungen für die beschleunigte Wiederaufnahme der Arbeitskontakte zwischen der tschechoslowakischen Aufklärung und den sozialistischen Aufklärungen auf der Ebene ihrer einzelnen Linien als Hauptgarantie für die Kooperation und Zusammenarbeit zu schaffen.

Bericht über die Motive

Die Kooperation und Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Aufklärung mit den befreundeten Aufklärungen der Länder des sozialistischen Lagers ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Gesellschaftsordnung in diesen Ländern vor den feindlichen Aktionen der imperialistischen Kräfte der kapitalistischen Staaten zu schützen. Die imperialistischen Kräfte streben vor allem in den letzten Jahren nach der Zerschlagung der Einheit des sozialistischen Weltsystems, wobei als Endziel die allmähliche Beseitigung des Sozialismus in seinen einzelnen Ländern festgelegt ist.

Die Mission der sozialistischen Aufklärungen spielt deshalb infolge der Spezifik ihrer Arbeit eine außerordentlich wichtige Rolle im Kampf gegen die gesamte Tätigkeit der feindlichen imperialistischen Kräfte. Als feindlos und empfindsames Instrument des Sicherheitsapparates eines jeden sozialistischen Staates muß vor allem die Aufklärung alle feindlichen Pläne und Aktionen entlarven und bei der rechtmäßigen Durchführung wirksamer eigener Gegenmaßnahmen zu deren Vereitelung helfen.

Die Bestrebungen der sozialistischen Aufklärungen zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und Sicherung einer ruhigen Entwicklung der eigenen Länder und des gesamten politischen Kurses der sozialistischen Staaten kann nur in ihrer weiteren engen Kooperation und Zusammenarbeit zu Ergebnissen führen. Dies bestätigen nicht nur die bisherigen Erfahrungen und praktischen Ergebnisse auf diesem Gebiet der Aktivität der Sicherheitsorgane der Länder des sozialistischen Lagers, sondern vor allem der Prozeß der Entwicklung sowohl in den Beziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus als auch in den einzelnen Ländern dieser beiden Systeme und der sogen. Dritten Welt.

Einschätzung der Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten
der Länder des sozialistischen Lagers, Konzeption und weitere
Prinzipien der Zusammenarbeit

Die tschechoslowakische Aufklärung hat in der Vergangenheit Verbindungen mit den Aufklärungsdiensten praktisch aller sozialistischer Staaten angeknüpft. Im Zeitraum der letzten Jahre orientiert sie sich in Ergebnis der Entwicklung zwischen einigen Ländern des sozialistischen Systems vor allem auf die Aufklärungen der UdSSR, der VR Ungarn, der DDR, der VR Polen, der VR Bulgarien und Kuba. Spezifisch sind die Beziehungen zur Aufklärung der BRD, wo nur ein Austausch einiger informatorischer und zum Teil auch operativer Materialien praktiziert wird.

Die Beziehungen zu den sowjetischen Freunden bestehen am längsten, sind am vielseitigsten und traditionell am effektivsten. Eine Kooperation und enge Zusammenarbeit besteht auf der Ebene der leitenden Vertreter und der einzelnen operativen und informatorischen Linien der beiden Aufklärungen. Gemeinsam wurden schon eine ganze Reihe von wichtigen Aktionen und Fällen bearbeitet, eine Zusammenarbeit gibt es fast in allen Residenturen im Ausland. Der Austausch von nachrichtendienstlichen Materialien vor allem informatorischen Charakters zwischen den Aufklärungen der BRD und der UdSSR ist in seiner Quantität fast ebenso groß wie der Austausch solcher Materialien zwischen der tschechoslowakischen Aufklärung und den Aufklärungen der VR Ungarn, der DDR, der VR Polen, der VR Bulgarien, Kuba und der BRD zusammen. Eine bedeutende Hilfe war stets die Tätigkeit der Vertreter der I. HV des KfS beim Ministerrat der UdSSR in der Zentrale der tschechoslowakischen Aufklärung.

In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen der tschechoslowakischen Aufklärung und den Aufklärungen der VR Ungarn und der BRD grundlegend und zum Nutzen der beiden Seiten erweitert.

Die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der tschechoslowakischen und der ungarischen Aufklärung entwickelten sich vor allem erfolgreich in Bezug auf die Abteilungen der Auslandsabwehr, der psychologischen Maßnahmen (aktive Maßnahmen, Desinformation) und die informatorischen Abteilungen. Auf der Linie der Abteilung der Auslandsabwehr wurde eine Zusammenarbeit in den Residenturen in Wien aufgenommen. Im Anfangsstadium kamen Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen der politischen, wissenschaftlich-technischen und illegalen Linien der beiden Aufklärungen.

In den Beziehungen zwischen den Aufklärungen der GSSR und der DDR kam es zu einer effektiven Kooperation und Zusammenarbeit auf der Linie ihrer Abteilungen für psychologische Maßnahmen und zwischen ihren wissenschaftlich-technischen und politischen Abteilungen. Nützlich ist für die tschechoslowakische Seite die langjährige Hilfe der Deutschen Freunde auf der Linie der illegalen Aufklärung. Ein wesentlicher Beitrag war auch der gegenseitige Austausch von Materialien auf der Linie der wissenschaftlich-technischen Linien der beiden Aufklärungen.

Ähnlich wie in den Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Aufklärung wurden auch Verbindungen der leitenden Vertreter der Aufklärung der GSSR mit leitenden Vertretern der Aufklärungen der VR Ungarn und der DDR unterhalten. Die Kooperation und Zusammenarbeit auf der Ebene einiger Abteilungen erlangte den Charakter von Arbeitskonsultationen, es wurden gemeinsame Vorgänge und Fälle bearbeitet.

Zwischen der tschechoslowakischen und der polnischen Aufklärung kam es vor allem zu Konsultationen auf der Ebene der leitenden Vertreter dieser Dienste. Tiefer, jedoch nicht systematisch waren die Beziehungen auf der Linie der DDR und des Vatikans der beiden Dienste. In den letzten Jahren entwickelten deshalb die beiden Seiten Bestrebungen, die gegenseitige

Kooperation und Zusammenarbeit zu erweitern und zu intensivieren - vor allem auf der Linie der politischen und wissenschaftlich-technischen Aufklärung, auf der Linie der Abteilungen der Auslandsabwehr, der psychologischen Maßnahmen (aktive Maßnahmen und Desinformation) und zwischen den Informationsabteilungen. Durch die Herstellung direkter Kontakte auf der Ebene der Abteilungen wollte die tschechoslowakische Aufklärung eine Verbesserung auf dem Gebiet des gegenseitigen Austauschs von nachrichtendienstlichen Materialien herbeiführen, wo die polnischen Freunde in den letzten Jahren beim quantitativen und qualitativen Vergleich der übergebenen Materialien die passivsten Partner waren.

In den letzten Jahren wurde auch eine Initiative zur aktiven Kooperation und Zusammenarbeit mit der Aufklärung der VR Bulgarien entfacht. Es kam zu Verhandlungen auf der Ebene der leitenden Vertreter der beiden Aufklärungen und auf der Ebene ihrer Abteilungen für Auslandsabwehr, für psychologische Maßnahmen (aktive Maßnahmen und Desinformation) und der wissenschaftlich-technischen und politischen Linien. Gleichzeitig wurden nachrichtendienstliche Materialien informativischen Charakters in erweitertem Umfang ausgetauscht.

Die Kooperation und Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Aufklärung mit der Aufklärung Kubas konzentrierte sich in der letzten Zeit auf die Gewährung von Hilfe an die kubanischen Freunde in dem Vorgang MANUEL, bei der Beschaffung von technischen Mitteln (Nachrichtentechnik, Waffen und einige andere Einrichtungen) und auf die gegenseitige Unterstützung bei operativen und anderen Überprüfungen. Quantitativ hat sich der gegenseitige Austausch von nachrichtendienstlichen Materialien verringert. Weiterhin besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Residentur der CSSR-Aufklärung und den kubanischen Freunden in Havanna und zwischen der Residentur der Aufklärung Kubas und den Mitarbeitern der Zentrale der HV A des MfI der CSSR in Prag.

Auf der Grundlage einer Analyse der thematischen Zusammensetzung und der Vielfalt der Informationen und Dokumente, die im Rahmen des gegenseitigen Austauschs von Materialien informatorischen Charakters zwischen der tschechoslowakischen und der rumänischen Aufklärung übergeben wurden, war es möglich, in bestimmten Zeiten der letzten Jahre auf das Bestreben der Aufklärung der DDR zu schließen, auch direkte persönliche Kontakte mit der Aufklärung der CSSR anzuknüpfen. Die Übergabe von Materialien durch die tschechoslowakische Seite an die Aufklärung der DDR wird weiterhin vom Standpunkt der Thematik nur in begrenztem Umfang durchgeführt.

Eine Reihe von Verhandlungen zwischen den leitenden Vertretern der tschechoslowakischen Aufklärung und der befreundeten Aufklärungen der sozialistischen Länder waren in der Vergangenheit Bestandteil von Gesprächen zwischen Delegationen, die von den Ministern des Innern oder der Minister für Staatssicherheit dieser Länder geleitet wurden. Erst in den letzten Jahren kam es zu direkten Kontakten auf der Ebene der Leitungen der Aufklärungen und ihrer Bestandteile.

Die Kooperation und Zusammenarbeit wurde von prinzipiellen Abkommen festgelegt, die auf diesen Verhandlungen verabschiedet wurden.

Die weitere positive Entwicklung der Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der tschechoslowakischen Aufklärung und den Aufklärungen der UdSSR, der VR Ungarn, der DDR, der VR Polen und der VR Bulgarien wurde durch die Entwicklung gestört, die im Jahre 1968 in der CSSR entstand, durch ihre Beziehungen zu diesen Ländern und vor allem im Ergebnis der Veränderungen im Verlaufe des vorigen Jahres in der Leitung des Ministeriums des Innern und Ende Juli auch in der 1. Verwaltung des Mil. Obwohl eine Reihe von Gesprächen zwischen der Leitung der Aufklärung und den sozialistischen Aufklärungen stattfanden und von seiten der CSSR der vereinbarte Informationsaustausch fortgesetzt wurde, kam es in der Nachjahrenentwicklung vor allem nach Mai 1968 nur einer

Schwächung der Zusammenarbeit. Neben den Hauptgründen - den Komplikationen in den Beziehungen auf Partei- und Staatsebene - hatte auf die Schwächung der Kontakte auch die komplizierte Entwicklung in der tschechoslowakischen Aufklärung, die Veränderungen in ihrer Führung, die Veröffentlichung des Faktus des Besuche des Leiters der Aufklärung der DSK, Generalleutnant WOLP in den Literarny listy und weitere Faktoren Einfluss. Die Widerspiegelung der Augustereignisse in der tschechoslowakischen Aufklärung, der Verrat von zwei ihrer Mitarbeiter und die emotionale Kritik des Bismarcks der Truppen des Warschauer Vertrages durch einige ihrer Angehörigen hatte praktisch das Einfrieren der Beziehungen zu den sozialistischen Aufklärungen zur Folge. Dieser anomale Zustand dauerte im Grunde bis zur Ernennung der neuen Leitung der I. Verwaltung des MII (und zur Schaffung der Hauptverwaltung Aufklärung des MII der GSSR) an.

Im Verlaufe des Jahres 1968 folgten einige dienstliche Leiter der tschechoslowakischen Aufklärung Interesse an der Herstellung direkter Kontakte mit der Aufklärung der SPR und an einer engeren Zusammenarbeit mit der rumänischen Aufklärung.

Durch den Antritt der neuen Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung kam es in den Beziehungen zu den befreundeten Aufklärungen der sozialistischen Länder zu einer allmählichen politischen und arbeitsmäßigen Normalisierung, die einer der bedeutendsten Aufgaben der Leitung der HV A des MII der GSSR wurde, die im Januar 1969 für die nächste Zeit gestellt wurde. Im Grunde wurde die Kooperation und Zusammenarbeit mit der Aufklärung der GSSR wiederaufgenommen, vor allem nach den Gesprächen mit deren leitenden Persönlichkeiten in der ersten Märzhälfte d. J. in Moskau und Anfang Mai d. J. in Prag, weiterhin auch mit der ungarischen Aufklärung nach den Gesprächen zwischen den leitenden Mitarbeitern Ende März 1969 in Budapest und Anfang Juni 1969 in Prag.

Im April 1969 wurden Verhandlungen mit der Leitung der Aufklärung der VR Polen vorbereitet, die jedoch mit Rücksicht auf die Durchführung wichtiger Aufgaben der Sicherheit, die mit der innenpolitischen Lage in der Tschechoslowakei zusammenhängen, zeitweilig vorlegt werden mußten. Ihre Durchführung ist für das II. Halbjahr 1969 geplant, in dessen Verlauf auch Verhandlungen mit den Aufklärungen der DDR und der VR Bulgarien durchgeführt werden sollen.

Die Verhandlungen mit den Aufklärungen der UdSSR und der VR Ungarn auf der Ebene der leitenden Verantwortlichkeiten legten die Grundlinie für die Kooperation und Zusammenarbeit für die nächste Periode fest sowie auch einen konkreten Plan für weitere Konsultationen (vor allem auf der Ebene der einzelnen Linien der HV A des MII der CSSR mit diesen beiden Aufklärungen) für die zweite Hälfte des Jahres 1969 und für 1970.

Die Konzeption und die weiteren Prinzipien für die Kooperation und Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Aufklärung mit den befreundeten Aufklärungen der sozialistischen Länder sind in ihrem Aktionsprogramm festgelegt, das vom Kollegium des Ministers des Innern im Januar 1969 gebilligt wurde.

Das Aktionsprogramm der tschechoslowakischen Aufklärung stützt sich auf die traditionellen internationalen Verbindungen mit den Aufklärungen der sozialistischen Länder, die ein untrennbarer Bestandteil ihrer Arbeitelinie waren und sind.

Im Aktionsprogramm werden die Prinzipien aus Ausdruck gebracht, von denen sich die tschechoslowakische Aufklärung in ihrem weiteren Auftreten leiten lassen wird. Es geht vor allem um die Verpflichtungen, die sich aus den Moskauer Protokollen ergeben, die die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und der Zusammenarbeit bekräftigen.

Unter Berücksichtigung dieser Prinzipien wird die tschechoslowakische Aufklärung danach streben, daß

- a) sich die Vertiefung der Zusammenarbeit differenziert unter Berücksichtigung der spezifischen Erfordernisse der tschechoslowakischen Aufklärung und der Existenz spezifischer gemeinsamer Interessen mit den einzelnen Aufklärungen der sozialistischen Länder entwickelt;
- b) daß im Austausch von nachrichtendienstlichen Informationsmaterialien die thematische Auswahl durch die Erhöhung der Zahl von Informationen zu Fragen von vorrangigem Interesse verbessert wird;
- c) daß ein zuverlässig funktionierendes System des Informationsaustausches auf dem oben. kurzen Wege geschaffen wird und zuverlässige Verbindungen für den Fall von Krisensituationen gewährleistet werden;
- d) daß die Voraussetzungen für eine zweckmäßige Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Aufklärungen geschaffen werden, unter Berücksichtigung der Problematik, wo es - aus Gründen des rationalen Arbeitens - zu einer Einengung der arbeitsmäßigen Ausrichtung der tschechoslowakischen Aufklärung kommen könnte.

Bei der Realisierung dieser Prinzipien müssen in der Kooperation und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Aufklärungen konkrete Aufgaben vorherrschend sein, muß die arbeitsmäßige Ausrichtung für jede Stufe der Zusammenarbeit klar sein. Es ist erforderlich, weiterhin die Kooperation und Zusammenarbeit zu konkreten gemeinsamen Aktionen zu gewährleisten und individuell die Frage der Verbindung mit Mitarbeitern der sozialistischen Aufklärungen in den Residenturen im Ausland zu entscheiden.

In Verlaufe der II. Hälfte des Jahres 1969 ist es erforderlich, die Anknüpfung von Kontakten mit weiteren befreundeten Aufklärungen - VR Polen, DDR, VR Bulgarien - abzuschließen und die Voraussetzungen für die beschleunigte Wiederaufnahme von Arbeitskontakten auf der Ebene der einzelnen Abteilungen zu schaffen, weil die bisherige Praxis gezeigt hat, daß die Hauptträger und Garantien für die Zusammenarbeit vor allem diese Sektoren der Aufklärungen sind.

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Innenministers der USSR und des Stellvertreters des Innenministers der CSSR (Leiter der Föderalen Verwaltung Nachrichtendienst) wird ein Entwurf für die Prinzipien der Kooperation und Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Aufklärung mit der Aufklärung der DDR vorbereitet. Dabei wird die Ges. Aufklärung von den Erfahrungen der anderen befreundeten Aufklärungen ausgehen.

Die Leitung der tschechoslowakischen Aufklärung erachtet es nicht für richtig, die Aufnahme von Verbindungen, der Kooperation und Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Aufklärung in Betracht zu ziehen.

Zur vollständigen Normalisierung, Konsolidierung und zur Kooperation zwischen der ges. Aufklärung und den befreundeten Aufklärungen des Warschauer Vertrages tragen die notwendigen Kadernabnahmen bei, die von der Leitung der NV A des MII der USSR vorbereitet wurden.

Übersetzt: *Vesnyo, lds.*
Gefertigt: 4 Ex.

Verteiler:

- 1. Ex.
- 2. Ex.
- 3. Ex.
- 4. Ex.

über Pol. Bericht
Maksjka

X/644/69

2816 3054/69 - 11.6.69

BSU
0116

Inoffiziell erlassen

Übersetzung aus dem Tschechischen
STRENG GEHEIM!

Nach dem Plenum des ZK der KPC wurde das Aktiv der Mitarbeiter des Innenministeriums einberufen, auf dem Minister Gröner über den Verlauf der Beratung sprach. Er sagte u. a., daß auf dem Plenum eine große Diskussion war - die Sitzung lief auf einen entschiedenen Kampf gegen die Rechten hinaus, die rechten Kräfte wurden beim Namen genannt. Auch Ota ŠIK sprach zweimal, der sich antisowjetisch äußerte, unter anderem wurde über ihn gesagt, daß er im Exil in Jugoslawien von dem Geld lebe, das ihm das Ministerium für Landwirtschaft aus seinem Fond zahlte.

Kriegel trat antisowjetisch auf und sagte, daß er mit den Moskauer Abkommen nicht einverstanden sei, weil das ein Diktat Moskaus wäre. Vodalan sagte, daß das eine Rückkehr zu den fünfziger Jahren ist, und er war gegen die gegenwärtige Politik eingestellt.

Es wurde gesagt, daß die Mitglieder des Präsidiums die Mitglieder des ZK der KPC gebeten haben, die die "2000 Worte" unterschrieben haben.

16 Genossen schlugen vor, Sarbovsky, Pechlik, Mikova und Vlasek aus dem ZK auszuschließen, aber es gelang ihnen nicht, ihren Vorschlag durchzusetzen, und es wurde ihnen gesagt, daß zuerst alle Fälle überprüft werden müssen.

An der Beratung in Moskau wurden teilnehmen: Hucak, Strougal, Sadovsky, Bilak, Kovacic und Auerberg.

Zu der veranstalteten Versammlung in Werk Jodnice in Jählen

Es wurde festgestellt, daß verschiedene Elemente im Werk aufgetaucht sind. Es waren dort eine Reihe von Studenten, Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften, viele Redakteure, Arbeiter aus anderen Betrieben.

Auch der amerikanische Journalist ██████████ von der New York Times war dort. Alles spricht dafür, daß die ganze Aktion vom konterrevolutionären Untergrund organisiert war.

Stadtkomitee der KPC - Veränderungen

laut bisher inoffiziellen Angaben wurde der leitende Sekretär des Stadtkomitees der KPC, SIMON, abberufen. An seine Stelle soll MATEJKA treten, der derzeitige leitende Sekretär im Stadtbezirk Prag 9.

Über MATEJKA ist bekannt, daß ihn die revisionistische und opportunistische Welle im Frühjahr 1968 in die Funktion des leitenden Sekretärs des Stadtbezirkkomitees der KPC in Prag 9 spülte, als er zu den "Progressiven" gehörte, und im August 1968 fand gerade in seinem Bezirk Prag 9 der sogenannte 14. Parteitag statt. In seiner Jugend war er Funktionär bei den Pfadfindern, dann wechselte er zum Jugendverband über, wo er ein bezahlter Mitarbeiter des Apparats war, er studierte an der Jugendhochschule in der UdSSR und wurde dann im Parteiapparat eingesetzt. Im August enttäuschte er.

Anmerkung: Das ist ein ähnlicher Fall wie mit dem Generalstaatsanwalt PIJER. In die Funktionenkomat einfach die zweite Garnitur der Leute, die sich nicht allzu sehr für die opportunistische Linie engagiert haben, aber bestimmt sind das keine Leute, auf die man sich verlassen kann. Ein jeder dieser Kompromisse wird uns in naher Zukunft teuer zu stehen kommen - davon werden wir uns noch alle überzeugen.

Interessantes über Dubcek:

Unter den Leuten wird davon gesprochen, daß der Regisseur HENEC deshalb in das Fenster der Sängerin KUBISOVA geschossen hat, weil gerade DUBCEK bei ihr zu Besuch war...

Weiter wird davon gesprochen, daß Dubcek kurz vor der Bekanntgabe der Preisverhöhung für ausländische Autos sich und den Mitgliedern der tschechischen Regierung Anweisungen für ausländische Wagen ausgestellt hat (Fiat, Simca u. N.).

Angaben über Professor CERNY, Literaturhistoriker

Es handelt sich um den Literaturhistoriker CERNY, der in der Zeit der Okkupation gute Beziehungen zum damaligen Regime hatte. Nach 1948 wurde ihm die literarische und kritische Tätigkeit nicht erlaubt. Nach dem Januar 1968 kam er, wie andere Reaktionäre, aus seinem Loch hervor und begann, gegen die KPC und die UdSSR tätig zu werden. Auf dem letzten Plenum sprach auch Minister Pelnar über ihn.

Einige interessante Angaben zu seiner Person:

Er unterhält umfangreiche Verbindungen zu verschiedenen Personen aus allen Bereichen und hat auch große Beziehungen zu Anhängern und tschechoslowakischen Emigranten, besonders zu Pavel TIGRID. Es ist interessant, daß er am 27. April 1968 in der Redaktion der LISTY anrief, wo er den Redakteur HANSIK sprechen wollte. Dieser war jedoch nicht da, und deshalb sprach VESSELY mit CERNY. CERNY forderte VESSELY auf, einen Redakteur zu ihm in die Wohnung zu schicken, er habe für ihn etwas Wichtiges. CERNY sagte damals, daß es sich um die Erklärung einer gewissen Gruppe von Wissenschaftlern handele, die in den LISTY veröffentlicht werden müßten. VESSELY schickte damals den bekannten Hetzer, Redakteur LEDERER zu CERNY.

Anmerkung:

Es ist wahrscheinlich, daß es sich um das Pamphlet "2000 Worte" handelte, das Vaculik als Autor zugeschrieben wird. In diesem Falle sieht es so aus, als ob die ganze Sache mit den 2000 Worten CERNY selbst organisiert hätte.

CERNY hatte auch Verbindung zu dem bulgarischen Staatsbürger:

██████████, geb. ██████████, wh. Sofia, wahrscheinlich Schriftsteller, es handelt sich um eine Verbindung CERNYS aus dem Jahre 1967, die ██████████ war bei ██████████ im Urlaub, auch wohnte ██████████ während seines Besuchs in der CSSR bei CERNY. ██████████ sagte zu CERNY, daß er zu Hause Gedichte habe, die gegen die sozialistische Ordnung Bulgariens gerichtet sind.

Hinweis:

Es ist möglich, daß diese Information schon im Jahre 1967 den bulgarischen Genossen zugeleitet wurde, aber es muß alles erneut überprüft und lieber noch mal gegeben werden!

Weiter stand CERNY in Verbindung mit dem Angestellten des Innenministeriums:

██████████, ██████████, geb. ██████████, wh. Prag 10, ██████████

Es handelt sich um einen Zivilangestellten des Innenministeriums im Bereich der Nationalausschüsse.

Er äußerte sich damals im Jahre 1967 antisowjetisch und antikommunistisch.

Hinweis:

Es ist nicht bekannt, ob ██████████ noch im Innenministerium ist, es ist möglich, daß er hier geblieben ist - deshalb muß diese Angelegenheit überprüft werden!

Zur gesamten Lage in der Staatssicherheit:

In der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Prag beginnt sich langsam die Arbeit zu entfalten. Es wird sehr umsichtig gearbeitet, damit es nicht zu einer Dekonspiration der Fälle kommt. Die Rechten treten öffentlich nicht in Erscheinung, sie haben sich zurückgezogen.

Es kommt jedoch noch immer nicht zu einer Säuberung der Reihen der Staatssicherheit, es besteht eine bestimmte Unsicherheit, ob die Leitung des Innenministeriums die Lösung dieser wichtigsten Frage in Angriff nimmt. Die politische Situation wird als verbessert eingeschätzt, aber es bleibt das Mißtrauen, ob wirklich die ganze Krise bis zu Ende gelöst wird oder ob es nicht zu einem ungesunden Kompromiß kommt, der in der Zukunft tragisch zu stehen kommen würde.

Übersetzt: *Salesky, Ltn.*

gefertigt: 4 Ex.

Verteiler: 1. Ex. *Gen. Cerny*
2. Ex. *" Müller*

3. Ex. *J*
4. Ex. *X*

Inoffiziell erlangt

Konferenz (konstituierende) der Zentralen Leitung der KPC
im nationalen Ministerium

Beginn am 13.5.1969 um 09.00 Uhr in Anwesenheit von Strougal und Grösser.

Zuerst wurde das einleitende Referat zum Thema "Die Zielstellung der Parteiarbeit im nationalen Ministerium" gehalten. Das Referat hielt ein gewisser Gen. Budil. Es handelte sich um ein sehr formales und schwer verdauliches Referat, das eine Aufzählung der arbeitsmäßigen und organisatorischen Aufgaben des Ministeriums und keineswegs der Parteiarbeit war. Sein Referat fand kein Echo und wurde dann in der Diskussion wiederholt kritisiert.

In der Diskussion sprach dann Gen. Strougal. Ich führe die interessantesten Stellen seiner Diskussionsrede an:

- es ist erforderlich, die führende Stellung der Kommunisten durchzusetzen und die gesellschaftliche Bewegung zu orientieren

? im Zentralkomitee gibt es keine rechten Tendenzen - es gibt dort jedoch noch genügend opportunistische Ansichten und zentristische Tendenzen - es wurde noch keinein sich geschlossene Linie erarbeitet

- es werden zwei Plenartagungen stattfinden - die erste am 29. Mai 1969 wird sich befassen mit: Fragen der Politik der Partei, Stellung und Tätigkeit der Partei;
das zweite Plenum wird später stattfinden und sich mit der Wirtschaft befassen

- weiter sagte er, daß organisatorische Maßnahmen in Presse und Fernsehen durchgeführt werden

- in leitenden Stellungen müssen Genossen sein, die heute und auch gestern hinter der Linie standen und die nicht ihren Rock wechseln

- in den führenden Organen der Partei in den Bezirken und Kreisen und im Parteiapparat werden Kaderveränderungen durchgeführt, die die Linie garantieren
- es ist nicht möglich, daß im Parteiapparat und in der Sicherheit Personen in leitenden Stellungen sind, die sich in falschen politischen Konzeptionen, Nationalismus und gegen den Internationalismus engagierten
- es ist notwendig, die Menschen zu beurteilen, sie nicht zu schikanieren, es sind jedoch Garantien notwendig, daß sich die Fehler nicht wiederholen - wir werden nicht zulassen, daß die Menschen in feindliche Schützengräben betrieben werden
- etwas anders ist dies bei einem Genossen einzuschätzen, der eine Funktion bekleidet, und etwas anders bei einem einfachen Mitarbeiter.

Bemerkung:

Die Tendenz, daß es erforderlich ist, die politische Haltung eines Genossen im August 1968 danach einzuschätzen, ob er leitender Mitarbeiter oder einfacher Mitarbeiter ist, war oft in der Rede STROUGALS und später auch bei GRÖSSER zu beobachten. Dazu muß bemerkt werden:

1) Es ist richtig, daß in leitende Stellungen hätten keine Personen kommen dürfen, die im August auf einer falschen politischen Plattform standen oder schließlich Verrat begingen. Dies ist jedoch selbstverständlich, nicht? Dazu haben sich doch Regierung und Partei schon im August 1968 in Moskau verpflichtet! Bis heute ist es jedoch allgemein bekannt, daß in den Sekretariaten des Innenministers oder in entscheidenden Funktionen im Innenministerium oder auch in niederen Leitungsfunktionen Personen sind, die auf einer falschen politischen Plattform standen. Und dazu schwiegen die Minister und unternehmen keine Maßnahmen. Sie nutzten auch die jetzige Reorganisation nicht entsprechend, um die leitenden Funktionen von Opportunisten und Nationalisten zu säubern. Diese grundlegendste Sache wurde also nicht einmal

in Angriff genommen! Davon zeugen auch die Beispiele aus der Bezirksverwaltung Prag (wie schon im Vorherigen erwähnt wurde). Dies sind eben bisher billige, wohlfeile Reden, die zwar auf den ersten Blick schön aussehen, die Wirklichkeit ist jedoch vollkommen anders. Es stimmt zwar, daß einige Leiter in den Verwaltungen und Bezirksverwaltungen abgesetzt wurden, jedoch eher durch die Kritik der Parteiorganisation und den Widerstand der Kommunisten, als auf Initiative der Leiter. Ein Beispiel ist der Fall HRABINA von der Bezirksverwaltung, der weiterhin die Funktion des Leiters der analytischen Abteilung ausübt, oder SMARDA, der aus dem MdI in die Bezirksverwaltung kam und als Abteilungsleiter tätig ist. Diese Leute sind als "Weiße" bekannt und dennoch werden sie vom Minister und dem Bezirkschef und dem Leiter Riha in ihren Funktionen belassen. Dies ruft in seinem Ergebnis Mißtrauen und zwar in die aufrichtigen Absichten der leitenden Mitarbeiter hervor.

2) Es ist eine unmarxistische Darlegung, daß ein einfacher Mitarbeiter in vielem mit einem anderen Maß gemessen werden muß. Wie dies? Ist denn das kein Kommunist? In vielen Fällen sind dies langjährige Kommunisten. Die Kommunisten haben die gleichen Rechte und Pflichten, und es ist ihre Pflicht, sich nach ihnen zu richten. Wenn sie dann Verrat begehen oder auf einer anderen Plattform stehen, wie dies im August war, so gehören sie nicht in die Partei, geschweige denn in das Innenministerium. Man kann zugeben, daß sich vor allem ein junger und unreifer Mensch irren kann (dies ist letzten Endes selbstverständlich), man kann zugeben, daß sich ein Arbeiter-Kommunist irren kann, der keinen großen politischen Überblick hat, auch ein parteiloser Mensch kann sich irren. Wie kann sich jedoch ein Kommunist irren, der Angehöriger der Staatssicherheit ist, ein langjähriger Kommunist? Wo ist die marxistische und revolutionäre Ansicht, die besagt, wie man Kommunist sein soll?

Genossen, ich fordere Sie dringend auf, große Anstrengungen zu unternehmen, damit nicht nur die Funktionäre, die enttäuschten, von ihrer Funktion abgesetzt werden, sondern daß sie überhaupt aus dem Innenministerium entlassen werden, und daß muß auch bei den einfachen Mitarbeitern durchgeführt werden, die wegen ihrer

antisowjetischen Haltung im August bekannt sind. Ich übermittle Ihnen damit die Meinung der überwiegenden Mehrheit der einfachen positiven Kommunisten. Glauben Sie, daß es im Innenministerium solange keine Ordnung geben wird, wie zwischen den Positiven die tätig sein können, die auf einer antisowjetischen Plattform standen. Die Konspiration ist nicht gewährleistet und bis es zur ersten Krisenzeit, wie dies im August 1968 war, kommt, wird sich dieser Opportunismus schlecht auszahlen. Wir werden dort sein, wo wir im August 1968 waren. Dies ist unsere teuer bezahlte Erfahrung! Das sind keine Ausnahmefälle, wenn die Genossen in der Staatssicherheit sagen, daß sie, bevor sie zusehen, daß unter ihnen die sind, die im August 1968 gegen sie waren, lieber das Innenministerium verlassen und einen anderen Beruf aufnehmen. Sicher muß den Menschen, die enttäuschten, auf menschliche Art und Weise ein Abgang gesichert werden, jedoch darf man sie auf keinen Fall in der Staatssicherheit belassen. Das würde sich in Zukunft weder für uns noch evtl. für Euch lohnen!

Ende der Bemerkung

Weitere Stellen aus der Rede des Gen. Strougal:

- der 14. Parteitag soll eine Reihe von Fragen lösen, mit einer zersplitterten und undisziplinierten Partei würde er jedoch nichts lösen
- es ist erforderlich, prinzipiell die rechten und zentristischen Ansichten zu entlarven und gegen sie zu kämpfen - die zentristischen Konzeptionen sind eine Gefahr, die wachsen wird, Zentrismus ist Opportunismus und ist bestrebt, die Probleme zu umgehen
- sprach von wichtigen Problemen unserer Ökonomie und kritisierte die Wirtschaft Jugoslawiens und sagte u.a., daß er mit TITO gesprochen habe, bei dessen Besuch 1968 in der CSSR, wo ihm TITO gesagt habe, daß nichts gegen die sogen. Räte der Werktätigen getan werden dürfe, da dies den Widerstand der Bevölkerung hervorrufen würde

- der ordentliche Parteitag wird im Verlaufe des Jahres 1970 stattfinden, in einer Etappe, in der in der Entwicklung der Partei klar sein wird, daß das Zentralkomitee eine marx.-leninist. Linie vertritt - dies wird ein ordentlicher Parteitag sein und wir wollen ihn gewinnen - bis zum Parteitag muß gesagt werden, wie es nach dem Januar war, weshalb die Parteiführung enttäuscht hat, weshalb es zum August kam und weshalb nichts gelöst wurde
- es muß eine Analyse vorgenommen werden, wie sich die kommunistischen Parteien im Ausland orientieren sollten, wenn auch wir keine Orientierung gegeben haben
- weiter sagte Gen. Strougal, daß es bei der Reorganisation des Innenministerium jetzt eine Notwendigkeit ist, die Kader richtig aufzustellen. Bemerkung: Erweißt jedoch auch nicht, wie die Kader sich zusammensetzen sollen und daß es schon soweit ist, daß der Pelz gewaschen wird, ohne daß das Fell naß wird.
- weiter sagte Gen. Strougal: die Teilung des Innenministeriums in drei Teile ist gefährlich, da die Zusammenarbeit aller drei Ministerien nicht gewährleistet ist - eine Teilung der Abwehrtätigkeit muß der Sache schaden - man muß an gemeinsamen Dingen interessiert sein
- die Tätigkeit der Staatssicherheit muß zentralisiert sein und es muß intensiv auf der inneren Basis gearbeitet werden.

Rede des Ministers GRÖSSER:

- ist der Meinung, daß ein Funktionär, wenn er die Dienst- und Parteidisziplin verletzt hat, und ebenso ein Leiter im Innenministerium, nicht in die Funktion eines Leiters gehört.
Bemerkung: Dies ist wieder das, worüber bereits geschrieben wurde. Diese Worte lösen nichts - Taten sind notwendig und bis zum Resultat.

- weiter sagte Gen. Grösser, daß es im MdI keinen Platz für einen verantwortlichen Funktionär gibt, vor allem von der Staatssicherheit, der direkt oder indirekt Verrat am Sozialismus oder am Internationalismus geübt hat (Bemerkung: Wiederum sind Taten nötig und keine Worte!)

- weiter sagte Gen. Grösser: daß dies nicht ist, sondern daß die Einhaltung des Internationalismus für alle Mitarbeiter des Innenministeriums gilt, Antikommunismus und Antisowjetismus haben keinen Platz im MdI und sind unvereinbar mit dem Begriff Angehöriger des MdI - man darf sich nicht damit abfinden, daß es im MdI rechtsopportunistische und zentristische Ansichten gibt, der Zentrismus ist heute aktuell und dies ist eine gefährliche Abart des rechten Opportunismus, da er die Partei schwächt

- es muß gut gearbeitet werden - der Leiter muß sich selbst politisch engagieren

- das Zusammenwirken zwischen Öffentlicher Sicherheit und Staatssicherheit muß geklärt werden und keine gegenseitige Aufhetzung ist zuzulassen

!!! weiter sagte er, daß im Ministerium sehr über die Unzweckmäßigkeit der Teilung des MdI in drei Ministerien diskutiert wird, daß es jedoch keinen Sinn hat, darüber zu diskutieren, daß etwas getan werden muß, daß es in Zukunft vielleicht zu einer anderen Organisation kommt, die dies regelt

- weiter sagte er, daß er eine gewisse Überdachung der Abwehr in Form eines Verteidigungsrates vielleicht oder eines Komitees fordert - dies wäre ein integrierendes, kein exekutives Element

- in der letzten Zeit wird danach gestrebt, daß Staatssicherheit und Öffentliche Sicherheit fachlich abgeschlossen werden - dies hieße, sie zu teilen

Bemerkung: Das ist dies, wonach ständig gerufen wird, daß die Staatssicherheit selbständig sein sollte, ihr Komitee für die Staatssicherheit wie in anderen sozialistischen Ländern haben

sollte und dabei sollte diese neue Organisation dazu benutzt werden, daß die guten Kader wirklich verteilt werden und die, die enttäuschten, entlassen werden - dies wird die letzte Angelegenheit sein.

- weiter sagte Gen. Grösser: die Öffentliche Sicherheit wird mit den Nationalausschüssen zusammenarbeiten
- in Prag wird ein BERBITSCHAFTSREGIMENT geschaffen, das aus Personen ausgewählt wird, die noch jung sind - dies wird die föderative Regierung behandeln
- weiter erwähnte er, daß unsere Parteiarbeit die Maitagung des ZK unterstützt
- wir müssen zur Gewinnung der Mehrheit des Volkes kommen - wir sind keine geschlossene Sekte - die Parteimitglieder müssen überzeugt werden - die Zahl der Menschen muß wachsen, die auf die Positionen der Partei zurückkehren
- es ist nicht gut, zu viel zu diskutieren, die Aufgaben müssen gewährleistet werden

Bemerkung: Es wird nicht diskutiert werden, wenn die Leitung richtige Maßnahmen ergreift und sich mit der Partei berät.

SCHLUSSBEMERKUNG:

Der gesamte Verlauf der Konferenz zeugte davon, daß hier eine ganze Reihe rechter und opportunistischer Elemente vor allem aus den Reihen der wirtschaftlichen und zivilrechtlichen Sektoren und der Öffentlichen Sicherheit anwesend waren. Dem entsprach auch die Abstimmung über verschiedene Prozedurfragen.

Die Kandidatenliste selbst war von der Wahlkommission nicht gut ausgearbeitet worden. Ich stelle hier noch genügend unzuverlässige Personen fest.

In das Plenum der Zentralen Leitung wurden gewählt:

Adamec, Brodsky, Budka, Frolík, Hrala, Kanok, Knížatek, Kosar, Kosnar, Králková, Kuncík, Macíková, Marek, Ovcářík, Patera, Pěška, Prokeš, Raichart, Reimr, Rokos, Strouhal, Suchanek, Sulc, Sustr, Volstát

Nachfolger:

Hönig, Malek, Skala, Moudry, Linart, Martinek, Ebringer, Nemeč Fr.

In die Kontroll- und Revisionskommission:

Trojan, Josef, Barta, Koubek, Kežel, Nöbl, Pěsula, Hamouz, Budský, Trojan, Vasil, Voldřich, Danis, Laciny, Příbyl

Infolge dessen, daß angenommen werden muß, daß diese Zentrale Leitung nur bis zum Ende dieses Jahres amtieren wird, ist es möglich, daß eine Reihe guter und positiver Kommunisten, die in die Zentrale Leitung gekommen sind, ihre Rolle erfüllen und die Zentrale Leitung auf bestimmten Positionen erhalten. Man sollte sich jedoch nicht der Illusion hingeben, daß die Zentrale Leitung in Ordnung ist. Es gibt hier eine ganze Reihe von Personen, die dort nicht hingehören, ebenso unter den Nachfolgern und in der Kontroll- und Revisionskommission.

Während der Diskussion wurde erneut darauf verwiesen, daß Gen. MOLNAR bisher nicht entlastet wurde und daß er noch immer in der Funktion eines Oberreferenten ist, weil er im August 1968 durch PAVEL von seiner Funktion entbunden wurde. MOLNAR war Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung Prag. Er war es, der die gesamte Bezirksverwaltung gehalten hat, der den Sicherheitsorganen der UdSSR geholfen hat und der ein echter Kommunist ist. Es ist nicht richtig, daß zu dieser Sache auch von seiten der Genossen in der UdSSR geschwiegen wird. Genosse MOLNAR braucht Hilfe. Den letzten Informationen zufolge erhielt Gen. MOLNAR zum Feiertag am 9. Mai eine Belohnung von 500 Kcs. Das ist reiner Hohn! Genosse MOLNAR lehnte diese "Belohnung" auch ab und stellte

den Betrag den Familien der inhaftierten Angehörigen der Staats-
sicherheit zur Verfügung, die bis jetzt in Haft gehalten werden.
Es handelt sich um Genossen, die vor dem Gericht in Pribram
stehen und beschuldigt werden des Mordes und ungesetzlicher
Arbeitsmethoden. An diesem Prozeß weidet sich wörtlich die ge-
sante Reaktion in der CSSR und dies dient zur Verleumdung der
Staatssicherheit. Im Augenblick ist der Prozeß unterbrochen,
wahrscheinlich wird ihn unsere "sozialistische" Justiz jedoch
wieder aufnehmen, wenn dies erforderlich sein wird.

Übersetzt: *Kempfe, Chr.*

Gefertigt: 4 Ex.

Verteiler: 1. Ex. *PAIC*
2. Ex. *gen. Curjel*
3. Ex. *y*
4. Ex. *t*

Inoffiziell erlangt

BSTU
0160

Zur Situation in der Staatssicherheit

Nach der durchgeführten Reorganisation, von der erwartet wurde, daß sie vor allem die politischen Mängel löst, herrscht jetzt eine gewisse Enttäuschung. Man kann jetzt sagen, daß eine ganze Reihe von Personen in ihren Funktionen blieben, die im August 1968 eine Haltung gegen die UdSSR und die linken Vertreter der KPC einnahmen.

Man spricht davon, daß es im sogen. Föderativen Innenministerium eine ganze Reihe "Weißer" (Rechter) gibt. Im Nationalen Ministerium sprechen die Genossen unter sich, daß sie gewisse Materialien nicht an das Föderative Ministerium geben können, weil es keine Garantie gibt, daß es nicht zum Verrat seiner Tatsachen kommt. Die Situation ist jetzt so, daß jetzt das "Weiße" im Föderativen Ministerium die Lage beherrschen und schiedlich einschätzen, was für eine politische Tätigkeit die guten und linken Genossen im August 1968 entfaltet haben.

In Sekretariat des Innenministers Felner sitzt ein gewisser FIEBER, der im August 1968 antisowjetisch war.

Im Nationalen Ministerium ist gegenwärtig inzwischen der Stand der Arbeit verheerend. Das Ministerium übt keine exekutive Arbeit aus, kann nur ein Leitungsfunktion ausüben, und dennoch behalten die Genossen eine ganze Reihe von Mitarbeitern bei sich, die sie richtigerweise den exekutiven Linien übergeben sollten.

Das Dreigespann Föderatives Ministerium und die zwei nationalen Ministerium - das ist eine reine Farce, weil ein solches System keine ordentliche Koordinierung der Arbeit gewährleistet.

Gegenwärtig werden sogen. Statuten geschaffen, die besagen, was welche Abteilung tun kann und wie. Aus der Leitung des Innenministeriums kann keine Richtlinien, so daß es im Grunde so ist, daß dieses Statut die Mitarbeiter auf der niedrigsten Ebene selbst

schaffen. Wozu muß ein solches System führen? Von der Leitung muß irgendein Rahmenplan kommen, und aus diesem muß dann unter den Bedingungen der niederen Linien und der einzelnen Mitarbeiter irgendetwas Ordentliches herauskommen.

Es soll auf der inneren Basis erarbeitet werden, jedoch heißt es auf der anderen Seite, von seiten der Leiter, daß es erforderlich ist, diese Sache damit zu verdecken, daß davon gesprochen wird, daß die innere Basis dies im Zusammenhang mit den Beziehungen im Ausland tun soll. Wie sollen sich denn dann die einzelnen einfachen Mitarbeiter orientieren? Viele von ihnen befürchten, daß die Leitung des Innern die Bearbeitung des inneren Feindes auf die Schultern der niedrigsten Linien, d.h. der Abteilungen, lädt, damit im Falle irgendeines "Skandals" niemand sagen kann, daß die Leitung des Innern zur Arbeit am inneren Feind aufgerufen hat.

Konkret sieht die Lage in der Bezirksverwaltung in Prag so aus, daß in Funktionen und als einfache Mitarbeiter Personen weiterhin tätig sind, die sich im Anus dagegen stellen. Diese Lage ruft unter den positiven Genossen tiefe Befürchtungen hervor. Allgemein wird unter ihnen eingeschätzt, daß jedes opportunistische Herangehen an die Lösung von Kader- und Organisationsfragen sich bald nicht lohnen wird, besonders in den Organen der Staatssicherheit. Einige Abteilungen arbeiten so, daß sie erst alle Materialien verschiedenen reaktionären Personen geben, auch wenn es offensichtlich ist, daß diese von vorn herein nur zu dem Ministerium gehen dürfen. Niemand leitet diese Arbeit ordnungsgemäß. Die Materialien werden nicht ordnungsgemäß und rechtzeitig übergeben. Auf Grund dieser Sachlage ist es wirklich unmöglich, daß die Staatssicherheit ordentlich und organisiert gegen den ausländischen und inneren Feind arbeitet. Alles dauert zu lange und es ist überhaupt die Frage, ob dies nicht absichtlich getan wird, um die Kampffähigkeit und die Organisiertheit der Staatssicherheit zu verringern. Die Konspiration ist nicht ständig überwacht, da z.B. in der analytischen Abteilung der Rechte KRABINA sitzt. Eine Reihe von Genossen wollen aus diesem Grunde der analytischen Abteilung verschiedene wichtige Materialien

nicht übergeben. Es ist allgemein bekannt, daß HRABINA im Sinne des ehemaligen Ministers PAVEL tätig war und nahm auch nach dem August eine sehr lässige Haltung zur Zusammenarbeit mit der UdSSR ein und dennoch blieb er in der Funktion.

Unter den Genossen wird gegenwärtig gesprochen, daß es im Innern eine Richtung gibt, daß die Fragen nur von den Funktionären abwärts bis zum Abteilungsleiter aufwärts gelöst werden. Hier müssen drei Hauptpunkte gelöst werden: Wie stand der Betreffende vor dem August, wie im August und vor allem welche Haltung nahm er nach dem August ein. Sofern diese Richtung der Wahrheit entspricht (die Information ist bisher nicht überprüft), so wird es ganz und gar unmöglich, etwas zu lösen. Weil in Zukunft ein jedes derartige Herangehen an die Lösung von Kadern zur Belastung wird. Es ist nicht möglich, das politische Profil von Menschen von einer gewissen Stufe zu lösen, vor allem nicht in der Staatssicherheit. Es ist erforderlich, einen jeden Mitarbeiter kadersmäßig zu bearbeiten, ob er eine Funktion bekleidet oder nicht. Diese Richtung ist heute sehr gefährlich!

Dies wird vor allem durch die Tatsache bestätigt, die die Genossen in Kladno auffingen. Hier fand irgendeine Versammlung statt, an der auch PACHMAN teilnahm. Nach der Versammlung gingen verschiedene Leute zu PACHMAN und fragten ihn, ob er ihnen raten könne, was sie tun sollen, welches weitere Vorgehen sie wählen sollen. PACHMAN sagte ihnen: "Halbt auf Euren Plätzen aus, erhaltet auch eure Funktionen, dieser Augenblick muß überlebt werden."

Es ist offensichtlich, daß seine Worte auch für die Personen in der Staatssicherheit bestimmt sind, die Verrat gelbt haben und die sich wirklich an diese Lösung halten. Auch wenn diese Rechte durch die Verachtung der positiven Genossen verfolgt werden, auch wenn sich mit ihnen keiner unterhält, so bleiben diese Personen dennoch hartnäckig in der Staatssicherheit, vor allem wenn sie sehen, daß keiner der Leiter diese Lage radikal lösen will. Diese Personen hoffen, daß sie diese schlimme Zeit überleben und dann Ruhe haben werden. Dies ist eine weitere große

Gefahr, die sich schon in der nächsten Zukunft nicht lehnen wird.

In der letzten Zeit wurde zwar z.B. MEJENIK aus der Partei ausgeschlossen (siehe frühere Inf.) und eine Rüge mit Verwarnung erhielt MATIBORICHY, jedoch sind dies nur Tropfen auf den heißen Stein und dies entschied noch dazu die Parteiorganisation, reinweg, sein Leiter! Von seiten der Leiter wäre dies so gelöst worden, daß z.B. MEJENIK an die Öffentliche Sicherheit in Frage 6 oder 7 übergeben wurde. Dieser Fund bleibt also weiterhin praktisch im Innern, er ist bewaffnet und hat weiterhin die Möglichkeit, Informationen über die Lage im Innern weiterzugeben. Es bleibt also die Frage bestehen, wen die Leitung der Bezirksverwaltung die Verantwortung übertragen will - ganz einfach der Parteiorganisation, und die Leitung selbst absieht abseits. Obwohl auf der Konferenz Minister Grösser und Genosse Strauß deutlich gesagt haben, daß solche Personen nicht im Innern bleiben können.

Es ist erforderlich, weiterhin darauf zu achten, daß die offiziellen Organe der GDR bei Verhandlungen mit der UdSSR und den sozialistischen Ländern die bekannte Taktik des "Hornig ums Maul Schmieren" anwenden. Konkrete deutet darauf die langjährige Lage in der Staatssicherheit hin. Wer heute sagt, daß sich die Verhältnisse in der Staatssicherheit geklärt haben und diese Frage gelöst ist, der irrt bewußt.

Die positiven Genossen werden sich niemals mit einem Zustand abfinden, der die KPC und unser Volk erneut zu einer Zeit des August 1958 führen könnte, und dies gilt besonders für die Organe für Staatssicherheit.

Abschließende Einschätzung:

Der gegenwärtige Zustand in der Staatssicherheit ist weiterhin schwankend, er ist keineswegs fest verankert. Die rechten Elemente sind weiterhin auf ihren Plätzen. Es hält der Zustand des Mi-

brauens und der Möglichkeit der Dekonspiration an. Arbeitsergebnisse gibt es nicht, und unter den gegebenen Umständen werden sie in der nächsten Zeit auch weiterhin ausbleiben. Es ist eigen-
tümlich, daß der Rechte BUK es sich erlaubt, zum Nutzen der
Linken die Reihen der Armee zu säubern, während es sich die
"gute" Führung des Innern nicht erlaubt.

Gezeichnet: *Kunze, Wm.*

Gezeichnet: 4 Stk.

Verteiler:

- 1. *Gen. Berle*
- 2. *DM*
- 3. *K*
- 4. *F*